

Abgeordnetenhaus B E R L I N

18. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

83. Sitzung
2. Dezember 2020

Beginn: 12.02 Uhr
Schluss: 21.16 Uhr
Vorsitz: Franziska Becker (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Informationen und Beschlüsse zu den Komplexen

– Mitteilungen der Vorsitzenden,
– Überweisungen an die Unterausschüsse,
– Konsensliste,
– sonstige geschäftliche Mitteilungen,
soweit nicht in der Ausschusssitzung darüber diskutiert wurde,
sind gegebenenfalls im Beschlussprotokoll verzeichnet.

Darüber hinaus hat der Ausschuss besprochen:

Vorsitzende Franziska Becker verweist auf die zu TOP 1 vorliegenden vier Vermögensgeschäfte und die zu TOP 19 eingegangenen Änderungsanträge rote Nrn. 2926 CS, 2926 CT, 2926 CU, 2926 CV, 2926 CW, 2926 CX, 2926 CY, 2926 CY-1, 2926 CZ und 2926 CM-1.

Der **Ausschuss** stimmt den Ergänzungen der Tagesordnung gemäß erster und zweiter Mitteilung zur Einladung zu.

Franziska Becker (SPD) teilt mit, dass ihre Fraktion die rote Nr. 1582 H von der Konsensliste nehmen wolle.

Der **Ausschuss** stimmt der Konsensliste mit dieser Änderung zu, beschließt gemäß Verfahrensvorschlag der Koalitionsfraktionen, TOP 2 A, 14 a bis f2, 29 und 39 A zur Sitzung am 20. Januar 2021 zu vertagen, und stellt die Tagesordnung mit den beschlossenen Ergänzungen und Änderungen fest.

Finanzen – 15

Punkt 1 der Tagesordnung

- a) **Beschlussfassung über Empfehlungen des Unterausschusses Vermögensverwaltung zu Vorlagen – zur Beschlussfassung – gemäß § 38 GO Abghs**

hier:

- | | | |
|------|--|----------------------|
| I. | Empfehlung des UA VermV vom 02.12.2020 Vermögensgeschäft Nr. 20/2020 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte | <u>3300</u>
Haupt |
| II. | Empfehlung des UA VermV vom 02.12.2020 Vermögensgeschäft Nr. 24/2020 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte | <u>3301</u>
Haupt |
| III. | Empfehlung des UA VermV vom 02.12.2020 Vermögensgeschäft Nr. 25/2020 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte | <u>3302</u>
Haupt |
| IV | Empfehlung des UA VermV vom 02.12.2020 Vermögensgeschäft Nr. 26/2020 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte | <u>3303</u>
Haupt |

Torsten Hofer (SPD) berichtet, der Unterausschuss empfehle die Annahme der Vermögensgeschäfte Nrn. 20/2020, 24/2020, 25/2020 und 26/2020 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Plenum die Annahme der o. g. Vermögensgeschäfte gemäß den Empfehlungen des UA rote Nrn. 3300, 3301, 3302 und 3303 zu empfehlen; Dringlichkeit wird empfohlen.

- b) **Beschlussfassung über eine Empfehlung des Unterausschusses Vermögensverwaltung zu Unterrichtung gemäß § 64 Absatz 2 Satz 1 Nr. 8 i. V. m. Absatz 9 sowie § 112 Absatz 2 LHO**

Es liegt keine Empfehlung vor.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht SenFin – I D – vom 10.11.2020

3268

SILB/BIM-Baumaßnahmen

Haupt

**1. Zustimmung zur Übernahme der in der
vorgelegten Liste aufgeführten Baumaßnahmen
durch das SILB**

**2. Kenntnisnahme des Planungs- und
Veranschlagungsstand der übernommenen
Baumaßnahmen**

gemäß Auflage B. 115 2. und 3. – Drucksache 18/2400
zum Haushalt 2020/21

Steffen Zillich (LINKE) bittet, den Baustopp für die Herrichtung von Heckeshorn zu erläutern. Er kündige an, dass seine Fraktion einen Berichtsauftrag zum SILB und zu den anderen bauenden Bereichen, den Baumittellisten und den Auswirkungen von Verschiebungen auf den Finanzbedarf in den kommenden Jahren auslösen werde.

Sibylle Meister (FDP) greift auf, dass unter Planungsstand 09/20 häufig „ohne“ stehe. Bedeutet dies, dass lediglich eine Baumaßnahme beschlossen sei, es aber weder eine Kostenkalkulation noch sonst irgendwas gebe?

Stefanie Remlinger (GRÜNE) kündigt an, dass ihre Fraktion ergänzend Fragen zu dem Berichtsauftrag einreichen werde, auch zu der Lücke, die für die berufsbildenden zentralverwalteten Schulen angegeben sei – warum 21 Maßnahmen fertig würden, aber erst 2024 bis 2026 weitergemacht werde.

Staatssekretärin Vera Junker (SenFin) teilt mit, dass im Januar berichtet werden könne.

Steffen Zillich (LINKE) erklärt, dass seine Fraktion den Bericht bis Ende Januar mit Stichtag Jahresende wünsche.

Sven Lemiss (BIM) führt aus, der Baustopp in Heckeshorn betreffe Klagen eines Vereins vor Ort in Bezug auf Umweltauflagen und eine noch ausstehende Entscheidung des Verwaltungsgerichts in der Hauptsache. Man habe beantragt, wenigstens die Innenausbauarbeiten durchführen zu können, aber noch kein Ergebnis. Insofern halte der Baustopp seit 2018 an. – Wo in der Tabelle „ohne“ stehe, habe die Planung noch nicht begonnen. Bei den Schulen gebe es einen Zehnjahresplan, dem die BIM entspreche.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3268 wie beantragt zu, nimmt den Bericht zur Kenntnis und erwartet den gewünschten Bericht bis zum 30. Januar 2021.

Punkt 2 A der Tagesordnung

Schreiben SenFin – I D – vom 24.11.2020
Zuschuss an das SODA zur Gesamtsanierung und Herrichtung des Robert-Koch-Forums
1. Antrag zur Aufhebung einer Sperre
2. Antrag auf Zustimmung zur Planänderung
gemäß § 7 Haushaltsgesetz 2020/2021 in Verbindung mit § 24 Abs. 3 LHO, § 24 Abs. 5 Satz 2 LHO und Auflage A. 8 und A. 17 – Drucksache 18/2400 zum Haushalt 2020/2021

[3296](#)

Haupt

Vertagt.

Punkt 3 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben SenFin – I D – vom 29.10.2020
Anmietung von Flächen und Bildung einer Rücklage im Sondervermögen für Daseinsvorsorge- und nicht betriebsnotwendige Bestandsgrundstücke des Landes Berlin (SODA) zur Unterbringung der Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (BlnBDI) in der SODA-Liegenschaft Alt-Moabit 59-61
gemäß Auflage A. 2 – Drucksache 18/2400 zum Haushalt 2020/21

[3242](#)

Haupt

Vertrauliche Beratung

Christian Goiny (CDU) begrüßt, dass die Arbeitsbedingungen der Datenschutzbeauftragten verbessert würden. Er bitte um einen Folgebericht zum Fortschritt der Umsetzung – ergänzt um die Unterbringungs- und fachliche Sicht der Datenschutzbeauftragten – bis zum 26. Mai 2021.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3242 wie beantragt zu, nimmt den Bericht zur Kenntnis und erwartet den gewünschten Folgebericht.

Punkt 4 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben SenFin – I D – vom 16.11.2020

**Anmietung von Flächen zur Unterbringung der
Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
im Objekt Rhinstr. 46, 12681 Berlin**

[3255](#)

Haupt
Vertrauliche
Beratung

1. Zustimmung zum Abschluss eines Mietvertrages

**2. Kenntnisnahme von der Absicht der
Senatsverwaltung für Finanzen,
überplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen bei
Titel 51715, bei Titel 51820 und bei Titel 51140
zuzulassen**

gemäß Auflage A. 2 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

Steffen Zillich (LINKE) äußert, dass man den angegebenen Mietzins in dieser Gegend beachtlich finden könne. Er frage, ob es sich um ein berlinovo-Objekt handele.

Staatssekretärin Vera Junker (SenFin) verneint dies.

Dr. Kristin Brinker (AfD) geht davon aus, dass der Personalaufwuchs seit 2018 untergebracht werden solle. Treffe zu, dass Homeoffice oder andere Arbeitsplatzgestaltungen aufgrund der aktuellen Situation in der Vorlage nicht berücksichtigt würden?

Staatssekretärin Vera Junker (SenFin) bestätigt, dass coronabedingte Veränderungen in dem Schreiben noch nicht berücksichtigt seien.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3255 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung

Vertraulicher Bericht SenFin vom 15.11.2020

**Pilotprojekt Flexible Arbeitsorte (FAO) –
Interimsweise Anmietung für die Senatsverwaltung
für Stadtentwicklung und Wohnen am Standort
Klosterstr. 71**

[3264](#)

Haupt
Vertrauliche
Beratung

1. Zustimmung zum Abschluss eines Mietvertrages

2. Kenntnisnahme der Finanzierung

gemäß Auflage A. 2 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

Sibylle Meister (FDP) fragt, weshalb eine so riesige Fläche gemietet werde, wenn von 94 Beschäftigten nur 65 gebraucht würden und erst 23 eingestellt worden seien.

Frank-Christian Hansel (AfD) stellt dar, durch Corona sei beim Bürobedarf einiges im Umbruch. Auch die gewerbliche Wirtschaft werde hier abbauen. Der Immobilienboom sei vorbei.

Gebe es so eine Art Taskforce im Senat, die sich anschau, welche Bereiche mittel- und langfristig weniger Büroflächen brauchten, weil die Arbeit anders organisiert werde?

Staatssekretärin Vera Junker (SenFin) berichtet, in der ersten Phase seien für die Bearbeitung der Vorgänge im Zusammenhang mit dem Mietendeckel 65 Kräfte eingeplant, ab 2021 über 80, weil vermutlich vermehrt Widersprüche zu bearbeiten sein würden. Danach könnten es – abhängig von den Erfahrungen und Erfordernissen – bis zu 153 werden. Im Übrigen werde das Konzept verfolgt, die Arbeit so zu organisieren, dass weniger Schreibtische als Beschäftigte vorhanden seien. Eine Taskforce zur Einsparung von Büroflächen gebe es noch nicht, SenFin und BIM arbeiteten jedoch an dem Thema. Im FM-Reporting zum Jahresende würden sich dazu Ausführungen befinden.

Staatssekretärin Wenke Christoph (SenStadtWohn) ergänzt, es gebe 65 Leute für die Absenkung in der ersten Stufe, Beschäftigte, die Widersprüche bearbeiteten, und eine Gruppe für ministerielle Angelegenheiten und Querschnittsaufgaben, sodass man in der ersten Stufe insgesamt auf über 80 Personen komme. Dafür seien die Kapazitäten in der Senatsverwaltung nicht ausreichend; man brauche zusätzliche Räumlichkeiten.

Christian Goiny (CDU) bittet um eine Auflistung mit Stichtag 31. Dezember 2020, wie viele Stellen mit welcher Wertigkeit schon besetzt seien, wie das weitere Besetzungsverfahren in den kommenden Monaten aussehe und wo die Beschäftigten untergebracht seien bzw. untergebracht würden.

Staatssekretärin Wenke Christoph (SenStadtWohn) verweist darauf, dass der UA PVPP bereits einen ähnlichen Berichtsauftrag für Ende Februar 2021 erteilt habe.

Christian Goiny (CDU) erklärt sich mit der Berichterstattung bis Ende Februar einverstanden; Stichtag sei dann der 31. Januar 2021.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3264 wie beantragt zu, nimmt den Bericht zur Kenntnis und erwartet den gewünschten Bericht bis Ende Februar 2021.

Punkt 6 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 18/3103

3235

Haupt

**Zweites Gesetz zur Änderung des
Vergnügensteuergesetzes**

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, den Plenum die Annahme der Vorlage Drucksache 18/3103 zu empfehlen; Dringlichkeit wird empfohlen.

Punkt 7 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU [1857](#)
Drucksache 18/2060 Haupt
**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die
Versorgung der Beamten und Beamten sowie der
Richterinnen und Richter des Landes Berlin
(Landesbeamtenversorgungsgesetz – LBeamtVG)** InnSichO

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses InnSichO vom 02.11.2020 vor, den Antrag abzulehnen (mehrheitlich mit SPD, LINKE, GRÜNE und FDP gegen CDU und AfD).

hierzu:

Stellungnahme des Senats – SenFin IV D 16 – vom [1857 A](#)
24.09.2019 Haupt

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, den Plenum die Ablehnung des Antrags Drucksache 18/2060 zu empfehlen, und nimmt die Stellungnahme rote Nr. 1857 A zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – [3276](#)
Drucksache 18/3151 Haupt
**Gesetz zur besoldungsrechtlichen Umsetzung von
Ämterbewertungen und zur Änderung weiterer
Vorschriften**

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) fragt, ob die Ausnahmeregelung zur Ausreichung von Coronaprämien zum 31. Dezember auslaufen oder verlängert werde und wann mit der Vorlage des neuen Landesbesoldungsgesetzes zu rechnen sei.

Christian Goiny (CDU) bittet um einen Bericht zum Thema Besoldungsrückstände sowie vorliegende und ausstehende Gerichtsentscheidungen zur Richter- und Beamtenbesoldung. SenFin solle darin auch Stellung nehmen, wie das Land Berlin hier verfahren wolle, welche rechtliche Position eingenommen werde und welche Schlussfolgerungen gezogen würden.

Staatssekretär Frédéric Verrycken (SenFin) erklärt, SenFin halte am 31. Dezember fest, weil nicht alle Verwaltungen Tempo bei der Verausgabung der Mittel vorlegten. Eine Verlängerung trüge jetzt nicht dazu bei, dass alle Beschäftigten in den Genuss der Prämie kämen. SenFin habe die Senats- und Bezirksverwaltungen mehrmals dazu ermuntert. In Anbetracht der Entwicklung im nächsten Jahr könne man noch mal gemeinsam überlegen, ob für 2021 Anpassungen erfolgen könnten oder sollten. Man werde im Blick behalten, wie auf Bundesebene über Prämienzahlungen diskutiert werde.

Das Besoldungsgesetz solle voraussichtlich Ende des Jahres in den Senat eingespeist werden. Die Maßgaben, die Herr Abg. Goiny angesprochen habe, seien zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht ausdiskutiert. Das Bundesverfassungsgericht habe Hinweise zu den Abständen der unteren Besoldungsgruppen zur Grundsicherung sowie zu den Abständen zwischen Besoldungsgruppen gegeben. SenFin sei mit SenJustVA dabei, sämtliche Fallkonstellationen durchzurechnen. Ziel sei, im ersten Aufschlag möglichst alle Probleme zu lösen. Es gebe dazu regelmäßige Besprechungen zwischen den Bundesländern. SenFin werde den Ausschuss gerne auf dem Laufenden halten und die Zahlen zur Verfügung stellen, sobald sie aufbereitet seien.

Christian Goiny (CDU) äußert, dass bis zum 17. März zumindest ein Zwischenbericht zum Stand, zu den Lösungen und weiteren Problemstellungen vorgelegt werden sollte.

Der **Ausschuss** erwartet den gewünschten Zwischenbericht und beschließt, dem Plenum die Annahme der Vorlage Drucksache 18/3151 zu empfehlen; Dringlichkeit wird empfohlen.

Punkt 9 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – [3277](#)
Drucksache 18/3152 Haupt
**Gesetz zur Neuregelung dienstrechtlicher
Einstellungshöchstaltersgrenzen**

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, den Plenum die Annahme der Vorlage Drucksache 18/3152 zu empfehlen; Dringlichkeit wird empfohlen.

Punkt 10 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU [3110](#)
Drucksache 18/2935 Haupt
**Weiterbildungsprogramm „Digitalisierung für
Führungskräfte“ in der Berliner Verwaltung** KTDat

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses KTDat vom 02.11.2020 vor, den Antrag abzulehnen (mehrheitlich mit SPD, LINKE, GRÜNE und AfD gegen CDU und FDP).

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, den Plenum die Ablehnung des Antrags Drucksache 18/2935 zu empfehlen.

Bezirke

Punkt 11 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben BA Neukölln – BzBm – vom
12.11.2020

Bezirksamt Neukölln in 12055 Berlin, Lahnstr. 78
Zustimmung zur Verlängerung eines bestehenden
Mietvertrags

gemäß Auflage A. 2 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

[3260](#)

Haupt

Vertrauliche
Beratung

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3260 wie beantragt zu und nimmt den Bericht ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 12 der Tagesordnung

Schreiben BA Steglitz-Zehlendorf – BzBm – vom
18.11.2020

[3263](#)

Haupt

SIWA

Titel 70027 – Fichtenberg-Oberschule (Gymnasium):
Sanierung (1. BA); 12165, Rothenburgstraße 18

Titel 73049 – Umbau des Hauses 3 des
Jugendausbildungszentrums zur Unterbringung
minderjähriger Flüchtlinge, Lissabonallee 6

Titel 73046 – Neubau (Ersatzbau) der
Jugendverkehrsschule Steglitz, Albrechtstraße 42
Streichung der Maßnahme bei Titel 73049 und
Mittelumwidmungen für

a) Wiederherstellung und Umbau der Sportanlage
Lissabonallee 6

b) Mehrkosten beim Neubau (Ersatzbau) der
Jugendverkehrsschule Steglitz

c) Mehrkosten bei der Sanierung der Fichtenberg-
OS, 1. BA

d) Allgemeine Verstärkungsreserve
gemäß § 4a Abs. 1 Satz 1 SIWA ErrichtungsG

Vorsitzende Franziska Becker stellt fest, dass kein Mitglied des Bezirksamts anwesend sei. Sie verweise auf die Regelung mit den 50 000 Euro und den Ermessensspielraum.

Steffen Zillich (LINKE) beantragt, das Schreiben zu vertagen. Etwaige Hintergrundinformationen könne man noch in der Sprecherrunde bewerten, ansonsten gehe er davon aus, dass hinsichtlich der Sanktionierung wie verabredet verfahren werde.

Vorsitzende Franziska Becker konstatiert Vertagung.

Punkt 13 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben BA Treptow-Köpenick –
BzBm – vom 20.11.2020
**Errichtung von Interimsstandorten auf
Schulgrundstücken 12527 Berlin, Adligestell 776**
**1. Zustimmung zum Abschluss eines Vertrages zur
Anmietung**
**2. Kenntnisnahme von der Absicht der
Senatsverwaltung für Finanzen, außerplanmäßigen
Ausgaben und außerplanmäßigen
Verpflichtungsermächtigungen zuzustimmen**
gemäß Auflage A. 1 und A. 2 – Drucksache 18/2400
zum Haushalt 2020/21

[3288](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3288 wie beantragt zu und nimmt den Bericht ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 14 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
- §§ 28 ff. Infektionsschutzgesetz
- § 2 Abs. 3 Zehnte Verordnung zur Änderung der
SARS-CoV-2-Infektionsschutzverordnung
hier: „Corona-Stufenplan für Berliner Schulen“
(auf Antrag der Fraktion der SPD)
(in der 82. Sitzung am 11.11.2020 vertagt)

[3223](#)
Haupt

Hier: Auswertung der Anhörung vom 11.11.2020
(Hinweis: Das Wortprotokoll der Anhörung liegt vor und ist verteilt worden.)

- b) Bericht SenWiEnBe – IV D 11 – vom 20.11.2020
**Geplante finanzielle Hilfen des Bundes und Landes
Berlin im November-Lock-down**
(Berichtsauftrag aus der 81. Sitzung vom 04.11.2020)
- c) Bericht SenBildJugFam – II A 1 – vom 23.11.2020
**Rechtliche und inhaltliche Bewertung von sog.
Beschlüssen an staatlichen Schulen in
Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie**
(Berichtsauftrag aus der 81. Sitzung vom 04.11.2020)

[3223 A](#)
Haupt

[3223 B](#)
Haupt

- d) Bericht SenGPG – I D – vom 25.11.2020 [3223 C](#)
Im Rahmen der Pandemie geschaffene Intensivkapazitäten
(Berichtsauftrag aus der 81. Sitzung vom 04.11.2020) Haupt
- e) Bericht SenBildJugFam – II C 1.6 – vom 27.11.2020 [3223 E](#)
Planung von Gesetzentwürfen zu datenschutzrechtlichen und sonstigen rechtlichen Grundlagen für den Weiterbetrieb der Berliner Schulen unter Corona-Bedingungen und deren Digitalisierung
(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 11.11.2020) Haupt
- f1) Bericht SenBildJugFam – IV A S 1 – vom 26.11.2020 [3223 D](#)
Luftfiltersystemen und Corona-Schutzausrüstung an Berliner Schulen
hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion der CDU
(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 11.11.2020) Haupt
- f2) Bericht SenBildJugFam – I D 3 – vom 27.11.2020 [3223 F](#)
Digitalisierung an Berliner Schulen
hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion der CDU
(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 11.11.2020) Haupt

Vertagt.

Punkt 15 der Tagesordnung

- Antrag der Fraktion der FDP [3225](#)
Drucksache 18/3127 Haupt
Gesetz zur Beteiligung des Parlamentes und zum Schutz von Grundrechten im Falle von Maßnahmen nach §§ 28 – 31 Infektionsschutzgesetz Recht
(vorab überwiesen auf Antrag aller Fraktionen gemäß § 32 Abs. 4 GO Abghs)
(in der 82. Sitzung am 11.11.2020 vertagt)

Hinweis: Es liegt noch keine Beschlussempfehlung des Ausschusses Recht vor. Der Ausschuss Recht hat den Antrag in seiner 63. Sitzung am 18.11.2020 vertagt.

Sibylle Meister (FDP) beantragt, den Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Punkt 16 der Tagesordnung

- a) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/2969
Fünfte Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzverordnung
VO-Nr. 18/249

[3095](#)
Haupt(f)
BildJugFam
GesPflegGleich
InnSichO
Recht
Sport
WiEnBe
- b) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/2969-1
Fünfte Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzverordnung
VO-Nr. 18/249
hier: Begründung

[3095-1](#)
Haupt(f)
BildJugFam
GesPflegGleich
InnSichO
Recht
Sport
WiEnBe
- c) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3074
Sechste Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzverordnung
VO-Nr. 18/257
(vorab überwiesen)

[3169](#)
Haupt(f)
BildJugFam
GesPflegGleich
InnSichO
Recht
Sport
WiEnBe
- d) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3075
Siebente Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzverordnung
VO-Nr. 18/258

[3171](#)
Haupt(f)
BildJugFam
GesPflegGleich
InnSichO
Recht
Sport
WiEnBe
- e) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3083
Achte Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzverordnung
VO-Nr. 18/262

[3195](#)
Haupt(f)
BildJugFam
GesPflegGleich
InnSichO
Recht
Sport
WiEnBe

Zu d) und e) liegt eine Stellungnahme des Ausschusses GesPflegGleich vom 26.10.2020 vor, in der der Ausschuss von einer Stellungnahme nach § 32 Abs. 5 S. 4 GO Abghs absieht (einstimmig mit allen Fraktionen).

- | | |
|---|---|
| f) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3080
Verordnung zu Regelungen in zugelassenen
Krankenhäusern während der Covid-19-Pandemie
(Krankenhaus-Covid-19-Verordnung)
VO-Nr. 18/260
(a) bis f) in der 80. Sitzung am 28.10.2020 zur Sitzung
am 11.11.2020 zur Beratung des 2. Nachtragshaushalts
zurückgestellt) | <u>3183</u>
Haupt(f)
BildJugFam
GesPflegGleich
InnSichO
Recht
Sport
WiEnBe |
|---|---|

Es liegt eine Stellungnahme des Ausschusses GesPflegGleich vom 26.10.2020 vor, in der der Ausschuss von einer Stellungnahme nach § 32 Abs. 5 S. 4 GO Abghs absieht (einstimmig mit allen Fraktionen).

- | | |
|--|--|
| g1) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3114
Zehnte Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-
2-Infektionsschutzverordnung
VO-Nr. 18/266 | <u>3209</u>
Haupt |
| g2) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3114-1
Zehnte Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-
2-Infektionsschutzverordnung
VO-Nr. 18/266
hier: Begründung | <u>3209-1</u>
Haupt |
| h) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3136
Elfte Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-
Infektionsschutzverordnung
VO-Nr. 18/268 | <u>3226</u>
Haupt |

- i) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3139 [3227](#)
**Verordnung zu Regelungen in zugelassenen
Krankenhäusern während der Covid-19-Pandemie
(Krankenhaus-Covid-19-Verordnung)**
VO-Nr. 18/269
(a) bis i) in der 82. Sitzung am 11.11.2020 vertagt)
- j) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3167 [3251](#)
**Verordnung zu Anforderungen an das Schutz- und
Hygienekonzept in Einrichtungen zur Pflege von
pflegebedürftigen Menschen während der Covid-19-
Pandemie (Pflege-Covid-19-Verordnung)**
VO-Nr. 18/271
- k) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3170 [3278](#)
**Erste Verordnung zur Änderung der Krankenhaus-
Covid-19-Verordnung**
VO-Nr. 18/272
- l) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3173 [3279](#)
**Zwölfte Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-
2-Infektionsschutzverordnung**
VO-Nr. 18/273
- m) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3173-1 [3279-1](#)
**Zwölfte Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-
2-Infektionsschutzverordnung**
VO-Nr. 18/273
hier: Begründung
(vorab überwiesen auf Antrag aller Fraktionen gemäß
§ 32 Abs. 4 GO Abghs)

- n) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3191
Dreizehnte Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzverordnung
(vorab überwiesen auf Antrag aller Fraktionen gemäß § 32 Abs. 4 GO Abghs)

[3297](#)

Haupt

Christian Goiny (CDU) erklärt, die Infektionsschutzverordnungen müsse man nicht diskutieren. Vieles, was sich daraus ableite, könne man nachher bei den Beratungen des zweiten Nachtragshaushalts diskutieren. Insofern könne man diesen Punkt heute abschließen.

Torsten Hofer (SPD) bittet um einen Bericht zur Rekommunalisierung der Schulreinigung bis zum 24. März 2021, in dem der Senat darstelle: Welche verschiedenen Varianten gebe es? Wie könnten diese realisiert werden? Welche Gesamt- und Mehrkosten entstünden durch eine Rekommunalisierung? Welche Auswirkungen ergäben sich auf die Zuweisungen der Bezirke? Welche Möglichkeiten für Modellprojekte gebe es? Zwei Modellprojekte seien im Gespräch und sollten untersucht werden: ein Modellprojekt in zwei Bezirken mit zweijähriger Evaluationsphase und hundertprozentiger Rekommunalisierung und ein Modellprojekt mit zweijähriger Evaluationsphase in allen zwölf Bezirken gleichzeitig, wo die Schulreinigung in Höhe von 10 Prozent durch ein rekommunalisiertes Unternehmen durchgeführt werde. Wie verfahre man mit dem Personal? Erfolge dies, indem man in den Bezirken oder an den Schulen fest angestellte Reinigungskräfte habe oder dadurch, dass man auf eine landeseigene Schulreinigungsgesellschaft zurückgreife und diese ggf. an ein anderes landeseigenes Unternehmen andocke? Darüber hinaus sollten weitere Varianten oder Kombinationen der genannten Varianten untersucht werden, insbesondere solle genannt werden, welche Vorteile sich mit Blick auf den Aspekt gute Arbeit ergäben. Es solle auch untersucht werden, wie eine bessere oder gleichbleibende Qualität der Schulreinigung bei einer Rekommunalisierung sichergestellt werden könne, welche Kosten und welcher Personalbedarf dadurch entstünden, wie sich der Overhead darstelle und was dies für die Eingruppierung und mögliche Organisationsstrukturen bedeute. Der UA Bezirke habe dazu bereits Berichte zum 24. März ausgelöst. Es sei sinnvoll, wenn bis dahin alle Berichte komplett vorlägen.

Carsten Ubbelohde (AfD) trägt vor, dass TOP 14 mit der Auswertung der Anhörung ohne Zustimmung seiner Fraktion vertagt worden sei, die Zehnte Infektionsschutzverordnung nun aber ohne Beratung zur Kenntnis genommen werden solle. Da hier die richtige Reihenfolge nicht beachtet werde, wende sich seine Fraktion dagegen. Sie sehe den Coronastufenplan für die Berliner Schulen sehr kritisch und würde diesen gerne besprechen.

Christian Goiny (CDU) teilt mit, dass seine Fraktion auch noch Fragen an SenBildJugFam habe, diese aber im Rahmen des Nachtragshaushalts diskutieren wolle. – Den Berichtsauftrag zur Schulreinigung wolle er wie folgt ergänzen: Es solle auch die Variante einer direkten Integration eines Stabs von Reinigungskräften in die schulischen Strukturen geprüft werden, der dann verlässlich und jederzeit in den Schulen zur Verfügung stünde. Die Unzulänglichkeit der Schulreinigung werde regelmäßig beklagt; seine Fraktion sehe hier Änderungsbedarf.

Daniel Wesener (GRÜNE) kündigt an, dass seine Fraktion ergänzende Fragen schriftlich nachreichen werde, die eher auf haushälterische und operativ-funktionale Aspekte zielen.

Man bewege sich mit Blick auf AZG, Landeshaushaltsrecht und KLR in einem relativ engen Korsett, das man in den Blick nehmen müsse. Er bitte, dass das Ausschussbüro das Ganze mit bereits erteilten Berichtsaufträgen abgleiche und zusammenführe.

Steffen Zillich (LINKE) knüpft an, dass seine Fraktion ebenfalls Fragen einreichen werde.

Vorsitzende Franziska Becker bittet, ergänzende Fragen bis Freitagmittag einzureichen. Sie schlage vor, die Vorlagen zur Kenntnis zu nehmen. Unbenommen bleibe die Behandlung des vertagten TOP 14.

Frank-Christian Hansel (AfD) wendet ein, dass zwar viele Vorlagen durch Zeitablauf erledigt seien, aber auch die Dreizehnte Verordnung vorab überwiesen sei. Es sei nicht angemessen, diese einfach nur zur Kenntnis zu nehmen, ohne sich weiter damit zu befassen, zumal dazu Weiteres folgen werde. Er verweise auf den Antrag seiner Fraktion, einen Coronasonderausschuss einzusetzen, und den vertagten FDP-Gesetzesantrag.

Vorsitzende Franziska Becker schlägt vor, die Vorlagen unter a bis f zur Kenntnis zu nehmen und die übrigen zu vertagen.

Steffen Zillich (LINKE) betont, dass die Möglichkeit bestehe, die Vorlagen zu beraten. Insofern könne jetzt jeder Fragen stellen oder Bemerkungen machen. Wie die Parlamentsbefassung künftig geregelt werde, sei ein anderer Verfahrensstrang.

Christian Goiny (CDU) schließt an, dass die AfD die Vorlagen diskutieren könne. Die Vorlagen stünden auch nicht zum ersten Mal auf der Tagesordnung. Seine Fraktion habe das Jahr über wiederholt mit den unterschiedlichen Senatsverwaltungen über die Verordnungen diskutiert; es seien viele Berichtsbitten ausgelöst worden, dazu gebe es entsprechende Antworten, die weiter diskutiert würden. Die Befassung mit den Verordnungen sei sehr intensiv. Seine Fraktion plädiere dafür, die vorliegenden Verordnungen zur Kenntnis zu nehmen und darauf zu blicken, welche Maßnahmen und Entscheidungen für das Land Berlin in den nächsten Wochen und Monaten erforderlich seien und wie Hilfsprogramme und Schutzvorschriften angepasst oder weiterentwickelt werden sollten. Weitergehende Fragen oder Berichtsaufträge werde seine Fraktion im Rahmen der Beratung des Nachtragshaushalts an den Senat richten.

Sibylle Meister (FDP) erklärt, dass sich der Ausschuss hinreichend damit befasst und mit Senatsverwaltungen diskutiert habe. Es sei sinnvoll, die Aktualität im Auge zu behalten, statt zwölf vergangene Coronaverordnungen zu diskutieren, und im Hauptausschuss bei der Frage der Finanzierung zu bleiben und nicht in Fachdiskussionen abzuschweifen.

Torsten Schneider (SPD) weist darauf hin, dass in der Schulsache gestern eine Rechtsverordnung beim Abghs eingegangen sei, die an den Hauptausschuss überwiesen werde. Deshalb sei es sinnvoll, die Auswertung der Anhörung mit dieser Rechtsverordnung zu verbinden. Die anderen Verordnungen interessierten hier wenig und sollten nach seiner Auffassung wieder an die Fachausschüsse geschickt werden.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass der Ausschuss die Vorlagen – abgesehen von der Zehnten Verordnung unter g – zur Kenntnis nehme.

Punkt 17 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der FDP 3218
Drucksache 18/3128 Haupt
**Pandemie bekämpfen — Freiheitsrechte schützen –
Maß und Mitte halten**
(in der 82. Sitzung am 11.11.2020 zur Sitzung vertagt)

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, dem Plenum die Ablehnung des Antrags Drucksache 18/3128 zu empfehlen.

Punkt 18 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU 3232
Drucksache 18/3137 Haupt
**Coronamaßnahmen rechtssicher gestalten –
Gesundheitsämter stärken**

Carsten Ubbelohde (AfD) führt aus, grundsätzlich sei es richtig, die Gesundheitsämter zu stärken. Die Frage nach der Personalausstattung stelle man an verschiedenen Stellen laufend. Insofern sei der Antrag nicht besonders neu und außerdem sinnentleert, denn es gehe um eine Software, die erst die zuständigen Mitbestimmungsgremien durchlaufen müsste. Angesichts der generell langen Verfahren dürfte diese Coronakrise, vielleicht zum Bedauern der einen oder anderen Fraktion, dann schon zu Ende sein.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Plenum die Ablehnung des Antrags Drucksache 18/3137 zu empfehlen.

[Unterbrechung der Sitzung von 13.02 bis 13.29 Uhr]

Punkt 19 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 18/2738 Neu

2926
Haupt

**Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des
Haushaltsgesetzes 2020/2021
(Nachtragshaushaltsgesetz 2020/2021 – NHG 20/21)**

2. Lesung

hierzu:

Austauschfassung zur roten Nummer 2926 AT
Schreiben Senat von Berlin – Fin II B – vom 15.09.2020
**Ergänzungen zu den Entwürfen des Zweiten
Nachtragshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2020
und des Nachtragshaushaltsplans für das
Haushaltsjahr 2021 (Drucksache 18/2738)
(Nachschiebeliste)**

2926 AT-3
Haupt

hierzu:

**Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen:**

Übernahme aller zahlenmäßigen Veränderungen der
Ansätze zum Nachtragshaushalt 2020/2021, die der Se-
nat mit der Nachschiebeliste vorgeschlagen hat.

(Hinweis: in der 80. Sitzung am 28.10.2020 zur 82. Sit-
zung zurückgestellt)

Hinweis: Bei TOP 19 I. wird der Antrag der Koalitionsfraktionen zur Übernahme der zahlenmäßigen Veränderungen der Ansätze zum Nachtragshaushalt 2020/2021, die der Senat mit der Nachschiebeliste vorgeschlagen hat, beim erstmaligen Aufruf der Nachschiebeliste unter Einzelplan 03 zur Abstimmung aufgerufen. Das Kapitel 2910 wird am Ende der Beratung des Bereichs I. aufgerufen.

I. Zweiter Nachtrag zum Haushaltsgesetz von Berlin für das Haushaltsjahr 2020
und Nachtrag zum Haushaltsgesetz von Berlin für das Haushaltsjahr 2021

hierzu:

- a) Fragen der Fraktion Die Linke zum
Nachtragshaushaltsgesetz 2020/2021

2926 A
Haupt

- b) Fragen der Fraktion der FDP zum
Nachtragshaushaltsgesetz 2020/2021 [2926 B](#)
Haupt
- c) Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum
Nachtragshaushaltsgesetz 2020/2021 [2926 C](#)
Haupt
- d) Fragen der AfD-Fraktion zum
Nachtragshaushaltsgesetz 2020/2021 [2926 D](#)
Haupt
- e) Fragen der Fraktion der CDU zum
Nachtragshaushaltsgesetz 2020/2021 [2926 E](#)
Haupt
- f) Fragen der Fraktion der FDP zur
Nachschiebeliste [2926 AT-1](#)
Haupt
- g) Fragen der Fraktion der FDP zur
Nachschiebeliste [2926 AT-1a](#)
Haupt
- h) Fragen der AfD-Fraktion zur
Nachschiebeliste [2926 AT-2](#)
(a) bis h) in der 80. Sitzung am 28.10.2020 zur Sitzung
am 11.11.2020 zurückgestellt)

Mitlaufende Vorlagen:

- i) Bericht SenFin vom 15.09.2020
**Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes
2020/2021** [2926 AU](#)
Haupt
**Beantwortung der Fragen der Fraktionen betreffend
Senatsverwaltung für Finanzen**
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
Einzelplan 15, 29 und übergreifend

- j) Bericht SenFin – II B – vom 14.10.2020 [2926 BM](#)
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2020/2021
Beantwortung der Fragen der AfD-Fraktion und der Fraktion der FDP zur Nachschiebeliste
hier: Veranschlagungssystematik, Steuereinnahmetitel, Corona-Elternhilfe, Grunderwerbsteuereinnahmen, coronabedingten Steuermindereinnahmen und Neuverschuldung
Einzelplan 15 und 29
Hinweis: läuft mit unter P. Einzelplan 29 Nachschiebeliste.
(i) und j) in der 80. Sitzung am 28.10.2020 zur Sitzung am 11.11.2020 zurückgestellt)
- k) Bericht SenFin – VD EZI – vom 04.11.2020 [2926 BZ](#)
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2020/2021
Beantwortung der Fragen der AfD-Fraktion zur Nachschiebeliste
hier: Pandemiebedingte Entschädigungsansprüche
Einzelplan 15
- l) Bericht SenFin – FV – vom 05.11.2020 [3241](#)
Vorlage zur Kenntnisnahme gemäß den Ausführungsvorschriften zum Gesetz zur landesrechtlichen Umsetzung der Schuldenbremse (BerlSchuldenbremseG)
Hinweis: läuft mit unter P. Einzelplan 29
- m) Bericht SenFin – II B – vom 06.11.2020 [2807 G](#)
Kamerale Monitoring Covid-19
Stand: 31.10.2020
Haupt
- n) Bericht SenFin – II A – vom 16.11.2020 [0057 N](#)
Ergebnis der Steuerschätzung vom 10. bis 12. November 2020
(unaufgefordert vorgelegt)
- o) Schreiben SenFin – II B – vom 25.11.2020 [0081 Q](#)
Statusbericht über die Haushaltsslage per 31.10.2020
gemäß Auflage B. 97 – Drucksache 18/2400 zum Haushalt 2020/21
m.d.B. um Fristverlängerung bis zum 2.12.2020

- | | | |
|------|---|---|
| p) | Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum
Einzelplan 10 und 29 | <u>2926 CB</u>
Haupt |
| q) | Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion
Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
zum Einzelplan 05 | <u>2926 CC</u>
Haupt |
| r) | Auflagen zum 2. Nachtragshaushaltsplan 2020
Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die
Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen | <u>2926 CD</u>
Haupt |
| s) | Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Die Linke
und Bündnis 90/Die Grünen zum Einzelplan 09 | <u>2926 CE</u>
Haupt |
| t) | Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion
Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
zum Einzelplan 11 | <u>2926 CF</u>
Haupt |
| u) | Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion
Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
zum Einzelplan 12 | <u>2926 CG</u>
Haupt |
| v) | Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Die Linke
und Bündnis 90/Die Grünen zum Einzelplan 07 | <u>2926 CH</u>
Haupt |
| w) | Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Die Linke
und Bündnis 90/Die Grünen zum Einzelplan 21 | <u>2926 CI</u>
Haupt |
| x) | Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum
Einzelplan 07, 09, 10, 11 und 29 | <u>2926 CJ</u>
Haupt |
| y) | Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum
Einzelplan 03, 05, 09, 11 und 29 | <u>2926 CK</u>
Haupt |
| z) | Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Die Linke
und Bündnis 90/Die Grünen zum Einzelplan 01 | <u>2926 CL</u>
Haupt |
| aa1) | Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Die Linke
und Bündnis 90/Die Grünen zum Einzelplan 03 | <u>2926 CM</u>
Haupt |
| aa2) | Ersetzungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion
Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
zum Änderungsantrag 2926 CM
Einzelplan 03 | <u>2926 CM-1</u>
Haupt |

- | | | |
|-----|---|---|
| ab) | Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen zum Einzelplan 03 | <u>2926 CN</u>
Haupt |
| ac) | Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen zum Einzelplan 27 | <u>2926 CO</u>
Haupt |
| ad) | Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Einzelplan 10 | <u>2926 CP</u>
Haupt |
| ae) | Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Einzelplan 25 | <u>2926 CQ</u>
Haupt |
| af) | Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Einzelplan 08 | <u>2926 CR</u>
Haupt |
| ag) | Änderungsantrag der AfD-Fraktion zum Einzelplan 06 | <u>2926 CS</u>
Haupt |
| ah) | Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Einzelplan 06 | <u>2926 CT</u>
Haupt |
| ai) | Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Einzelplan 13 | <u>2926 CU</u>
Haupt |
| aj) | Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Einzelplan 11 | <u>2926 CV</u>
Haupt |
| ak) | Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Einzelplan 29 | <u>2926 CW</u>
Haupt |
| al) | Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Einzelplan 09 | <u>2926 CX</u>
Haupt |
| am) | Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum Einzelplan 05, 07, 08, 09, 10, 13, 27 und 29 | <u>2926 CY</u>
Haupt |

- | | | |
|-----|---|---|
| an) | Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum Einzelplan 05, 07, 08, 09, 10, 13, 27 und 29
hier: Ersetzung der lfd. Nr. 4 | <u>2926 CY-1</u>
Haupt |
| ao) | Bericht SenGPG – Krisenstab – vom 25.09.2020
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2020/2021
Beantwortung der Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
Einzelplan 09 | <u>2926 AZ</u>
Haupt |
| ap) | Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2020/2021 (Nachtragshaushaltsgesetz 2020/2021 – NHG 20/21)
hier: Neufassung der Artikel 1 und Artikel 2 | <u>2926 DA</u>
Haupt |
| aq) | Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Einzelplan 29 | <u>2926 DB</u>
Haupt |

A. Gesamtplan und Anlagen (Übersichten)

Keine Wortmeldung.

B. Einzelplan 01 – Abgeordnetenhaus

Mitberaten wird:

- | | | |
|----|--|--|
| a) | Schreiben des Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin vom 08.09.2020 | <u>2926 S</u>
Haupt |
|----|--|--|
- 2. Nachtragshaushalt 2020**
Einzelplan 01 – Abgeordnetenhaus von Berlin
(in der 80. Sitzung am 28.10.2020 zur Sitzung am 11.11.2020 zurückgestellt)

- b) Schreiben des Präsidenten des Abgeordnetenhauses vom 23.11.2020

[2926 S-1](#)
Haupt

2. Nachtragshaushalt 2020

Einzelplan 01 – Abgeordnetenhaus von Berlin

hier: Ergänzung zum Schreiben rote

Nummer 2926 S

Einzelplan 01

Titel 54010 – Dienstleistungen

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen zum **Einzelplan 01**

[2926 CL](#)
Haupt

hier: lfd. Nr. 1 – Kapitel 0100 / Titel 54010:

Ansatz 2020 (HH 20/21): + 20.000 €

Ansatz 2021 (HH 20/21): + 50.000 €

Der **Ausschuss** stimmt lfd. Nr. 1 des Änderungsantrags rote Nr. 2926 CL ohne Aussprache zu und nimmt die Schreiben rote Nrn. 2926 S und 2926 S-1 zur Kenntnis.

B1. Einzelplan 21 – Beauftragte/Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit

Kapitel 2102 – Beauftragte/Beauftragter für die Berliner Polizei und Bürgerbeauftragte/Bürgerbeauftragter

Titel 46101 – Pauschale Mehrausgaben für Personalausgaben

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen zum **Einzelplan 21**

[2926 CI](#)
Haupt

hier: lfd. Nr. 1 – Kapitel 2102 / Titel 46101:

Ansatz 2021 (HH 20/21): + 500.000 €

(Ergänzung der Titelerläuterung und Stellenplan:
ab 2021: + 1 B5)

Der **Ausschuss** stimmt lfd. Nr. 1 des Änderungsantrags rote Nr. 2926 CI ohne Aussprache zu.

C. Einzelplan 03 – Regierende Bürgermeisterin/Regierender Bürgermeister

Zweiter Nachtrag für das Haushaltsjahr 2020

Kapitel 0300 – Senatskanzlei

Mitberaten wird:

- | | | |
|----|---|--|
| a) | Sammelvorlage RBm-Skzl – ZS B – vom 07.09.2020
Beantwortung der Fragen der Fraktionen zum
Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des
Haushaltsgesetzes 2020/2021
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
Einzelplan 03 | <u>2926 AB</u>
Haupt |
| b) | Bericht RBm-SKzl – I C 2 – vom 02.09.2020
Fortschrittsbericht zu den Ehrenamts- und
Vereinshilfen zur Bewältigung der Folgen der
Corona-Pandemie
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020) | <u>3011 A</u>
Haupt |
| c) | Bericht RBm-SKzl – I C (V) – vom 03.08.2020
Perspektivische Entwicklung der Deutschen Film-
und Fernsehakademie (DFFB)
(Berichtsauftrag aus der 60. Sitzung vom 01.11.2019)
(in der 78. Sitzung am 09.09.2020 vertagt und zur Bera-
tung des 2. Nachtragshaushalts zurückgestellt) | <u>3034</u>
Haupt |
| d) | <u>Austauschfassung</u> zur roten Nummer 1370 J
Bericht RBm-SKzl – III B 4 – vom 09.10.2020
Zuschüsse für besondere touristische Projekte
hier: Austauschfassung
(Berichtsauftrag aus der 78. Sitzung vom 09.09.2020) | <u>1370 J-1</u>
Haupt |
| e) | Bericht RBm-SKzl – I B M 3 – vom 20.10.2020
Bereitstellung von öffentlichen WLAN-Spots in
Berlin 2020
(Berichtsauftrag aus der 78. Sitzung vom 09.09.2020)
(a) bis e) in der 80. Sitzung am 28.10.2020 zur Sitzung
am 11.11.2020 zurückgestellt) | <u>3187</u>
Haupt |

Christian Goiny (CDU) bittet um einen Folgebericht, in dem dargestellt werde, wie der RBm sich die Entwicklung im nächsten Jahr vorstelle, nachdem er sich gestern im RBB dazu geäußert habe. Seine Fraktion wolle erfahren, welche Planung und welches Konzept der RBm für die weitere Begleitung der Pandemie habe. Die Frage sei, welche Konzepte es gebe, um bestimmte Dinge wieder möglich zu machen, und wie diese kommuniziert würden. Die Diskussion über die Frage, wie viele Menschen sich über die Weihnachtsfeiertage treffen dürften, sei

etwas unglücklich gelaufen. Anliegen seiner Fraktion sei, dass die Regeln für die Menschen in der Stadt nachvollziehbar seien, damit man ihre Unterstützung behalte. Außerdem solle beantwortet werden, welche Konzepte zur Filmförderung und Situation der Kinos mit wem bis wann entwickelt würden, um Berlin als Film- und Kinostadt im nächsten Jahr stufenweise wieder an den Start zu bringen, und wie diese Konzepte inhaltlich aussähen. Dabei gehe es auch um die Veranstaltung von Filmfestivals.

Des Weiteren stelle sich die Frage, wie und mit welchen Konzepten das Thema Tourismus im kommenden Jahr begleitet werden solle. Berlin sei von diesem Wirtschaftsfaktor abhängig. Seine Fraktion erwarte, dass der Senat im Januar oder Februar berichte, mit welchen Partnern in welchen Stufen welche Konzepte erarbeitet würden. Wann könne man was mit Tests/Öffnungen machen? Welche wirtschaftlichen Hilfen seien im nächsten Jahr erforderlich? Dass man alle 14 Tage eine neue Situation und eine neue Regelung habe, werde sich im nächsten Jahr nicht durchhalten lassen. Notwendig sei eine konzeptionelle Betrachtung. Es sei wichtig, dass der Senat mit den Akteuren und Zielgruppen in der Stadt über Konzepte und Maßnahmen ins Gespräch komme, um die Akzeptanz zu erhalten. Die Diskussion, wer im nächsten Jahr was bezahlen solle, zeige, dass man beim Umgang mit der Pandemie unter einen anderen Druck komme. Der RBm solle seine Vorstellungen zum Jahresbeginn unterbreiten. Dies werde sicherlich auch Einfluss auf die Position Berlins in den Gesprächen mit den Ministerpräsidenten und der Bundeskanzlerin im nächsten Jahr haben. Die SKzL solle aufzeigen, bis wann ein solcher Bericht liefert werden könne. Er denke, im Januar wäre dies angemessen.

Steffen Zillich (LINKE) bezieht sich exemplarisch auf die Weiterentwicklung der DFFB. Im Finanzplanungszeitraum, insbesondere nach 2021, sei man weit von einer Ausfinanzierung der Investitionsabsichten entfernt; es gebe eine gewaltige Unterdeckung. Alles, was bislang nicht etatisiert sei, stehe unter dem Vorbehalt nicht gesicherter Finanzierung. Dies gelte auch für die genannten strategischen Investitionsvorhaben. Man stehe insgesamt vor der Aufgabe, Priorisierungen vorzunehmen, wenn neue Investitionsplanungen vorgelegt würden. Man stehe außerdem vor der Aufgabe nachzudenken, wie der Spielraum für Investitionen, insbesondere nach 2021, schon jetzt positiv beeinflusst werden könne. Andere Bundesländer legten entsprechende Fonds auf, die ihnen in den Jahren nach der Pandemie helfen. Die Frage sei, wie das Land Berlin für die Weiterentwicklung und Modernisierung der Infrastruktur vorsorgen könne. Bis dahin müsse gelten: Alles, was nicht veranschlagt sei, sei nicht finanziert.

Sebastian Walter (GRÜNE) bittet zum Bericht rote Nr. 3011 A, im Januar ein erstes Fazit zum Mittelabfluss und zur Anzahl der Antragsteller und der Berücksichtigungen vorzulegen. Im Hinblick auf Ablehnungen solle dargestellt werden, ob es sich um individuelle Gründe handele oder sich eine Gesamtschau ergebe, dass bei mehreren Vereinen Probleme bei strukturellen Bedingungen der Förderung oder anderen Aspekten bestünden. Er bitte um einen schriftlichen Bericht, aber auch jetzt schon um einen mündlichen Zwischenstand zur Anzahl der Anträge sowie Ausreichung und Auskömmlichkeit der Mittel.

Sibylle Meister (FDP) fragt, wann beschlossen worden sei, dass die DFFB nach Tempelhof ziehe. Sie wolle dies nicht in Abrede stellen, sei aber von dem Fortschritt überrascht.

Dr. Kristin Brinker (AfD) äußert, sie warne vor Fondslösungen, die charmant seien, wenn Geld verfügbar sei; das Land Berlin habe aber schon jetzt so hohe Schulden, dass man aufpassen müsse, welche Weichen für die Zukunft gestellt würden. Man sollte sich davor hüten, aus

Schulden heraus unter dem Coronaetikett einen Fonds zu bestücken und zu gucken, was passiere. – Dem Bericht rote Nr. 3187 entnehme sie, dass SenUVK WLAN in den Fahrzeugen für teuer und nicht für wirtschaftlich betreibbar halte. Wisse die SKzL, um welche Kosten es sich handele? – Lichtenberg und Charlottenburg-Wilmersdorf seien in ein EU-Projekt aufgenommen worden. Was mache man mit den anderen Bezirken? Gebe es die Idee, dass das Land Berlin ähnliche Programme auflege?

Daniel Wesener (GRÜNE) betont, dass man nicht alle Pressemeldungen über die Nutzung von Tempelhof ernst nehmen dürfe. Beschllossen sei das Alliiertenmuseum, allerdings ließen dazu noch Gespräche mit dem Bund. Die DFFB würde in das Profil passen. Nach dem Auslaufen des Mietvertrages am Potsdamer Platz bestehe Bedarf. Im Doppelhaushalt und in der Finanzplanung seien jedoch bislang keine Mittel berücksichtigt. Daher frage er, ob der Senat konkret beabsichtige, Mittel dafür einzustellen.

Christian Goiny (CDU) unterstreicht, dass die DFFB Schwierigkeiten haben werde, an ihrem Standort zu bleiben. Allerdings sei er pessimistisch, was die Zeitplanung bis 2025 angehe. Auch die Berlinale verfüge nicht über gesicherte Räumlichkeiten, so das Berlin Interesse haben müsse, solche Institutionen mit internationaler Strahlkraft unterzubringen. Das Problem sei, dass sich die Koalition offensichtlich nicht über die Nutzung von Tempelhof verständigen könne. Das Festhalten am Verwaltungsstandort sei unzulänglich, weil ein großes Flughafen-gebäude mit Hangars kein guter Verwaltungsstandort sein könne. Anstelle einer Sanierung wäre es sinnvoll, das Polizeipräsidium auf einer anderen Liegenschaft in einem funktionalen Neubau unterzubringen und die Flächen in Tempelhof freizuziehen. Zur Perspektive von Tempelhof rechne er in dieser Wahlperiode nicht mehr mit Ergebnissen.

Beim Thema WLAN sei ein Armutszeugnis, was SenUVK veranstaltet habe. Der WLAN-Ausbau bei der BVG werde abgeschaltet, weil das Geld für Ladestationen gebraucht werde. Bei der Werbung an BVG-Fahrzeugen werde gespart, statt von dem Geld E-Busse zu beschaffen. Der Bericht dokumentiere, dass Berlin als Weltstadt beim Thema WLAN schlecht aufgestellt sei. Einen Folgebericht anzufordern, mache keinen Sinn, weil ein nennenswerter Fortschritt nicht zu erkennen sei.

Staatssekretär Steffen Krach (SKzL) sagt zu, im Januar einen Bericht zur Herausgabe der Mittel beim Ehrenamt vorzulegen. Es lägen schon 169 Anträge verschiedener Organisationen vor. Er sei optimistisch, dass mit dem zur Verfügung stehenden Geld möglichst vielen Vereinen, Verbänden und ehrenamtlichen Initiativen geholfen werden könne.

Über die Weiterentwicklung der DFFB, die für den Medienstandort Berlin eine zentrale Institution sei, müsse man sich Gedanken machen. Für Ansiedlungen in Tempelhof gebe es viele Ideen. Die SKzL beabsichtige, diese Idee weiter zu verfolgen, dementsprechend Mittel anzumelden und weitere Schritte vorzubereiten. Die Projekt-GmbH Tempelhof unterstütze die Idee der Ansiedlung der DFFB.

Zur WLAN-Ausstattung in Verkehrsmitteln müsste SenUVK berichten. Der Ausbau der WLAN-Möglichkeiten sei ein Erfolgsprojekt; es gebe rund 10 Mio. Zugriffe. Dass noch Verbesserungspotenzial bestehe, sei keine Frage; daran arbeite man. Dies betreffe alle Bezirke, und man sei mit allen Bezirken im Gespräch und berichte über die EU-Initiativen und weiteren Projekte, um einen noch stärkeren Ausbau des öffentlichen WLAN zu gewährleisten.

Der RBm sei jederzeit bereit, dem Abghs über die Schritte zu berichten, die zwischen den Ministerpräsidentinnen/Ministerpräsidenten und der Bundeskanzlerin besprochen würden, auch gerade heute in einer Konferenz, weshalb der RBm hier entschuldigt sei. Weitere Runden würden stattfinden. Man habe Vereinbarungen über die Verordnung im Dezember. Es werde sicherlich Diskussionen über den Fortgang im Januar geben.

Zur Filmförderung und Konzeption für die Kinos könne die SKzl ebenfalls einen Bericht vorlegen, wie die Aussichten für das Jahr 2021 seien. Zum Tourismuskonzept könne die SKzl nach Abstimmung mit den anderen Senatsverwaltungen, insbesondere SenWiEnBe, Informationen liefern, wobei das Risiko bestehe, dass man das Infektionsgeschehen in den nächsten Monaten noch nicht abschließend einschätzen könne.

Mit den Akteuren würden seit Monaten fortlaufend Gespräche geführt, und man versuche ständig, die Anliegen der Akteure in die Entscheidungen aufzunehmen.

Vorsitzende Franziska Becker erkundigt sich, ob die erbetenen Berichte zur Sitzung am 20. Januar 2021 vorlägen.

Staatssekretär Steffen Krach (SKzL) erklärt, der Bericht zum Thema Ehrenamt werde bis dahin eingehen können. Was die grundsätzliche Ausrichtung des Umgangs mit der Pandemie angehe, gelte abzuwarten, wann die Treffen der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidentinnen und -präsidenten stattfänden. Der Regierende Bürgermeister werde das Plenum natürlich laufend über die nächsten Schritte informieren.

Christian Goiny (CDU) stellt fest, wenn der Regierende Bürgermeister heute auch mit gutem Grund nicht zur Beratung des zweiten Nachtragshaushaltes anwesend sei, bestehে gleichwohl ein Interesse, die Sachverhalte mit ihm zu diskutieren. Er würde vom Regierungschef des Landes Berlin gern erfahren, wie er sich die Entwicklungen in den kommenden Monaten und im nächsten Jahr vorstelle. Dazu wünsche er zum Beginn und nicht zum Ende des kommenden Jahres einen Bericht. Seine Fraktion könne auch einen Besprechungspunkt mit der Bitte um persönliche Anwesenheit des Regierenden beantragen, angemessener wäre es jedoch, ihm Gelegenheit zu geben, den weiteren Umgang mit der Pandemie mit den Beteiligten abzustimmen und dem Hauptausschuss Schriftliches zu Ende Januar vorzulegen.

Daniel Wesener (GRÜNE) erinnert daran, dass die Abwesenheit des Regierenden Bürgermeisters bereits in der Sprecherinnen- und Sprecherrunde diskutiert worden sei. – Am Dienstag sei im Senat ein umfassender Begleitbeschluss gefasst worden, den er im Sinne der Fragen des Abg. Goiny für durchaus instruktiv halte.

Bei der DFFB gebe es, unabhängig von der Zukunft, ein objektivierbares und verifizierbares Problem, für das es eine Lösung brauche. Staatssekretär Krach habe soeben noch von „Leuchtturm“ etc. gesprochen. Ein Bericht zum zweiten Quartal möge darlegen, wie es hier weitergehe und was die Verwaltung, bezogen auf Tempelhof, angemeldet habe, und zwar inklusive der Kenndaten. Welche Ersatzimmobilien kämen aus Sicht der Senatskanzlei als Alternative perspektivisch infrage? Welche Optionen seien im Gespräch oder ggf. von den Betroffenen vorgeschlagen worden? Welche davon würden geprüft?

Senator Dr. Matthias Kollatz (SenFin) merkt an, die Debatte über die Abwesenheit des Regierenden Bürgermeisters, der zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz sei, halte er für etwas künstlich. Der Senat habe bei den anstehenden Debatten stets die – auch öffentliche – Kommunikation gesucht.

Die Bundesebene wie auch einige Bundesländer hätten den Wunsch geäußert, dass jene Länder, die Hotspots hätten oder insgesamt als Hotspot eingestuft würden, Maßnahmen treffen sollten, die über das hinausgingen, was als Mindestrahmen verabredet worden sei. Damit habe sich der Senat befasst. In der letzten Senatssitzung habe der Regierende Bürgermeister angekündigt, dass er sich im Dezember noch mit dem Rat der Bürgermeister zusammensetze, um über dieses Thema zu reden.

Gemäß Infektionsschutzgesetz könnten bestimmte Maßnahmen nicht länger als einen Monat verfügt werden. Da die Öffentlichkeit allerdings ein Interesse gehabt habe, zu erfahren, welche Regelungen zur Weihnachtszeit gälten, habe sich der Senat bemüht, dieses zu befriedigen.

Auch zu der Frage, wie es im Januar und in der Perspektive weitergehe, werde es ausführliche Diskussionen im Senat wie auch Gelegenheit geben, im Hauptausschuss darüber zu beraten.

Staatssekretär Steffen Krach (SKzL) sagt einen Bericht zu einem möglichen Umzug der DFFB zum zweiten Quartal 2021 zu. Er habe im Übrigen nicht gesagt, dass diese viele Alternativen für andere Orte habe, sondern dass es viele Ideen für Ansiedlungen in Tempelhof gebe und dies eine sei. Für die Filmhochschule bestehe die Alternative des laufenden Mietvertrags und einer Verlängerung. Die Präferenz der Senatskanzlei und vieler anderer Beteiligter sei der Umzug.

Der **Ausschuss** nimmt die Sammelvorlage rote Nr. 2926 AB sowie die Berichte rote Nrn. 3011 A, 3034, 1370 J-1 sowie 3187 zur Kenntnis und erwartet die gewünschten Berichte.

Nachtrag für das Haushaltsjahr 2021

Kapitel 0300 – Senatskanzlei

HH 20/21: Titel 68535 – Zuschüsse im Rahmen der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen zum **Einzelplan 03** hier: lfd. Nr. 1 – Kapitel 0300 / Titel 68535:
Ansatz 2021 (HH 20/21): + 250.000 €
(und verbindliche Erläuterung)

[2926 CN](#)

Haupt

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 1 aus der roten Nr. 2926 CN ohne Aussprache zu.

Kapitel 0330 – Wissenschaft

Mitberaten wird:

- a) Bericht RBm-SKzL – V B – vom 17.09.2020
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2020/2021
Investive Zuschüsse an öffentliche und konfessionelle Hochschulen
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
Einzelplan 03

[2926 AW](#)

Haupt

- b) Bericht RBm-SKzl – V B – vom 17.09.2020 [2926 AX](#)
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2020/2021
Finanzierungslücken im Hochschulbereich, Mehrbedarfe in Forschung und Lehre, Digitalisierungskosten, Einnahmeausfälle
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
Einzelplan 03
- c) Bericht RBm-SKzl – V D – vom 07.09.2020 [2926 R](#)
Sanierung Wissenschafts- und Hochschulgebäude, Landesmittel zum Aufbau UHZB, Bedarfe und Folgekosten
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
- d) Bericht RBm-SKzl – V E 2 – vom 03.09.2020 [2926 I](#)
Wissenschaftliche Begleitung der Auswirkungen der Covid-19-Pandemie
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
- e) Bericht RBm-SKzl – V F 1 – vom 03.09.2020 [2926 J](#)
Mehrbedarf des Studierendenwerks
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
- f) Bericht RBm-SKzl – V F 4 – vom 09.09.2020 [2926 V](#)
Digitalisierungsmaßnahmen, Umsetzung, Antragstellung, Auswahl Projekte bzw. private Hochschulen
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
(a) bis f) in der 80. Sitzung am 28.10.2020 zur Sitzung am 11.11.2020 zurückgestellt)
- g) Schlussbericht RBm – Skzl – V F (V) – vom 25.09.2020 [3026 B](#)
Soforthilfen zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie für Studierende und Lehrbeauftragte sowie ergänzende Hilfen für ausländische Studierende
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
(in der 80. Sitzung von der Konsensliste genommen und auf die Tagesordnung der Sitzung am 11.11.2020 gesetzt)

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) fragt mit Blick auf den Bericht rote Nr. 2926 AW, ob für die per Nachschiebeliste vorgesehenen 3 Millionen Euro derselbe Verteilungsschlüssel wie bei der Verteilung der Mittel aus April angewendet werde.

Daniel Wesener (GRÜNE) nimmt Bezug auf den Bericht rote Nr. 2926 I und eine heute vom Hauptausschussbüro an die Abgeordneten weitergeleitete Mail, in der für zusätzliche wissenschaftliche Begleitungen im Zusammenhang mit der Teststrategie und den Schnelltests etc. plädiert werde. Gehe der Senat davon aus, dass es mit dem, was diesbezüglich passiere bzw. passiert sei, getan sei? Oder müsse man bei der Ausleuchtung besonderer Sektoren oder Zielgruppen nicht doch nachjustieren? Das Know-how dazu sei in der Stadt vorhanden. Nachfrage und Interesse seien gegeben; offenbar stünden noch immer viele Fragen im Raum, und bislang gewonnene Erkenntnisse seien aufgrund der dynamischen Entwicklung der Pandemiesituation u. U. schnell überholt.

Zum Studierendenwerk sei im Zusammenhang mit der Vorlage des zweiten Nachtrags eine Problemmeldung zur strukturellen Finanzierungssituation ergangen. Gemäß Rahmenvertrag, ehemaliger Hochschulpakt, würden für dieses und nächstes Jahr noch Mittel in Höhe von 1,5 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Unklar sei aber, wie es ab 2022 weitergehe. Wie sei hier der Sachstand? Sei gewährleistet, dass die Mittel auch längerfristig zur Verfügung stünden, oder gerate man mittelfristig – 2022ff. – in Schwierigkeiten?

Christian Goiny (CDU) hält es gleichfalls für zielführend, sich noch einmal damit zu beschäftigen, wie die Entwicklung von Teststrategien o. Ä. von wissenschaftlicher Seite gefördert und unterstützt werden könne. Wie sehe die Unterstützung seitens der Berliner Wissenschaftslandschaft aus, auch in Vernetzung mit übrigen Interessierten?

Ein weiterer Bericht möge Auskunft darüber geben, ob und welche Möglichkeiten bestünden, die Journalistenschule im Bereich der Berlinale Hochschullandschaft zu unterstützen oder dort anzudocken. Er wisse, dass im Hintergrund verschiedene Gespräche darüber geführt würden. Es sollte für hinreichend Nachwuchs zur Unterstützung einer qualitativ vielfältigen und freien Presselandschaft gesorgt werden.

Lt. Presse habe die Charité ein Konzept vorgestellt, das beachtliche Investitionen und neue Schwerpunktsetzungen beinhalte. Dieses sollte dem Ausschuss zeitnah zugehen, damit ggf. mit der Wissenschaftsverwaltung oder der Charité darüber diskutiert werden könne.

Stefanie Remlinger (GRÜNE) bittet mit Blick auf Bericht rote Nr. 2926 I um einen Anschlussbericht zu Februar/März 2021 zum aktuellen Sachstand. Lt. Bericht sei vieles erst beantragt; gerade bei Drittmittelprojekten sei noch unklar, ob Forschungsprojekte tatsächlich starten könnten. Welche Gutachten bzw. welche Studien könnten öffentlich eingesehen werden?

Staatssekretär Steffen Krach (SKzL) teilt auf die Frage des Abg. Schlüsselburg mit, dass, wenn das Parlament seine Zustimmung gebe, die Verwaltung erneut die elf staatlichen wie auch die konfessionellen Hochschulen berücksichtigen werde. Letztere seien bei Sonderprogrammen häufig nicht zwingend beteiligt gewesen, müssten in der Pandemie jedoch dieselben Herausforderungen in Sachen Digitalisierung stemmen. Man würde insofern den Verteilungsschlüssel wählen, der bereits im Frühjahr bei der ersten Unterstützung mit dem Programm Virtual Campus Berlin gewählt worden sei.

Im Wissenschaftsausschuss sei ausführlich über das Studierendenwerk und die strukturelle Finanzierung diskutiert worden. Der Rahmenvertrag sei mittlerweile beschlossen. Die Ver-

waltung habe zugesichert, dass sie im Hochschulpakt für die Jahre 20/21 Mittel in Höhe von 1,5 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung stelle und dass, wenn dies nicht über eine Erhöhung der Grundfinanzierung im Doppelhaushalt 22/23 klappe, wieder Mittel zur Verfügung gestellt würden, da es nicht angehe, dass das aufgebaute Angebot, vor allem auch im Beratungsbereich, wieder abgebaut werden müsse, zumal ein deutlich erhöhtes Bedürfnis an bspw. psychosozialer Beratung vieler Studierender zu verzeichnen sei. Er gehe davon aus, dass damit ein guter Weg gefunden sei, um eine größtmögliche Planungssicherheit über den fünfjährigen Vertrag des Studierendenwerks zu gewährleisten.

Mit der Charité stehe man über die wissenschaftliche Begleitung der Teststrategien und der Analysen von Schnelltests aus anderen Regionen, auch im internationalen Vergleich, im Gespräch. Es sei ein großes Glück, diese Einrichtung in Berlin zu haben, die national wie international so vernetzt sei, dass sie rasch Analysen darüber erstellen könne, wie das Verfahren an anderen Orten funktioniere und was man von anderen mitnehmen könne. Darauf werde man in den nächsten Wochen und Monaten noch zurückkommen. Auch im Begleitbeschluss des Senats vom vergangenen Dienstag sei festgehalten, dass die Expertise der Charité insbesondere was Teststrategien und die Anwendung von Schnelltests angehe gefragt sei. Es sei nicht damit getan, über die Tests zu verfügen, vielmehr sei auch zu klären, wie man sie so effizient einsetze, dass sich die Situation nach und nach verbessere und man wieder zu einer anderen Form des öffentlichen Lebens zurückkehren könne. Auch hierzu werde man das Gespräch mit der Charité suchen. Sie organisiere bundesweit ein Netzwerk aller Universitätskliniken, wo genau solche Themen evaluiert würden. Der Deutsche Bundestag habe dieses am vergangenen Donnerstag bei der sog. Bereinigungssitzung im Haushaltsausschuss noch einmal mit 290 Millionen Euro zusätzlich unterstützt. Dieser Betrag stehe der Charité – in Klammern gesprochen: leider – nicht komplett, sondern nur zum Teil zur Verfügung; sie nehme die Koordination vor. Es werde ein Konzept für alle Universitätskliniken – rd. 35 in Deutschland – erstellt.

Zur Journalistenschule würden Gespräche geführt. Die dort bestehenden Finanzschwierigkeiten stünde zumindest nach seinen Informationen nicht zwingend im Zusammenhang mit der Coronapandemie, weswegen vonseiten seiner Verwaltung noch kein Anlass gesehen worden sei, das Thema in den Nachtragshaushalt aufzunehmen. Die Frage müsse man jedoch im Blick behalten. Verschiedene Akteure in Berlin arbeiteten daran, dass die Journalistenschule weiterhin bestehe.

Das Konzept der Charité, das sich auf die Gesamtentwicklungsplanung für die Jahre 2030 bis 2050 beziehe, werde dem Parlament so schnell wie möglich zur Verfügung gestellt. Seine Verwaltung habe für die bisher gewünschten Berichte zum Sachstand der Gesamtentwicklungsplanung die Fertigstellung des genannten Konzepts abgewartet.

Das gewünschte Update zu den Forschungsprojekten und der Frage, welche Projekte es im Zusammenhang mit Corona gegeben habe und noch geben werde, gehe dem Ausschuss zu. Ihm seien so gut wie keine vom Land geförderten Studien bekannt, die nicht veröffentlicht würden. Es wäre auch falsch und widersprüche dem Sinn und Zweck der Wissenschaft, Studien zu erstellen und sie nicht öffentlich zu machen. Neben den Studienergebnisse werde ein Überblick geliefert, welche Studien vorgenommen worden seien. Nicht alle würden von der Charité durchgeführt, in vielen Fällen erfolgten sie aber in Kooperation mit ihr oder in Koordination des Universitätsnetzwerks.

Christian Goiny (CDU) bittet um einen Bericht bis Februar 2021 über den aktuellen Stand der mit den Beteiligten geführten Diskussionen zur Journalistenschule.

Könne sichergestellt werden, dass die Charité, wenn sie Interesse habe, bestimmte Projekte zu Tests oder neuen Teststrategien wissenschaftlich zu begleiten, die finanziellen Mittel dafür erhalte? Das Parlament müsste in der momentanen Zeit jedenfalls ein Interesse daran haben. So der Staatssekretär schriftlich darauf antworte, möge er auch auf den Inhalt der erwähnten Mail an den Ausschuss eingehen.

Daniel Wesener (GRÜNE) kommt auf die von Staatssekretär Krach erwähnte Bereinigungssitzung zu sprechen. Er gratuliere allen Fachverwaltungen, insbesondere denjenigen, die mit erheblichen Summen beglückt würden; es sei ein Ausweis guter Arbeit der Einrichtungen etc. wie auch der Berliner Politik, die das im besten Falle immer unterstütze und begleite. Dem Ausschuss möge eine Übersicht zu möglichen Kofinanzierungen zugehen. Manche Beglückung des Bundes sei mitunter eine Zwangsbeglückung. Der Presseberichterstattung habe er dazu zwar nichts entnommen, er könne Kofinanzierungsnotwendigkeiten aber auch nicht ausschließen. Angesichts der Summen, die beispielsweise bei der Urania für bauliche und sonstige investive Maßnahmen in Rede stünden, möge SenFin darstellen, ob diesbezüglich etwas auf den Haushaltsgesetzgeber des Landes zukomme.

Staatssekretär Steffen Krach (SKzL) führt aus, die Charité habe, was die Analyse von Schnelltests und die Evaluation von Teststrategien etc. angehe, schon in den letzten Monaten Unterstützung geleistet. Wenn der Nachtrag beschlossen werde, sei vorgesehen, sie noch einmal zusätzlich finanziell zu unterstützen, auch in Sachen Bewerkstelligung der Teststrategien und hinsichtlich dessen, was die Charité beispielsweise an den Flughäfen geleistet habe. Damit könne sie erst einmal arbeiten und den Senat wie bisher gut unterstützen. Sodann komme es darauf an, welche Anliegen man in den nächsten Wochen und Monaten an sie formuliere. Bei zusätzlichen Beratungsbedarfen müsse im Einzelnen mit ihr besprochen werden, ob dafür eine weitere finanzielle Unterstützung notwendig sei oder ob die Leistung im Rahmen dessen erbracht werden könne, was aktuell sowieso an der Charité durchgeführt werde. Dort seien unzählige Forschungsprojekte umgesetzt worden, die keines Auftrages des Senates bedurft hätten, die vielmehr von den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern geleistet und zu guten Ergebnissen geführt worden seien. Der weltweit genutzte PCR-Test sei bspw. an der Charité entwickelt worden. Man werde laufend analysieren, ob es dort noch weitere Unterstützung gebe.

Senator Dr. Matthias Kollatz (SenFin) erklärt mit Bezug auf die Bereinigungssitzung, dass im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2022/2023 natürlich auch über das Thema Kofinanzierung diskutiert werde. Die Fachverwaltungen würden, soweit dort solche Bedarfe vorgesehen seien, Vorschläge machen – oder auch nicht. In der Vergangenheit habe Berlin eine Auswahl getroffen und nicht immer alles kofinanziert, was zur Kofinanzierung vorgesehen gewesen sei. Das werde auch dieses Mal so sein. – Es könnte zudem der im Rahmen der Konjunkturprogrammaktivitäten zur Verfügung gestellte Investitions- und Innovationsfonds infrage kommen. Dafür könnten die Fraunhofer-Institute, die sicherlich einen Beitrag zum Aufschwung in Berlin leisten könnten, in Betracht kommen. Darüber werde jedoch zu gegebener Zeit entschieden; es werde eine selektive Entscheidung getroffen.

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte rote Nrn. 2926 AW, 2926 AX, 2926 R, 2926 I, 2926 J, 2926 V sowie den Schlussbericht rote Nr. 3026 B zur Kenntnis und erwartet die gewünschten Folgeberichte.

Nachtrag für das Haushaltsjahr 2021

Kapitel 0330 – Wissenschaft

Neuer Titel: **Titel 68483 – Zuschüsse an Studierendenschaften zum Ausgleich von Kosten der Semestertickets**

hierzu:

Ersetzungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum **Änderungsantrag 2926 CM**

Einzelplan 03

hier: lfd. Nr. 1 – Kapitel 0330 / neuer Titel 68483:
Ansatz 2020 (HH 20/21): + 0 €
Ansatz 2021 (HH 20/21): + 1,9 Mio. €
(und Titelerläuterung)

2926 CM-1

Haupt

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 1 aus der rote Nr. 2926 CM-1 ohne Ausprache zu.

Kapitel 0340 – Forschung

Mitberaten wird:

- a) Bericht RBm-SKzl – VI D – vom 07.09.2020
Sanierung des Museums für Naturkunde
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
- b) Bericht RBm-SKzl – VI D – vom 11.09.2020
Fortschrittsbericht zum Museum für Naturkunde
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
(a) und b) in der 80. Sitzung am 28.10.2020 zur Sitzung am 11.11.2020 zurückgestellt)

2926 Q

Haupt

2550 B

Haupt

Christian Goiny (CDU) dankt für den informativen Fortschrittsbericht. Zum Frühsommer nächsten Jahres bitte er um eine Aktualisierung.

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte rote Nrn. 2926 Q und 2550 B zur Kenntnis und erwartet einen Folgebericht zur Sitzung am 9. Juni 2021.

Nachschiebeliste - [2926 AT-3](#)

Vorsitzende Franziska Becker teilt mit, sie lasse vorweg im Block über den Antrag der Koalition abstimmen, alle zahlenmäßigen Veränderungen der Ansätze zum Nachtragshaushalt 2020/2021, die der Senat mit der Nachschiebeliste vorgeschlagen habe, zu übernehmen. Ausgenommen davon seien Kapitel 2900 und Kapitel 2902. Die vorliegenden Einzelanträge zu Änderungen der übernommenen Ansätze in der Nachschiebeliste werde sie in der weiteren Beratung jeweils kapitel- und titelweise aufrufen und abstimmen lassen. Sie gingen als zusätzliche Änderungen in die Beschlussempfehlung ein, wenn sie angenommen würden.

Der **Ausschuss** stimmt der Übernahme der Ansätze der Nachschiebeliste des Senats mit Ausnahme von Einzelplan 29, Kapitel 2900 und Kapitel 2902 vorweg zu.

Kapitel 0300 – Senatskanzlei

Titel 68324 – Zuschüsse an die Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum [2926 CK](#)
Einzelplan 03, 05, 09, 11 und 29 Haupt
hier: lfd. Nr. 1 – Kapitel 0300 / Titel 68324:
Ansatz 2020 (NSL): Streichung der Ansatzerhöhung aus
der Nachschiebeliste

Mitberaten wird:

Bericht RBm-SKzl – I B M – vom 20.10.2020 [2926 BU](#)
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes Haupt
2020/2021
Beantwortung der Fragen der AfD-Fraktion zur
Nachschiebeliste
hier: Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH –
Mehrbedarfe
Einzelplan 03
(in der 80. Sitzung am 28.10.2020 zur Sitzung am
11.11.2020 zurückgestellt)

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion lfd. Nr. 1 aus der roten Nr. 2926 CK ohne Aussprache ab und nimmt den Bericht rote Nr. 2926 BU ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

Mitberaten wird:

Bericht RBm-SKzl – I C 2 – vom 07.10.2020 [2926 BP](#)
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes Haupt
2020/2021

Beantwortung der Fragen der AfD-Fraktion zur
Nachschiebeliste
hier: Zuschüsse an soziale oder ähnliche
Einrichtungen
Einzelplan 03
(in der 80. Sitzung am 28.10.2020 zur Sitzung am
11.11.2020 zurückgestellt)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2926 BP ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 68580 – Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen für coronabedingte Ausgaben

Mitberaten wird:

Bericht RBm-SKzl – I BM 1 – vom 13.10.2020 [2926 BQ](#)
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes Haupt
2020/2021

Beantwortung der Fragen der AfD-Fraktion zur
Nachschiebeliste
hier: Ausfallfonds für das Ausfallrisiko bei
Filmproduktionen
Einzelplan 03
(in der 80. Sitzung am 28.10.2020 zur Sitzung am
11.11.2020 zurückgestellt)

Der **Ausschuss** nimmt ohne Aussprache den Bericht rote Nr. 2926 BQ zur Kenntnis.

Kapitel 0330 – Wissenschaft

Titel 23211 – Ersatz von Ausgaben durch die Länder
Titel 54010 – Dienstleistungen
Titel 68413 – Zuschuss an das Studierendenwerk

Siehe jeweils Beschluss zur Nachschiebeliste rote Nr. 2926 AT-3 vor Kapitel 0300.

Mitberaten wird:

Bericht RBm-SKzI – V F – vom 20.10.2020 [2926 BT](#)
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes
2020/2021
Beantwortung der Fragen der AfD-Fraktion zur
Nachschiebeliste
hier: Soforthilfe für Studierende
Einzelplan 03
(in der 80. Sitzung am 28.10.2020 zur Sitzung am
11.11.2020 zurückgestellt)

Der **Ausschuss** nimmt ohne Aussprache den Bericht rote Nr. 2926 BT zur Kenntnis.

Titel 68521 – Qualitäts- und Innovationsoffensive an Hochschulen
- Fördermittel zur Umsetzung des Zukunftsvertrags Studium und Lehre
stärken

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum [2926 CK](#)
Einzelplan 03, 05, 09, 11 und 29
Haupt
hier: lfd. Nr. 2 – Kapitel 0330 / Titel 68521:
Ansatz 2021 (NSL – bislang keine Veränderung vorge-
sehen): - 150.000 €
(und verbindliche Erläuterung)

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag der AfD-Fraktion lfd. Nr. 2 aus der roten Nr. 2926 CK ab.

Titel 68580 – Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen für coronabedingte Ausgaben

Mitberaten wird:

Bericht RBm-SKzI – V D 4 / V E 2 – vom 14.10.2020 [2926 BJ](#)
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes
2020/2021
Beantwortung der Fragen der AfD-Fraktion und der
Fraktion der FDP zur Nachschiebeliste
hier: Charité – Universitätsmedizin Berlin (Charité)
Einzelplan 03
(in der 80. Sitzung am 28.10.2020 zur Sitzung am
11.11.2020 zurückgestellt)

Christian Goiny (CDU) erkundigt sich, wie der Staatssekretär die Situation an der Charité einschätzt, was die Ausstattung der hier aufgeführten Positionen für 2021 angehe. Wie lange reichten sie unter den heute abschätzbaren Bedingungen? Sei damit zu rechnen, dass im kommenden Jahr eine weitere Verstärkung benötigt werde?

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl) erwidert, die Verwaltung sei laufend mit der Charité im Gespräch; das Thema betreffe nicht nur sie, sondern auch andere Krankenhäuser. Die Verwaltung sei der Meinung, dass das Land die Charité mit dem, was der Ausschuss heute, so hoffe er, vereinbare, sehr stark unterstütze. Ob die Hilfe ausreiche, könne er zum jetzigen Zeitpunkt hingegen nicht absehen. Er könne insofern auch nicht zusichern, dass sich der Ausschuss heute zum letzten Mal mit dem Thema beschäftigen müsse.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2926 BJ zur Kenntnis.

Titel 89421 – Investive Zuschüsse an öffentliche und konfessionelle Hochschulen

**Titel 89444 – Zuschuss an Charité - Universitätsmedizin Berlin für
coronabedingte Investitionen**

**Titel 89445 – Zuschuss für Investitionen aus dem Zukunftsprogramm
Krankenhäuser an die Charité Universitätsmedizin Berlin**

Siehe jeweils Beschluss zur Nachschiebeliste rote Nr. 2926 AT-3 vor Kapitel 0300.

Kapitel 0340 – Forschung

**Titel 68560 – Zuschuss an das Leibniz-Institut für Evolutions- und
Biodiversitätsforschung (Museum für Naturkunde - MfN)**

Siehe Beschluss zur Nachschiebeliste rote Nr. 2926 AT-3 vor Kapitel 0300.

An dieser Stelle wird aufgerufen:

Punkt 20 der Tagesordnung

Schreiben RBm – Skzl – I B M – vom 18.11.2020

SIWA

[3287](#)

Haupt

**Titel 83014 – Zuschuss für den WLAN-Ausbau,
FreeWifi Berlin und eduroam**

Titel 84010 – Öffentliches WLAN

**Antrag auf Streichung von Maßnahmen und
Mittelumwidmung zugunsten der Deutschen Film-
und Fernsehakademie (DFFB)**

gemäß § 4a Abs. 1 Satz 1 SIWA ErrichtungsG

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3287 wie beantragt zu und nimmt den Bericht ohne Aussprache zur Kenntnis.

D. Einzelplan 05 – Inneres und Sport

Zweiter Nachtrag für das Haushaltsjahr 2020

Kapitel 0500 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Mitberaten wird:

- a) Bericht SenInnDS – ZS C / ZS B / III B / III C / IV A / IV B – vom 01.09.2020 [2926 AH](#)
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2020/2021
Beantwortung der Berichtsaufträge zum Einzelplan 05 sowie zu Kapitel 1250 und 2705
hier: Bericht 1. und 2.
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
Einzelplan 05
- b) Bericht SenInnDS – ZS C / ZS B / III B / III C / IV A / IV B – vom 01.09.2020 [2926 AH](#)
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2020/2021
Beantwortung der Berichtsaufträge zum Einzelplan 05 sowie zu Kapitel 1250 und 2705
hier: Bericht 18. und 19
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
Einzelplan 05
(a) und (b) in der 80. Sitzung am 28.10.2020 zur Sitzung am 11.11.2020 zurückgestellt)
- c) Bericht SenInnDS – V A 4 – vom 15.09.2020 [1403 C](#)
Leistungsfähiges Bürgeramt / Effektive Bürger- und Standesämter
gemäß Auflage B. 24 – Drucksache 18/2400 zum Haushalt 2020/21
Hinweis: Mitteilung zur Kenntnisnahme
(in der 80. Sitzung von der Konsensliste genommen und auf die Tagesordnung der Sitzung am 11.11.2020 gesetzt)

- d) Bericht SenInnDS vom 20.10.2020
Beschleunigung der Digitalisierung der Berliner Verwaltung unter dem Aspekt der Corona-Pandemie

(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
(in der 80. Sitzung von der Konsensliste genommen und auf die Tagesordnung der Sitzung am 11.11.2020 gesetzt)

3143 A

Haupt

Stefan Ziller (GRÜNE) stellt erfreut fest, dass es für heute und morgen noch möglich sei, Termine beim Bürgeramt zu erhalten. Man werde diese Thematik auch im nächsten Jahr verfolgen.

Der Senator möge über die Ergebnisse der Bezirkstour berichten, in deren Rahmen sich die Innenverwaltung darum bemühe, die IT-Probleme beim mobilen Arbeiten etc. zu klären. Seien alle Bezirke berücksichtigt worden? Wie arbeitsfähig seien sie? Aus den Bezirken wie auch den Senatsverwaltungen wisse er, dass Arbeitsgruppensitzungen beispielsweise zum Zukunftspakt Verwaltung nicht stattfinden könnten, weil Videokonferenzen nicht funktionierten oder Teile der Bezirke damit nicht zurechtkämen.

Immer wieder werde auch berichtet, dass keine Gruppenlizenzen vorlägen bzw. die Bezirke damit immer noch nicht richtig arbeiten könnten, weil es Tage dauere, einen Laptop weiterzugeben und die Lizenz dann erneut umgeschrieben werden müsse. Wie weit sei man hier zwischenzeitlich vorangekommen?

Senator Andreas Geisel (SenInnDS) merkt an, die Bezirkstour sei noch nicht Gegenstand des Berichts gewesen, da sie nun aktuell anstehe. Hintergrund der Tour sei eine Videokonferenz seiner Verwaltung von vor zwei, zweieinhalb Wochen mit dem Regierenden Bürgermeister und verschiedenen Bezirksvertretern. Dabei habe man festgehalten, dass es dringend erforderlich sei, das mobile Arbeiten auch in den Bezirksämtern zu verstärken. Ziel sei es, ca. 5 000 Laptops in die Bezirke zu geben, um deren Fähigkeit zur mobilen Arbeit zu stärken. In dem Gespräch habe sich herausgestellt, dass die technischen Voraussetzungen in den Bezirken unterschiedlich ausfielen. Zwar sei die Möglichkeit des mobilen Arbeitens seit Mitte März, dem Beginn des ersten Lockdowns, etwa verdoppelt worden, in absoluten Zahlen sei man jedoch noch nicht weit gekommen; die weiteren 5 000 Laptops stellten insofern schon einen deutlichen Schritt nach vorne dar.

Das ITDZ habe die Ausschreibung der Laptops vorgenommen; die Lieferung werde voraussichtlich ab dem 15. Januar 2021 erfolgen können. Bezirke, die über gute technische Voraussetzungen verfügten, könnten in relativ kurzer Zeit Laptops in beträchtlicher Größenordnung abnehmen. Andere Bezirke hätten Probleme mit der ihnen gegenwärtig zur Verfügung stehenden Serverkapazität. Lichtenberg sei beispielsweise in der Lage, 50 weitere Laptops anzuschaffen und Fachverfahren darüber laufen zu lassen, dann jedoch sei die Serverkapazität des Bezirks erschöpft. Dort wären also größere Investitionen erforderlich, um mehr mobiles Arbeiten zu ermöglichen, während andere Bezirke bessere technische Voraussetzungen mitbrächten, so beispielsweise Steglitz-Zehlendorf.

Auch bei der Nutzung der VPN-Tunnel stelle sich die Situation divers dar. Mit T-Systems sei eine Vereinbarung getroffen worden, die Zahl der VPN-Tunnel auf 12 500 deutlich zu erhöhen. Derzeit würden jedoch lediglich 10 bis 15 Prozent der zur Verfügung stehenden VPN-Tunnelkapazität ausgeschöpft. Mit den Bezirksamtern müsse geklärt werden, welche Voraussetzungen dort jeweils bestünden. Steglitz-Zehlendorf habe in den vergangenen Jahren bspw. eine Hard- und Software beschafft, die mit den VPN-Tunnel von T-Systems nicht kompatibel seien. – Wenn sich in den zwölf Bezirken auch zwölf unterschiedliche Situationen darstellten, sei doch überall der Wille vorhanden, mobiles Arbeiten möglich zu machen. Die Unterstützung, die seine Verwaltung diesbezüglich zur Verfügung stelle, werde gerne angenommen.

Wenn die Laptops durch das ITDZ geliefert würden, müssten sie in den Bezirken noch für die entsprechenden Fachverfahren eingerichtet werden, was weitere Wochen in Anspruch nehmen werde. Das ITDZ habe den bezirklichen IT-Stellen dabei personelle Unterstützung zugesagt.

Staatssekretären Smentek werde in dieser Woche noch mit drei oder vier Bezirken Gespräche führen. Er gehe davon aus, dass die Initiative seiner Verwaltung deutlich dazu beitrage, dass im Frühjahr 2021 wesentlich mehr mobile Arbeitsplätze eingerichtet werden könnten.

Staatssekretärin Sabine Smentek (SenInnDS) weist darauf hin, dass die Änderungen im Nachtragshaushalt u. a. dazu dienen sollten, die Bezirke weiterhin darin zu unterstützen, die technischen Voraussetzungen zu entwickeln, um die Laptops nutzen zu können. Sollte das Parlament anders entscheiden, hätte ihre Verwaltung geringere Möglichkeiten, den Bezirken Unterstützung zu leisten.

Die Mittel im Nachtragshaushalt sollten im Übrigen auch dafür eingesetzt werden, bei den Senatsverwaltungen zu einer besseren mobilen Arbeitsfähigkeit beizutragen. Auch dort fielen die Voraussetzungen unterschiedlich aus.

Ein Laptop könne mittels einer Einzellizenz genutzt werden – dann könne sich nur eine Person daran anmelden – oder über eine Gruppenlizenz, die eine Anmeldung mehrerer Personen ermögliche; der Laptop könne dann untereinander ausgetauscht werden. Aufgrund von IT-Sicherheitsproblemen gebe es keine Gruppenlizenzen, wohl aber Gerätelizenzen, die ebenfalls die Anmeldung und Nutzung durch mehrere Personen ermöglichten. Darüber seien alle Bezirke eigentlich seit Wochen und Monaten informiert. Hartnäckige Gerüchte hielten sich jedoch, und sie freue sich, diese Information hiermit noch einmal in die Breite tragen zu können.

Die Bezirksverordnetenversammlungen hätten Probleme, Sitzungen digital abzuhalten. Das juristische Problem wolle ihre Verwaltung kurzfristig mit einer Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes lösen; das Parlament werde dazu eine Drucksache erhalten. In technischer Hinsicht bestünden auch bei den Bezirksverordneten, die an einer Sitzung der BVV im Zweifelsfall nicht aus der Verwaltung, sondern von zu Hause aus teilnehmen, unterschiedliche Voraussetzungen. Die Güte einer Videokonferenz hänge ab von der Qualität der Leitungen, und dieses Problem sei systemunabhängig. Sie selbst habe mittlerweile fast alle Systeme getestet, mit denen sich Videokonferenzen durchführen ließen, und immer dann, wenn jemand ein schwaches WLAN besitze, zeigten sich Probleme.

Bei Einführung des Systems Nextcloud seien die Aspekte IT-Sicherheit und Datenschutz natürlich sehr ernst genommen worden. Die Wahl sei hier auf ein Berliner Unternehmen gefallen. Nextcloud Talk werde mit großem Erfolg bspw. auch in einigen Rechtsanwaltskanzleien angewendet. Ein System, das IT-Sicherheit gewährleiste, ver- und entschlüssle die Daten jedoch öfter, wodurch ein höheres Datenvolumen entstehe. Aus diesem Grund sei es bei schlechten IT-technischen Voraussetzungen stets schwieriger, mit einem solchen sicheren System eine sauber verlaufende Videokonferenz abzuhalten. Man stehe noch in Diskussionen, wie man den BVVen diesbezüglich helfe.

Christian Goiny (CDU) wünscht einen Bericht, in welchem Umfang die Bezirke bis zum 31. Dezember 2020 die Möglichkeit von Homeoffice etc. eröffnen würden. Dabei sollten natürlich nur jene Verwaltungsbereiche berücksichtigt werden, in denen mobiles Arbeiten überhaupt möglich sei.

Zum Thema Videokonferenz liege eine umfassende und seines Erachtens auch kritische Einschätzung der Berliner Datenschutzbeauftragten vor. Inwieweit unterstütze die Senatsinnenverwaltung die verschiedenen Bereiche der Berliner Verwaltung bei der Berücksichtigung datenschutzrelevanter Aspekte?

Die Situation in den Bürgerämtern habe sich offenkundig nicht wesentlich geändert. Die von Abg. Ziller gepriesene Verfügbarkeit von Terminen beziehe sich lediglich auf die nächsten zwei Tage; bis zum Jahresende sei nahezu kein Termin mehr verfügbar. Auch hier sehe er eine Herausforderung für das kommende Jahr. Es gelte zu prüfen, wie über Verfahrensänderungen und Vereinfachungen eine Verbesserung zu erreichen sei.

Stefan Ziller (GRÜNE) bittet zur Sitzung am 21. Januar 2021 um einen Bericht, der bezirksgenau die jeweils noch vorhandenen großen Handlungsbedarfe darlege. Nicht alle Bezirke werde man in Sachen Digitalisierung in einem Zug ins 21. Jahrhundert bekommen.

Senator Andreas Geisel (SenInnDS) führt aus, seine Verwaltung stehe mit den einzelnen Bezirken in intensivem Austausch zum Thema Bürgerämter. Es seien verschiedene Maßnahmen zur Steigerung von Terminangeboten verabredet worden, beispielsweise einheitliche Mindestöffnungszeiten. Die Öffnungszeiten pro Woche variierten je nach Bezirk stark – zwischen 32 und 51 Stunden. Die vereinbarte Mindestöffnungszeit sei noch nicht überall umgesetzt worden.

Noch immer sei auch das erhebliche Problem der unbesetzten Stellen in den Bezirksamtern zu konstatieren. Die Bezirke bemühten sich sehr um eine Stellenbesetzung, jedoch sei auch eine erhebliche Fluktuation in den Bürgerämtern festzustellen. Je nach Anzahl der offenen Stellen könnten Termine nicht in dem erforderlichen Umfang zur Verfügung gestellt werden.

Eine heftige Debatte sei mit den Bezirken über die durchschnittliche Bearbeitungszeit pro Antrag geführt worden. Diese werde derzeit mit 12 Minuten angesetzt. Es sei eine durchschnittliche Bearbeitungszeit von 10 Minuten angeregt worden, wodurch deutlich mehr Termine angeboten werden könnten. Dagegen spreche die von manchen Bezirken geschilderte Praxis, wonach die angemeldete Kundschaft oftmals zu mehreren Personen und mit mehreren Anliegen zum Termin komme, die zugleich erledigt werden könnten. Bei einer Reduzierung der durchschnittlichen Bearbeitungszeit wäre dies nicht mehr möglich. Bis vor Corona hätten

auch noch Spontankunden bedient werden können; unter den derzeitigen Bedingungen sei dies erheblich eingeschränkt. Auch diese Möglichkeit wäre bei einer Reduzierung der Bearbeitungszeit nicht mehr gegeben.

Die momentan größte Einschränkung bei den Bezirken resultiere aus der Raumproblematik. Während sich vor der Pandemie zwei Mitarbeiter/-innen einen Raum geteilt hätten und somit zwei Kunden/Kundinnen gleichzeitig hätten bedient werden können, sei das Verhältnis nunmehr auf eins zu eins reduziert. Derzeit stünden somit nur ca. 86 Prozent der benötigten Raumkapazitäten zur Verfügung.

Dennoch würden jeden Tag neue Termine ins Internet eingestellt. Die Situation sei allerdings nach wie vor nicht befriedigend.

Bei Frage des Abg. Goiny nach der durchschnittlichen Quote der technischen Voraussetzungen für Homeoffice in den Bezirken gelte zu beachten, dass nicht jede/-r Mitarbeiter/-in, der/die im Homeoffice arbeite, in Fachverfahren tätig sei. Unter der Voraussetzung, dass die Personalvertretungen zustimmten und die Mitarbeiter/-innen dazu bereit seien, werde ihnen bspw. die BlackBerry-App zur Verfügung gestellt, sodass sie von privaten Geräten, von zu Hause aus einen Zugriff auf E-Mail- oder Terminsysteme etc. hätten. Für breite Teile der Verwaltung stelle dies bereits ein deutlicher Fortschritt dar. Bei den Fachverfahren gestalte sich die Situation schwieriger; er gehe geschätzt von einer Quote von 10 bis 15 Prozent aus. Genauere Angaben reiche er schriftlich nach.

Staatssekretärin Sabine Smentek (SenInnDS) erläutert, im Ausschuss KTDat sei die Innenverwaltung von der Berliner Datenschutzbehörde ausdrücklich für die Auswahl des Videokonferenzsystems gelobt worden; es werde sowohl unter IT-Sicherheits- wie auch Datenschutzaspekten als gut bewertet. Angesichts der vielen Fragen, die an dieser Stelle immer wieder auftauchten, und aufgrund des Zielkonflikts zwischen einer möglichst sicheren Kommunikation und den technischen Anforderungen stehe ihre Verwaltung mit der Datenschutzbeauftragten in ständigem Austausch.

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte Nrn. 1, 2, 18 und 19 aus der roten Nr. 2926 AH sowie die Berichte rote Nrn. 1403 C und 3143 A zur Kenntnis und erwartet weitere Berichte.

HH 20/21: Titel 97203 – Pauschale Minderausgaben

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum **Einzelplan 05** hier: lfd. Nr. 1 – Kapitel 0500 / Titel 97203:
Ansatz 2020 (HH 20/21): - 14,982 Mio. €

2926 CC

Haupt

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 1 aus der roten Nr. 2926 CC ohne Aussprache zu.

2. NHG 20/21: Titel 81245 – Einführung einer gesamtstädtischen Informations-/ Lageplattform

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum **Einzelplan 05**
hier: lfd. Nr. 2 – Kapitel 0500 / Titel 81245:
Ansatz 2020: wie 2. NHG
Ansatz 2021 (2. NHG): + 800.000 € [*neuer Ansatz 2021: 1,2 Mio. €*]
VE 2020: wie 2. NHG
VE 2021 (2. NHG): + 400.000 € (VE 2021 neu: 400.000 €, fällig in 2022)

[2926 CC](#)
Haupt

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 2 aus der roten Nr. 2926 CC ohne Aussprache zu.

Kapitel 0510 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Sport –

Mitberaten wird:

- a) Bericht SenInnDS – ZS C / ZS B / III B / III C / IV A / IV B – vom 01.09.2020
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2020/2021
Beantwortung der Berichtsaufträge zum Einzelplan 05 sowie zu Kapitel 1250 und 2705
hier: Bericht 3. bis 8.
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
Einzelplan 05
- [2926 AH](#)
Haupt
- b) Bericht SenInnDS – vom 14.10.2020
Finanzplan für den Austragungsort Berlin im Rahmen der Fußball-Europameisterschaft 2024
Beantwortung der Fragen der Fraktion Die Linke
(Berichtsauftrag aus der 78. Sitzung vom 09.09.2020)
(a) und (b) in der 80. Sitzung am 28.10.2020 zur Sitzung am 11.11.2020 zurückgestellt)
- [2947 D](#)
Haupt

Sibylle Meister (FDP) führt aus, im Unterausschuss Beteiligungsmanagement und -controlling seien kürzlich die Vertreter der Berliner Bäder-Betriebe – BBB – zu Gast gewesen. Offensichtlich reichten die bislang eingestellten Mittel nicht aus, um das bei den BBB aufgrund der Coronaeinschränkungen aufgelaufene Defizit zu ersetzen. Vielleicht kämen sie

mit dem Unternehmensvertrag, wenn dieser denn einmal vereinbart sei, einen Schritt weiter. Es wäre jedenfalls bedauerlich, bekämen sie durch die pandemiebedingten Einschränkungen die erste zusätzliche Belastung zu spüren. Wie sei geplant, hier weiter vorzugehen? Werde man mit den BBB noch einmal ein Gespräch führen?

Philipp Bertram (LINKE) bittet um einen Bericht zu einer der ersten Januarsitzungen über die Höhe des Defizits 2020 und die Planung für 2021. Es sei jetzt bereits absehbar, dass mit weiteren Einschränkungen zu rechnen sei. Die BBB seien durchaus in der Lage, ihren Bedarf je nach Einschränkungsgrad oder Betriebsart darzustellen. Diese Kalkulation sollte möglichst in Varianten dargestellt werden.

Zu Bericht 4 aus der roten Nr. 2926 AH: Das Anmeldeverfahren für die Sportveranstaltungen in 2021 sei im Oktober geendet. Ein Folgebericht möge den Stand der Anmeldungen für das kommende Jahr darstellen, auch hinsichtlich eventueller Planungen für das zweite Halbjahr in Relation zum Haushaltsansatz.

Zu den Berichten 5 und 6 der roten Nr. 2926 AH solle in einem Folgebericht zu Ende Januar, Anfang Februar 2021 der Mittelabruf zum Jahresende dargestellt werden. Seit einigen Monaten werde immer wieder darüber diskutiert, dass Austrittswellen bei den Vereinen entscheidende Folgen für deren finanzielle Situation hätten; nächster Stichtag sei der 31. Dezember. Ihn interessiere die Antragslage zu diesem Termin und was strukturell daraus folge. Könnten u. U. noch Anpassungen notwendig sein, oder wie wolle man mit dem Rest, der noch vorhanden sei, umgehen?

Die im Bericht rote Nr. 2947 D dargestellten unterschiedlichen Maßnahmen seien nur grob beschrieben. Diejenigen, die sich auf eine inklusive Nutzung und Barrierefreiheit bezögen, sollten noch einmal maßnahmenscharf inkl. der Kosten aufgelistet werden. Welcher Grad an Barrierefreiheit und inklusiver Nutzbarkeit sei damit verbunden? Auch die Maßnahmen, die mit der Veranstaltung jetzt umgesetzt seien und dauerhaft im Olympiapark und Olympiastadion wirken könnten, sollten maßnahmenscharf dargestellt werden. Welchen Anteil an den erwähnten temporären Maßnahmen werde die UEFA oder der DFB übernehmen?

Senator Andreas Geisel (SenInnDS) sagt den von Frau Abg. Meister erbetenen Bericht zu. Ein vollständiges Bild ergebe sich erst mit dem Jahresabschluss der BBB, der im April 2021 vorliege. Er stelle anheim, den Bericht seiner Verwaltung danach einzureichen oder zuvor eine Prognose vorzunehmen.

In den vorgelegten Unterlagen habe seine Verwaltung das Defizit der BBB zusätzlich mit 2,4 Millionen Euro beziffert, wobei diese Einschätzung vor dem zweiten Lockdown getroffen worden sei; der Monat November sei darin nicht eingerechnet, zudem müsse man davon ausgehen, dass auch der Dezember dazukomme. Am Dienstag habe eine Klausurtagung mit dem Aufsichtsrat, die Woche davor habe eine Aufsichtsratssitzung der BBB stattgefunden. Dieser schätzt das Defizit für 2020 auf 3,9 Millionen Euro. Seine Verwaltung versuche, das zusätzlich anfallende Defizit zunächst im Zuge der Haushaltswirtschaft auszugleichen, weil er dem Ausschuss über die aufgeführten 2,4 Millionen Euro hinaus derzeit keine fundierten Zahlen vorlegen könne.

Zum Rettungsschirm Sport stehe eine Größenordnung von 6 Millionen Euro in Rede. Im Moment schätzt seine Verwaltung gemeinsam mit dem Landessportbund, dass bis zum Jahresende von den Vereinen etwa 4 Millionen Euro abgerufen worden seien. Ob der Abruf noch darüber hinausgehe, sei schwer zu prognostizieren; die Sportvereine hätten die Möglichkeit noch bis zum Ende dieses Jahres/Anfang nächsten Jahres. Zur Sitzung im März 2021 werde er darüber berichten können, da dann der Prozess abgeschlossen sei.

Philipp Bertram (LINKE) hält es für sinnvoll, dass der Bericht zum Rettungsschirm in der ersten Sitzung im März 2021 vorliege. – Den Jahresabschlussbericht der BBB werde das Parlament eh erhalten; der abschließende Bericht der Verwaltung zu den Bedarfen solle zu dem Zeitpunkt vorgelegt werden. Zu Ende Januar 2021 möge sie aber die Prognose und einen Zwischenbericht dazu einreichen, wie sich die Situation Anfang des Jahres im Hinblick auf das letzte oder jetzt laufende Jahr darstelle. Zudem solle ein Ausblick auf das Jahr 2021 geben werden. Auch der Senat werde Anfang des Jahres wahrscheinlich darüber befinden müssen, wie es 2021 weitergehen solle. Darauf aufbauend werde sich eine Prognose erstellen lassen.

Sibylle Meister (FDP) teilt mit, sie halte die Prognose für ausreichend. Die Zahlen seien im Beteiligungsausschuss bereits genannt worden, und wenn die Verwaltung das Defizit im Rahmen der Haushaltswirtschaft ausgleiche, sei sie damit zufrieden.

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte Nrn. 3 bis 8 aus der roten Nr. 2926 AH sowie den Bericht rote Nr. 2947 D zur Kenntnis und erwartet die gewünschten Folgeberichte.

Kapitel 0511 – Olympiapark Berlin
Kapitel 0512 – Sportforum Berlin

Ohne Wortmeldung.

Kapitel 0531 – Der Polizeipräsident in Berlin - Polizeipräsidium –

Mitberaten wird:

Bericht SenInnDS – ZS C / ZS B / III B / III C / IV A /
IV B – vom 01.09.2020

[2926 AH](#)

Haupt

**Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes
2020/2021**

**Beantwortung der Berichtsaufträge zum Einzel-
plan 05 sowie zu Kapitel 1250 und 2705**

hier: Bericht 9. und 10.

(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
Einzelplan 05

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte Nrn. 9 und 10 aus der roten Nr. 2926 AH ohne Aussprache zur Kenntnis.

2. NHG 20/21 und HH 20/21: Titel 51426 – Verbrauchsmittel für medizinische Zwecke

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum **Einzelplan 05**
hier: lfd. Nr. 3 – Kapitel 0531 / Titel 51426:
Ansatz 2020: wie 2. NHG
VE 2020 (HH 20/21): + 500.000 €
(VE 2020 neu 830.000 €, davon fällig in
2021: 610.000 €
2022: 110.000 €
2023: 110.000 €)
Ansatz 2021 (HH 20/21): + 500.000 € [neuer Ansatz
2021: 711.000 €]

[2926 CC](#)

Haupt

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 3 aus der roten Nr. 2926 CC ohne Aussprache zu.

Kapitel 0535 – Der Polizeipräsident in Berlin - Direktion 3 –

Mitberaten wird:

Bericht SenInnDS – ZS C / ZS B / III B / III C / IV A / IV B – vom 01.09.2020
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2020/2021
Beantwortung der Berichtsaufträge zum Einzelplan 05 sowie zu Kapitel 1250 und 2705
hier: Bericht 11.
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
Einzelplan 05

[2926 AH](#)

Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 11 aus der roten Nr. 2926 AH ohne Aussprache zur Kenntnis.

HH 20/21, 2. NHG 20/21 und NSL: Titel 51408 – Dienst- und Schutzkleidung

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum **Einzelplan 05** [2926 CC](#)
Haupt

hier: lfd. Nr. 4 – Kapitel 0535 / Titel 51408:

Ansatz 2020: wie 2. NHG

VE 2020 (HH 20/21): + 3,164 Mio. € (fällig in 2021)

Ansatz 2021 (NSL): + 3,164 Mio. € [*neuer Ansatz 2021: 4,153 Mio. €*]

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 4 aus der roten Nr. 2926 CC ohne Aussprache zu.

Kapitel 0565 – Berliner Feuerwehr - Zentraler Service –

Mitberaten wird:

Bericht SenInnDS – ZS C / ZS B / III B / III C / IV A / IV B – vom 01.09.2020 [2926 AH](#)
Haupt

Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2020/2021

Beantwortung der Berichtsaufträge zum Einzelplan 05 sowie zu Kapitel 1250 und 2705

hier: Bericht 12. und 13.

(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
Einzelplan 05

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte Nrn. 12 und 13 aus der roten Nr. 2926 AH ohne Aussprache zur Kenntnis.

HH 20/21 und NSL: Titel 51426 – Verbrauchsmittel für medizinische Zwecke

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum **Einzelplan 05** [2926 CC](#)
hier: lfd. Nr. 5 – Kapitel 0565 / Titel 51426: Haupt

VE 2020 (HH 20/21): + 3,35 Mio. €
(VE 2020 neu 6,228 Mio. €, davon fällig in 2021: 4,475 Mio. €
2022: 1,235 Mio. €
2023: 518.000 €)
Ansatz 2021 (NSL): + 3,35 Mio. € [*neuer Ansatz 2021: 7,674 Mio. €*]

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 5 aus der roten Nr. 2926 CC ohne Aussprache zu.

2. NHG 20/21 und HH 20/21: Titel 81112 – Rettungswagen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum **Einzelplan 05** [2926 CC](#)
hier: lfd. Nr. 6 – Kapitel 0565 / Titel 81112: Haupt

Ansatz 2020: wie 2. NHG
VE 2020 (HH 20/21): + 300.000 €
(VE 2020 neu 4,637 Mio. €, fällig in 2021)
Ansatz 2021 (HH 20/21): + 300.000 € [*neuer Ansatz 2021: 7,372 Mio. €*]

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 6 aus der roten Nr. 2926 CC ohne Aussprache zu.

2. NHG 20/21 und HH 20/21: Titel 81179 – Fahrzeuge

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum **Einzelplan 05** [2926 CC](#)
Haupt

hier: lfd. Nr. 7 – Kapitel 0565 / Titel 81179:

Ansatz 2020: wie 2. NHG

VE 2020 (HH 20/21): + 550.000 €

(VE 2020 neu 550.000 €, fällig in 2021)

Ansatz 2021 (HH 20/21): + 550.000 € [*neuer Ansatz 2021: 550.000 €*]

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 7 aus der roten Nr. 2926 CC ohne Aussprache zu.

2. NHG 20/21 und HH 20/21: Titel 81279 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum **Einzelplan 05** [2926 CC](#)
Haupt

hier: lfd. Nr. 8 – Kapitel 0565 / Titel 81279:

Ansatz 2020: wie 2. NHG

VE 2020 (HH 20/21): + 6,318 Mio. €

(VE 2020 neu 6,318 Mio. €, fällig in 2021)

Ansatz 2021 (HH 20/21): + 6,318 Mio. € [*neuer Ansatz 2021: 7,658 Mio. €*]

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 8 aus der roten Nr. 2926 CC ohne Aussprache zu.

Kapitel 0572 – Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Personenstands- und Einwohnerwesen –

Mitberaten wird:

Bericht SenInnDS – ZS C / ZS B / III B / III C / IV A /
IV B – vom 01.09.2020

[2926 AH](#)
Haupt

Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes
2020/2021

Beantwortung der Berichtsaufträge zum Einzel-
plan 05 sowie zu Kapitel 1250 und 2705

hier: Bericht 14.

(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
Einzelplan 05

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 14 aus der roten Nr. 2926 AH ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 0573 – Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Kraftfahrzeugwesen –

Kapitel 0575 – Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Entschädigungsleistungen –

Ohne Wortmeldung.

Kapitel 0581 – Landesamt für Einwanderung –

Mitberaten wird:

Bericht SenInnDS – ZS C / ZS B / III B / III C / IV A /
IV B – vom 01.09.2020

[2926 AH](#)
Haupt

Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes
2020/2021

Beantwortung der Berichtsaufträge zum Einzel-
plan 05 sowie zu Kapitel 1250 und 2705

hier: Bericht 15.

(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
Einzelplan 05

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 15 aus der roten Nr. 2926 AH ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 2705 – Aufwendungen der Bezirke - Inneres und Sport –

Mitberaten wird:

Bericht SenInnDS – ZS C / ZS B / III B / III C / IV A /
IV B – vom 01.09.2020

[2926 AH](#)
Haupt

**Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes
2020/2021**

**Beantwortung der Berichtsaufträge zum Einzel-
plan 05 sowie zu Kapitel 1250 und 2705**

hier: Bericht 17.

(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
Einzelplan 05

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 17 aus der roten Nr. 2926 AH ohne Aussprache zur Kenntnis.

Neuer Titel – Befristete Aussetzung der Parkraumbewirtschaftung

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum
Einzelplan 05, 07, 08, 09, 10, 13, 27 und 29

[2926 CY](#)
Haupt

hier: lfd. Nr. 16: Kapitel 2705 / neuer Titel

Ansatz 2020 (neu): + 2,5 Mio. €

Ansatz 2021 (neu): + 10 Mio. €

(Titelerläuterung)

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der CDU lfd. Nr. 16 aus der roten Nr. 2926 CY ohne Aussprache ab.

Nachtrag für das Haushaltsjahr 2021

Kapitel 0500 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Politisch-Administrativer Bereich und Service –

Ohne Wortmeldung.

Kapitel 0510 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Sport –

2. NHG 20/21: Titel 68419 – Förderung des Sports

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen zum **Einzelplan 05** [2926 CZ](#)
hier: lfd. Nr. 1 – Kapitel 0510 / Titel 68419:
Ansatz 2021 (2. NHG 20/21): + 175.000 €
(Titelerläuterung)

Haupt

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 1 aus der roten Nr. 2926 CZ ohne Aussprache zu.

Nachschiebeliste - [2926 AT-3](#)

Kapitel 0500 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Politisch-Administrativer Bereich und Service –

Titel 28107 – Ersatz von Personalausgaben
Titel 42811 – Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigte
Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände

Siehe jeweils Beschluss zur Nachschiebeliste rote Nr. 2926 AT-3 vor Kapitel 0300.

Titel 51803 – Mieten für Maschinen und Geräte

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum [2926 CK](#)
Einzelplan 03, 05, 09, 11 und 29
hier: lfd. Nr. 3 – Kapitel 0500 / Titel 51803:
Ansatz 2020 und 2021 sowie VE 2020 und VE 2021
(NSL): Streichung der Ansatzerhöhung aus der Nachschiebeliste

Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion lfd. Nr. 3 aus der roten Nr. 2926 CK ohne Aussprache ab.

Mitberaten wird:

Bericht SenInnDS – III E 22-2 – vom 13.10.2020 [2926 BK](#)
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes Haupt
2020/2021
Beantwortung der Fragen der AfD-Fraktion zur
Nachschiebeliste
hier: Ordnungsämter und Polizei
Einzelplan 05
(in der 80. Sitzung am 28.10.2020 zur Sitzung am
11.11.2020 zurückgestellt)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2926 BK ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 52501 – Aus- und Fortbildung

Siehe Beschluss zur Nachschiebeliste rote Nr. 2926 AT-3 vor Kapitel 0300.

Kapitel 0531 – Der Polizeipräsident in Berlin - Polizeipräsidium –

Titel 51803 – Mieten für Maschinen und Geräte

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum [2926 CK](#)
Einzelplan 03, 05, 09, 11 und 29 Haupt
hier: lfd. Nr. 4 – Kapitel 0531 / Titel 51803:
Ansatz 2020 und 2021 sowie VE 2020 und VE 2021
(NSL): Streichung der Ansatzerhöhung aus der Nach-
schiebeliste

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion lfd. Nr. 4 aus der roten Nr. 2926 CK ohne Aussprache ab.

Kapitel 0535 – Der Polizeipräsident in Berlin - Direktion 3 –

Titel 51408 – Dienst- und Schutzkleidung

Siehe Beschluss zur Nachschiebeliste rote Nr. 2926 AT-3 vor Kapitel 0300.

Kapitel 0565 – Berliner Feuerwehr - Zentraler Service –

Titel 51426 – Verbrauchsmittel für medizinische Zwecke

Siehe Beschluss zur Nachschiebeliste rote Nr. 2926 AT-3 vor Kapitel 0300.

N. Einzelplan 25 – Landesweite Maßnahmen des E-Governments

Zweiter Nachtrag für das Haushaltsjahr 2020

Kapitel 2500 – Steuerung der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) und Geschäftsprozessoptimierung

Mitberaten wird:

Bericht SenInnDS – V B 1 Kn / Po – vom 11.09.2020 [2926 AO](#)
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes Haupt
2020/2021

**Beantwortung der Fragen der Fraktionen zum
Einzelplan 25**

(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
(in der 80. Sitzung am 28.10.2020 zur Sitzung am
11.11.2020 zurückgestellt)

Stefan Ziller (GRÜNE) merkt an, im Rahmen der Diskussionen auf Bundesebene zur Digitalisierung seien dem Land Berlin Mittel über das OZG zur Verfügung gestellt worden. Sollte noch nichts Schriftliches darüber vorliegen, was dies für Berlin in der Umsetzung bedeute, bitte er um einen Bericht, was das Land mit den Bundesmitteln umsetzen könne.

Zur Frage 67 im Bericht rote Nr. 2926 C – Fachverfahren Top 100 – habe die Verwaltung mitgeteilt, eine weitere Erhebung der angefragten Informationen sei noch in diesem Jahr vorgesehen. Wie sei man hier vorangekommen? Könne im Januar näher dazu berichtet werden?

Lt. Antwort auf Frage 67 – mobiles Arbeiten, Landesnetz – laufe der Vertrag am 30. Juni 2021 aus. Werde er verlängert? Gebe es eine Dauerlösung für die VPN-Tunnel im Land Berlin? Auch nach Vertragsende werde das mobile Arbeiten vermutlich noch benötigt.

Zu Frage 12 – digitale Bürgerdienste: Eine Reihe von Leistungen würden laut Bericht noch digitalisiert, im vierten Quartal beispielsweise Wohngeld, Denkmalschutz und Urkundenbestellung. Einen digitalen Wohngeldantrag habe er noch nicht gefunden, lediglich das PDF. Die Verwaltung möge schriftlich berichten, welche digitalen Bürgerdienstleistungen in diesem Jahr noch freigeschaltet würden.

Carsten Ubbelohde (AfD) kommt darauf zu sprechen, dass für viele Bürger gerade in einer Zeit der Verunsicherung, die mit den Pandemiemaßnahmen einhergehe, die Erreichbarkeit des Bürgertelefons 115 von besonderer Bedeutung sei. Daran mangele es noch. Wann sei hier mit

einer besseren Annahmequote zu rechnen? Im Juli 2020 habe sie bei knapp 60 Prozent gelegen. Nach welcher Prioritätensetzung würden die Bürgerdienste digital zugänglich gemacht?

Staatssekretärin Sabine Smentek (SenInnDS) berichtet, das Bürgertelefon 115 sei ein Serviceangebot, das mit den Angeboten im Serviceportal korrespondiere. Seit über zehn Jahren könnten Bürgerinnen und Bürger diese Nummer bei allgemeinen Fragen der Verwaltung anrufen, ohne Themeneingrenzung. Diese zentrale Auskunft sei mit einem System hinterlegt, durch das Bitten um Fachauskünfte, die die Callcenter-Agents nicht bedienen könnten, in die jeweilige Verwaltung weitergeleitet würden. In dem Callcenter arbeiteten je nach Bedarfslage bis zu 200 Mitarbeitende. Das System habe sich über die Jahre gut etabliert und entlaste die dezentralen Verwaltungen von allgemeinen Anfragen.

Im Rahmen des Servicecenters, in dem die 115 betrieben werde, sei seit Juni 2020 zusätzlich eine neue Hotline für die Senatsverwaltung für Gesundheit geschaltet, die sich um Fragen rund um Corona kümmere. Im Zuge der ersten Pandemiewelle sei es dort zu vermehrten Anfragen gekommen. Sie erhalte fast täglich Berichte über das Anrufvolumen und die Wartezeiten. Die Anfragevolumina variierten je nachdem, welche Entscheidung auf Bundes- oder Senatsebene zum Thema Corona anstehe oder gefällt sei, insofern falle auch die Wartezeit für die Anrufer/-innen unterschiedlich aus. – Die Angabe aus Juli sei mittlerweile veraltet. Derzeit seien bei der Coronahotline Wartezeiten von höchstens zehn Minuten zu verzeichnen. Ausgehend von den Erfahrungen der ersten Pandemiewelle seien nicht nur die Kapazitäten erhöht, sondern auch technische Umstellungen vorgenommen worden. Heute erhalte niemand mehr die Ansage, er möge zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal anrufen, vielmehr werde mitgeteilt, dass der Anruf noch entgegengenommen werde.

Der digitale Wohngeldantrag solle noch in diesem Jahr freigeschaltet werden. In 2020 seien an die 20 neuen digitale Anträge realisiert worden; in einem schriftlichen Bericht werde sie Näheres dazu ausführen. Aufgrund der Coronapandemie seien zusätzlich Onlineleistungen fertiggestellt worden.

Zu dem erbetenen Bericht zu den Top 100 und der Geschäftsprozessoptimierung würde sie begrüßen, könne man sich darauf verständigen, was Inhalt des Berichts der von der Koalitionsfraktionen beantragten Sperre zu diesem Themenkomplex sein solle, und was der Extrabericht beinhalten solle.

Über das OZG erhalte das Land Mittel vom Bund, je nachdem, welche Aufgabe es für alle anderen Bundesländer übernehme. Mit dem Bundesministerium des Innern, das die Mittelverteilung vornehme, stehe man in den Endabstimmungen; es werde eine Verwaltungsvereinbarung vorbereitet. Ende Januar werde feststehen, welche Aufgaben das Land Berlin übernehme und wie viel Geld es erhalte.

Stefan Ziller (GRÜNE) teilt mit, die Frage 67 aus dem Bericht rote Nr. 2926 C könne genommen werden, gerne auch als Grundlage für die Freigabe der Mittel. – Seine Frage zu den VPN-Tunnel und dem Vertrag möge die Verwaltung schriftlich beantworten.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2926 AO zur Kenntnis und erwartet einen Folgebericht.

Kapitel 2507 – Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz

Keine Wortmeldung.

Kapitel 2510 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Stefanie Remlinger (GRÜNE) bittet die Verwaltung, die Übergangslösung, auch bezüglich der Zeitschiene, darzustellen. Wann könne was umgesetzt werden, wenn die Mittel nunmehr zur Verfügung gestellt würden?

Sei gewährleistet, dass die Lehrkräfte, die die sog. Lehrer-Laptops erhielten, ihre dienstlichen Tätigkeiten darüber erledigen könnten? Werde hier die Abnahmepflicht beachtet?

Wo sei geregelt, wann welche Variante der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung in der normierten Form zu machen sei? Bestehe dazu eine Handreichung für alle Verwaltungen, wann sie sie vorzunehmen hätten? Sei dies aus Sicht von SenFin auch bei so grundsätzlichen Fragen wie die der Anschaffungen notwendig?

Staatssekretärin Sabine Smentek (SenInnDS) merkt an, die Lehrer-Laptops seien Gegenstand des Einzelplans der Bildungsverwaltung. – Das E-Government-Gesetz gelte für die gesamte Berliner Verwaltung. Wolle man sich nicht an die Standards der IKT-Steuerung halten, bestehe die Möglichkeit, Ausnahmeanträge zu stellen. Für einige Teilebereiche habe die Bildungsverwaltung bereits Ausnahmegenehmigungen beantragt, die von SenInnDS, befristet bis Ende nächsten Jahres, erteilt worden seien. In diesem Rahmen könne die Bildungsverwaltung von den Standards abweichen. Ob sie dies tue, müsste SenBildJugFam berichten; bei der Ausstattung der Lehrkräfte mit Laptops spreche man nicht über die Verantwortung des Einzelplans 25.

Zu den Anträgen, die jetzt formuliert worden seien, könne sie noch keinen genauen Terminplan nennen. Gemeinsam mit der Bildungsverwaltung werde man die Planungen erst noch konkretisieren; zu gegebener Zeit werde sie gerne Bericht erstatten.

Senator Dr. Matthias Kollatz (SenFin) stellt klar, grundsätzlich sei in der LHO geregelt, dass das Prinzip der Wirtschaftlichkeit etc. zu beachten sei. Dies halte man auch ein. Bisher gebe es keine Handreichung o. Ä., da die Fälle, die seine Verwaltung bislang erreicht hätten, sehr einzelfallspezifisch gewesen seien. Bislang habe er nicht die Wahrnehmung, dass es sich um ein Thema handele, bei dem es zu vielen relativ gleichlautenden Vorgängen komme. Er verstehe den Beitrag der Abgeordneten ein Stück weit als Anregung; man werde sich die Angelegenheit noch einmal anschauen. Bislang sei man eher mit Einzelfällen umgegangen.

Der **Ausschuss** erwartet einen Bericht zur Sitzung am 17. März 2021.

HH 20/21: Titel 51143 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum **Einzelplan 25**
hier: lfd. Nr. 1 – Kapitel 2510 / Titel 51143:
Verbindliche Erläuterung

[2926 CQ](#)
Haupt

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 1 aus der roten Nr. 2926 CQ ohne Aussprache zu.

HH 20/21: Titel 51145 – Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum **Einzelplan 25**
hier: lfd. Nr. 2 – Kapitel 2510 / Titel 51145:
Verbindliche Erläuterung

[2926 CQ](#)
Haupt

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 2 aus der roten Nr. 2926 CQ ohne Aussprache zu.

Nachtrag für das Haushaltsjahr 2021

Kapitel 2510 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

HH 20/21: Neuer Titel 51169 – Konzeptualisierung und Übergang der Schul-IKT zum ITDZ

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum **Einzelplan 25**
hier: lfd. Nr. 3 – Kapitel 2510 / neuer Titel 51169:
VE 2021: + 7 Mio. € (fällig davon in 2022: 7 Mio. €)
(verbindliche Erläuterung und qualifizierter Sperrvermerk)

[2926 CQ](#)
Haupt

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 3 aus der roten Nr. 2926 CQ ohne Aussprache zu.

Nachschiebeliste - [2926 AT-3](#)

Kapitel 2500 – Steuerung der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) und Geschäftsprozessoptimierung

Titel 51113 – Anschluss an das Berliner Landesnetz

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2926 CQ](#)
zum **Einzelplan 25** Haupt
hier: lfd. Nr. 4 – Kapitel 2500 / Titel 51113:
Titelerläuterung und qualifizierter Sperrvermerk

Stefan Ziller (GRÜNE) bittet als Planungsgrundlage für den weiteren Ausbau um ein verlässliches Monitoring, Statussystem, dem zu entnehmen sei, welche Campus zusammengedacht würden, sodass der Ausschuss den Handlungsbedarf an manchen Stellen besser abschätzen könne.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 4 aus der roten Nr. 2926 CQ zu und erwartet einen Folgebericht.

Titel 51161 – IKT-Basisdienste für E-Government als Bausteine in fachverfahrensorientierten Online-Prozessen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2926 CQ](#)
zum **Einzelplan 25** Haupt
hier: lfd. Nr. 5 – Kapitel 2500 / Titel 51161:
Titelerläuterung und qualifizierter Sperrvermerk

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 5 aus der roten Nr. 2926 CQ ohne Aussprache zu.

Titel 54803 – Pauschale Mehrausgaben für die verfahrensunabhängige IKT

Siehe Beschluss zur Nachschiebeliste rote Nr. 2926 AT-3 vor Kapitel 0300.

An dieser Stelle werden aufgerufen:

Punkt 21 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/2950	3080
Gesetz zur Regelung von Zuständigkeiten im Meldewesen, zur Bestimmung der eID-Karte- Behörden, zur Änderung des Gesetzes über das Verfahren der Berliner Verwaltung und zur Aufhebung von weiteren Gesetzen (vorab überwiesen auf Antrag des Senats gemäß § 32 Abs. 4 GO Abghs)	Haupt InnSichO(f) KTDat

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses InnSichO vom 16.11.2020 vor, die Vorlage – zur Beschlussfassung – anzunehmen (einstimmig mit allen Fraktionen).

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, dem Plenum die Annahme der Vorlage Drucksache 18/2950 gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres, Sicherheit und Ordnung zu empfehlen; Dringlichkeit wird empfohlen.

Punkt 22 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben SenInnDS – III E 23-2 – vom 25.11.2020	3289
SIWA	Haupt
Investiver Aufwendungsersatz für die Herrichtung eines Mietgebäudes für das Landeskriminalamt (LKA) – Deckungskreis 38, Kapitel 9810, Titel 83023 und Titel 85006	Vertrauliche Beratung
Umwidmung von Mitteln aus den Deckungskreisen 38 und 44	
Antrag auf Mittelumwidmung gemäß § 4a Abs. 1 Satz 1 SIWA ErrichtungsG	

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3289 wie beantragt zu und nimmt den Bericht ohne Aussprache zur Kenntnis.

E. Einzelplan 06 – Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung

Zweiter Nachtrag für das Haushaltsjahr 2020

Kapitel 0600 – Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung - Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Mitberaten wird:

Bericht SenJustVA vom 01.09.2020 [2926 O](#)
Beantwortung der Fragen der Fraktionen betreffend
der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz
und Antidiskriminierung
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
(in der 80. Sitzung am 28.10.2020 zur Sitzung am
11.11.2020 zurückgestellt)

Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2926 O ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 0601 – Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung - Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung (Landesantidiskriminierungsstelle) –

HH 20/21: Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

hierzu:

Änderungsantrag der AfD-Fraktion zum [2926 CS](#)
Einzelplan 06
hier: lfd. Nr. 1 – Kapitel 0601 / Titel 68406:
Neufassung der Titelerläuterung zur Nr. 3

Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion lfd. Nr. 1 aus der roten Nr. 2926 CS ohne Aussprache ab.

Kapitel 0605 – Gemeinsames Juristisches Prüfungsamt
Kapitel 0608 – Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung - Verbraucherschutz –
Kapitel 0611 – Generalstaatsanwaltschaft
Kapitel 0615 – Kammergericht
Kapitel 0641 – Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
Kapitel 0642 – Verwaltungsgericht
Kapitel 0651 – Sozialgericht
Kapitel 0661 – Justizvollzugsanstalt Plötzensee

Jeweils ohne Wortmeldung.

Nachtrag für das Haushaltsjahr 2021

**Kapitel 0600 – Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und
Antidiskriminierung - Politisch-Administrativer Bereich und Service -**

HH 20/21: Titel 52610 – Gutachten

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion
Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2926 CT](#)
zum **Einzelplan 06** Haupt
hier: lfd. Nr. 1 – Kapitel 0600 / Titel 52610:
Ansatz 2021 (HH 20/21): + 50.000 €
(Titelerläuterung)

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 1 aus der roten Nr. 2926 CT ohne Aussprache zu.

HH 20/21: Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion
Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2926 CT](#)
zum **Einzelplan 06** Haupt
hier: lfd. Nr. 2 – Kapitel 0600 / Titel 68406:
Ansatz 2021 (HH 20/21): + 370.000 €
(Titelerläuterung)

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 2 aus der roten Nr. 2926 CT ohne Aussprache zu.

**Kapitel 0601 – Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und
Antidiskriminierung - Landesstelle für Gleichbehandlung gegen
Diskriminierung (Landesantidiskriminierungsstelle) -**

HH 20/21: Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum **Einzelplan 06** hier: lfd. Nr. 3 – Kapitel 0601 / Titel 68406:
Ansatz 2021 (HH 20/21): + 200.000 € (Titelerläuterung)

[2926 CT](#)
Haupt

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 3 aus der roten Nr. 2926 CT ohne Aussprache zu.

**Kapitel 0608 – Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und
Antidiskriminierung - Verbraucherschutz -**

HH 20/21: Titel 68461 – Förderung der Umsetzung der Ernährungsstrategie

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum **Einzelplan 06** hier: lfd. Nr. 4 – Kapitel 0608 / Titel 68461:
Ansatz 2021 (HH 20/21): + 130.000 €

[2926 CT](#)
Haupt

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 4 aus der roten Nr. 2926 CT ohne Aussprache zu.

An dieser Stelle werden aufgerufen:

Punkt 23 der Tagesordnung

Schreiben SenJustVA – III B 1.5 – vom 20.11.2020 [3271](#)
Vergabe eines Dienstleistungsauftrages Haupt
Werbekampagne für den Berliner Justizvollzug
(Justizvollzugsanstalten) und die Sozialen Dienste
der Justiz (Gerichts- und Bewährungshilfe) im Sinne
einer Arbeitgebermarke
hier: Zustimmung
gemäß Auflage A. 21 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3271 wie beantragt zu und nimmt den Bericht ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 24 der Tagesordnung

Schreiben SenJustVA vom 20.11.2020 [3272](#)
Vergabe von Beratungs- und Haupt
Gutachtendienstleistungen
Konzeption und Durchführung von Bürger*innen-
Werkstätten und Aufbau einer
Beteiligungsplattform für die Berliner
Ernährungsstrategie
hier: Zustimmung
gemäß Auflage A. 21 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3272 wie beantragt zu und nimmt den Bericht ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 25 der Tagesordnung

Schreiben SenJustVA vom 24.11.2020 [3285](#)
Koordinierung und Durchführung von Maßnahmen Haupt
im Rahmen des Gesamtkonzeptes Partizipation und
Integration von Geflüchteten
Zustimmung zur Deckungsfähigkeit von Kapitel
0601/Titel 54010 und von Kapitel 0601/Titel 68406
zum Kapitel 0601/Titel 42811 für das Haushaltsjahr
2021
gemäß § 11 Satz 2 Haushaltsgesetz 2020/2021

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3285 wie beantragt zu und nimmt den Bericht ohne Aussprache zur Kenntnis.

F. Einzelplan 07 – Umwelt, Verkehr und Klimaschutz

Zweiter Nachtrag für das Haushaltsjahr 2020

Kapitel 0700 – Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenUVK – Z F – vom 02.09.2020 [2926 AA](#)
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes Haupt
2020/2021

Bericht 1 – Personal

(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
Einzelplan 07
(in der 80. Sitzung am 28.10.2020 zur Sitzung am
11.11.2020 zurückgestellt)

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) kommt auf Bericht 1 und die dort erwähnten 128 Stellenbesetzungsverfahren zu sprechen, bei denen es zu Verzögerungen gekommen sei. Wie lautet die Bezugsgröße, wie viele Verfahren seien also überhaupt durchgeführt worden?

Zu Bericht 3 – Hygienekonzepte ÖPNV – bitte er um einen Folgebericht zu Ende Januar 2021, der die Entwicklung der Kontrollen zur Verpflichtung der Fahrgäste darstelle, einen Mund-Nasen-Schutz zu tragen, und zwar seit Einführung der bußgeldbewährten Ordnungswidrigkeit in der Rechtsverordnung wie auch seit Änderung der Nutzungsbedingungen. Je nach Rechtsregime sollten auch die verhängten Ordnungsgelder oder Vertragsstrafen aufgeführt werden. Werde während der Fahrscheinkontrolle auch das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes kontrolliert? Zudem sollten die kassenwirksamen Ausgaben der BVG per 31. Dezember 2020 für die Öffentlichkeitsarbeit im Zusammenhang mit dem Hygienekonzept mitgeteilt werden.

Zu Bericht 6 – Leistungen ÖPNV – bitte er um Darstellung der aktuellen Kostenschätzung zum Umfang der in 2020 voraussichtlich anfallenden Einnahmeausfälle. Was seien die weiteren pandemiebedingten Ergebniseffekte?

Zu Bericht 7 – Rückflüsse aufgrund pandemiebedingter Minderleistungen –: Wann würden die dort genannten Schlussrechnungen mit den Verkehrsdienstleistern vorliegen?

Steffen Zillich (LINKE) bittet für den Finanzzeitraum um einen Bericht mit einer Gesamtschau der größeren Vorhaben im Verkehrsbereich, sowohl die Investitionen als auch die Verkehrsverträge betreffend, zu den daraus entstehenden Belastungen in Jahresscheiben und um Angaben, inwieweit sie durch Verpflichtungsermächtigungen gebunden seien.

Christian Goiny (CDU) stellt fest, der Bericht stelle das Hygienekonzept nicht dar, sondern liste lediglich auf, was man alles machen könnte. Die Erläuterung erfolge zudem nicht für die BVG, sondern am Beispiel der S-Bahn. Ein Folgebericht zu Januar sollte nähere Angaben machen, wie der Schutz vor dem Virus betrieben werde. Was sei für das kommende Jahr geplant? Was bedeute „Intensivierung der Reinigungsmaßnahmen“? Hier fehle eine Quantifizierung. Was sei hier bislang erfolgt, was finde künftig statt? Wie viel Personal werde bei der BVG zusätzlich eingesetzt? Mit wie viel Personal werde die Einhaltung der Regeln kontrolliert? Wie hoch falle der Krankenstand aus? Wie viele Mund-Nasen-Schutzmäsken habe die BVG beschafft? Bestehe die Möglichkeit zum Ersatz und Austausch?

Die Menschen hätten Angst, den ÖPNV zu nutzen; sie hörten auf das, was ihnen in Sachen Abstandhalten etc. gesagt werde, und stellten oftmals fest, dass das Hygienekonzept bei der BVG nicht oder nicht im erforderlichen Umfang wahrnehmbar sei. So zeige sich ein Rückgang der Nutzerzahlen bei der BVG. Der Öffentlichkeit müsse über eine Information- oder Werbekampagne hinaus dargestellt werden, was hier im Detail passiere.

Kürzlich habe man sich darüber ausgetauscht, dass WLAN in der U-Bahn nicht mehr finanziert werden könne; die Mittel müssten in Elektroladestationen investiert werden. Statt mehr Elektrobusse zu kaufen, gebe die Verwaltung das Geld jedoch lieber der BVG, weil sie bei den Bussen auf Werbung verzichten möchte. Das sei nicht nachvollziehbar. Von der Summe, die der Wegfall der Werbung lt. BVG bedeute – ein Einnahmeverlust von 32 Millionen Euro –, könnten 65 Elektrobusse angeschafft werden. Ehe die Fahrgäste nicht aus dem Busfenster schauen könnten, halte er es für angemessener, die Busse, am besten Elektrobusse, würden überhaupt fahren. Die Verwaltung möge zu Januar 2021 schriftlich Stellung nehmen, welche Auswirkungen das Vorhaben habe und ob die Informationen zuträfen. Aus welchem Titel wolle sie die Kompensation finanzieren, welche Maßnahme entfalle dafür? Werde komplett auf Werbung an BVG-Fahrzeugen verzichtet, oder sollten nur bestimmte Flächen der Busse nicht mehr vermietet werden? Entstehe nur in diesem Bereich der Einnahmenausfall von 32 Millionen Euro? Bestünden Kompensationsmöglichkeiten, bei denen mehr Werbung möglich sei? Warum sei die Verwaltung der Meinung, sich diesen Einnahmenausfall leisten zu können, wo sie proklamiere, sie wolle mehr in die Verkehrswende investieren?

Sibylle Meister (FDP) bezieht sich auf die BVG. In der ersten aufgrund der Coronapandemie Zahl des benötigten Ausgleichs seien November und Dezember noch nicht enthalten; das Jahr sei bisher nicht abgeschlossen. Nach Vorlage der BVG bezüglich der Einnahmen handele es sich um einen massiven Einbruch. Nach ihrem Eindruck gebe es noch eine Differenz zwischen den 117 Millionen Euro und gewünschten 140 Millionen Euro. Sie vertraue aber auf die Zahlen, die vermutlich gleich angegeben würden, wie viel die BVG voraussichtlich bis Ende des Jahres brauchen werde und wie damit umgegangen werden solle, auch im Hinblick darauf, dass die Verschuldung der BVG rasant ansteige.

Senatorin Regine Günther (SenUVK) erklärt zum Personal, die Senatsverwaltung sei eine sehr große Verwaltung mit rund 1 500 Mitarbeitern. Coronabedingt hätten sich die Einstellung von 128 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verzögert, es seien aber in den letzten Jahren insgesamt 170 Mitarbeitende eingestellt worden. Dies sei ein guter Schnitt angesichts der Tatsache, dass Bewerbungsgespräche eigentlich gar nicht mehr stattfinden könnten, außer digital. Verschiedene Prozesse liefen nicht richtig ab, sodass es große Verzögerungen gegeben habe.

Bezüglich der Mund-Nasen-Schutzpflicht seien Ordnungsgelder verhängt worden. Bei der BVG seien es aus ihrer Erinnerung heraus zwischen 4 000 bis 5 000 gewesen. Sie verweise auf die Beantwortung einer Anfrage mit genauer Aufsplitterung. Die diesbezüglich ausgearbeiteten Hygienekonzepte würden minutiös umgesetzt. Kontinuierlich werde optimiert. Die BVG überlege, wie Busse umgeschifft werden könnten, weil in manchen Bereichen die Busse von den Schülerinnen und Schülern stark ausgelastet seien, während andere Busse eher im Leerlauf führen. Auch würden im Austausch mit anderen Städten weitere Möglichkeiten eruiert. Es solle vermieden werden, Fahrgäste zu verlieren. Bei der Anmietung privater Busse sei zu berücksichtigen, dass Fahrerinnen und Fahrer die Streckenführung kennen müssten. Es gebe einen kontinuierlichen Prozess, wie die Coronamaßnahmen so gestaltet werden könnten, damit sie mehr Sicherheit böten und der erwähnte Vertrauensverlust eben nicht eintrete. Die Fahrscheinkontrolleure kontrollierten auch die Masken. Sie seien trainiert für Konfliktsituationen. Es gebe Schwerpunkteinsätze an verschiedenen Bahnhöfen zusammen mit der Polizei, weil eine Ansprache oft nicht konfliktfrei ausgehe.

Bezüglich der Nachfrage zu aktuellen Kostenschätzungen zu Coronaausfällen seien die Schätzungen von April, darauf basierten die Zahlen, die 292 Millionen Euro, nicht schlecht geschätzt. Sie wolle aber vermeiden, jetzt einen Betrag zu nennen. Es werde bei der BVG nicht ausreichen. Bei der S-Bahn und bei den Regionalbahnen scheine es sehr gut auszusehen. Sobald abschließende Zahlen vorlägen, werde sie diese nachreichen.

Zu den Krankenständen bei der BVG habe es im März und April scheinbar höhere Krankenstände gegeben. Augenblicklich scheine sich in der zweiten Welle nicht mehr abzubilden, es scheine ein normales Level zu sein.

Während in der ersten Welle ein signifikanter Rückgang bei der Nutzung der BVG auf teilweise 40 bis 20 Prozent zu verzeichnen gewesen sei, liege dieser augenblicklich bei 70 bis 75 Prozent, allerdings sei der Lockdown in der ersten Welle sehr viel strikter gewesen.

Es sei nicht jeder Wagen werbefrei. Es sei ausgewählt worden, wie viele Wagen mit Werbung versehen würden, vor allem an Bussen, auch an den Fensterscheiben. Es werde genau aufgeschlüsselt, wie viel Werbung wo angebracht worden sei. Die Auswahl der Werbung basiere

auch auf den Aussagen der Fahrgäste. Besonders unwohl fühlten sich die Fahrgäste, wenn sie mit der U-Bahn in einen Bahnhof einführen und sie nicht sähen, was sie erwartet; darauf sei reagiert worden. Das bedeute im Umkehrschluss aber nicht, dass nun alles Wagen der BVG werbefrei seien. Zur Verkehrswende gehöre nicht nur der Transport. Vielmehr solle den Fahrgästen die Möglichkeit gegeben werden, auch die Umgebung wahrnehmen zu können. Darauf solle eingegangen werden, weil dies auch ein wichtiger Aspekt ist. Auch aus Wien sei bekannt, dass die Menschen auf den ÖPNV umgestiegen und das als Erlebnis wahrnahmen, zumindest nicht als negatives Erlebnis. Sie werde versuchen, die Berichte bis Februar zu liefern, je nach erforderlichem Umfang.

Sibylle Meister (FDP) äußert, sie hoffe, dass bis Februar in dem Bericht auch Zahlen aufgeführt seien. Warum seien keine Vorstellungsgespräche möglich gewesen? Es gebe Möglichkeiten, sich über einen sehr weiten Abstand zumindest so zu unterhalten, dass man den anderen erkennt. Auch seien digitale Vorstellungsgespräche möglich. Reisebusunternehmen hätten auch Busfahrer. Es müsse möglich sein, dass diese eine bestimmte Fahrstrecke durch Berlin kennenlernen könnten. Warum sei dies nicht möglich?

Christian Goiny (CDU) ergänzt, dass es in den Bussen Navigationssysteme gibt. Im Übrigen seien zum Abdecken des zusätzlichen Bedarfs nach der Wende viele Reisebusse eingesetzt worden. Dass über Hygienekonzepte betreffende Maßnahmen und deren Sicherstellung erst nach einem Vierteljahr informiert werden solle, nach Ende des Winters, sei ihm zu spät. Er bitte um einen Bericht des Januar. Es sei relevanter Teil des Schutzkonzeptes in Berlin, wie der öffentliche Nahverkehr organisiert werde, mit welchen Maßnahmen, Mitteln und Ausstattung er unter Einhaltung der Hygiene- und Schutzvorschriften bei der BVG genutzt werde. Auch der BVG sei die Pandemie seit März bekannt. Seit August gebe es das neue Schuljahr. Schilderungen aus Spandau, wo die Schüler bis zu vier Busse vorbeifahren lassen müssten, weil diese überfüllt seien und keine zusätzlichen Busse eingesetzt würden, zeigten, dass der Bedarf nicht gedeckt werde und die Schüler schon von sich aus Angst hätten, die Busse zu steigen. Es sei nicht akzeptabel, sich erst im Februar wieder darüber zu unterhalten. Wie viele Buslinien seien schon verstärkt worden? Zu welchen Zeiten führen mehr? Wir habe sich das ausgewirkt? Er bitte um eine Auflistung, welche Buslinien insbesondere unter Berücksichtigung des Schulverkehr seit wann wie verstärkt worden seien, um den Bedarf abzudecken? Gegebenenfalls müssten extern angemietete Busse eingesetzt werden. Er habe zur heutigen Sitzung eine detaillierte Auflistung erwartet.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) pflichtet bei, dass bezüglich des Folgeberichts und des Hygienekonzepts das Datum auf Januar vorgezogen werden solle. Er bitte, zu seiner bereits ausgeführten Berichtsbitte bei dem Hygienekonzept zu den Fragen der MNS-Kontrollen die Vergleichszahlen der Fahrscheinkontrollen für eine Gegenüberstellung hinzufügen. Wie sei bezüglich der Personaleinstellung die Bezugsgröße zu den gesamten Stellenbesetzungsverfahrens gewesen, von denen sich die 128 Verfahren verzögert hätten? Ihm sei aufgefallen, dass die Senatsverwaltung im Vergleich zu anderen Hauptverwaltungen bzw. Bezirksverwaltungen einen doch etwas signifikant höheren Verzögerungstatbestand aufzuweisen habe.

Sven Heinemann (SPD) merkt an, einerseits sei die Einnahmensituation schwierig, andererseits sollten die Bürger über Weihnachten und Silvester zu Hause bleiben und nicht wie in den vergangenen Jahren feiern. In den vergangenen Jahren sei öffentlicher Nahverkehr wie bei Großveranstaltungen bestellt worden. Welche Ansage gebe es vom Senat an den VBB,

den Fahrplan für Weihnachten und Silvester betreffend? Werde der Verkehr wie in den vergangenen Jahren gefahren, die Nacht durch, oder sei vernünftigerweise, um keinen Anreiz zu schaffen, der Verkehr abbestellt worden?

Senatorin Regine Günther (SenUVK) stellt klar, die Pandemie sei für ihre Verwaltung gravierend, entsprechend werde reagiert, entsprechend reagiere auch die BVG und andere Unternehmen. Deshalb sehr wichtig, die einzelnen Maßnahmen immer nachzusteuern und mit Hygienekonzepten zu reagieren. Die Berichtsaufträge würden schnellstmöglich ins Parlament eingebracht. Die durchgeführten Hygienemaßnahmen ließen sich schneller zusammenstellen als umfassend über Verkehrsverträge zu berichten. In dieser Abschichtung würden die Berichte vorgelegt. Die Hygienekonzepte seien dabei das Wichtigste, über das diskutiert werden müsse. Es seien keine Verstärkerzüge bestellt worden. Vielmehr sei das bestellt worden, was normal fahre, aber nicht das, was sonst zu Weihnachten oder Neujahr unterwegs sei, wo von Großveranstaltungen ausgegangen werde. Es solle aber auch unter der Woche, selbst wenn die Bezüge nicht so ausgelastet seien, möglichst viel gefahren werden, weil nur dadurch Abstandhalten ermöglicht werde. Es sei nichts abbestellt worden; es würde durchgefahrene.

Staatssekretär Stefan Tidow (SenUVK) erklärt zu den Personaleinstellungen, dass 128 Verfahren verzögert gewesen, aber nicht ausgesetzt worden seien. Zum einen habe die Verwaltung im ersten Lockdown für einige Angelegenheiten länger benötigt, zum anderen seien tatsächlich Vorstellungsgespräche abgesagt und neu terminiert worden. Inzwischen werde anders verfahren. Bislang seien 170 Stellenbesetzungsverfahren durchgeführt worden. Eingerichtet seien einige Stellen, die mehrfach hätten ausgeschrieben werden müssen. Einen Referenzwert könne er nicht nennen, weil überhaupt erst seit einiger Zeit die Möglichkeit bestehe, neue Stellen in Größenordnungen besetzen zu können. Zudem gingen die altersstarken Jahrgänge jetzt ab. Von den neuen Stellen, die für das Jahr 2020 vom Abgeordnetenhaus zugewiesen worden seien, sei eine erfreuliche Besetzungsquote von über 70 Prozent erreicht. Verfahren erfolgten präsent, in letzter Zeit aber auch digital, um keine Verzögerungen zu haben, bedingt auch durch bessere Ausstattung.

Oliver Friederici (CDU) verweist auf die Deutsche Bahn, die im Fernverkehr vom 18. bis 27. Dezember die Zahl der Sonderzüge verdoppeln werde. Nach Aussagen der Senatorin würde durchgefahrene. Bislang sei es so, dass am 24. Dezember der Werktagszeitpunkt bei BVG und S-Bahn, bis 14.00 Uhr gelte und danach der Modus in den Feiertagsbetrieb wechsle. Bedeutet die Aussage, dass am 24. Dezember durchgefahrene werde? Gelte das Durchfahren auch für den 25. und 26. Dezember? Sei die Senatorin bereit, den Mehrverkehr mit einem Teil der 32 Millionen Euro zu garantieren?

Senatorin Regine Günther (SenUVK) erklärt, es werde wie an Werktagen gefahren, teilweise führen Züge länger, teilweise höre dies um 1.00 Uhr nachts auf. Es sei genau der Takt wie an Werktagen. Es gebe keine Verstärkerzüge, weil nicht zum Fahren animiert werden solle.

Der **Ausschuss** nimmt die Sammelvorlage [2926 AA](#) betr. Nr. 1 zur Kenntnis. Weiteres siehe Beschlussprotokoll.

Kapitel 0709 – Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz - Personalüberhang –

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0710 – Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz - Umwelt- politik, Abfallwirtschaft und Immissionsschutz –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenUVK – Z F – vom 02.09.2020 [2926 AA](#)
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes Haupt
2020/2021
Bericht 2 – Gebrauchtwarenkaufhaus
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
Einzelplan 07

Carsten Ubbelohde (AfD) fragt, warum Gebrauchtwarenkaufhäuser geplant werden. Werde die wachsende Stadt dahingehend interpretiert, dass mit mehr Verarmung gerechnet werde? Warum werde das Konzept der Gebrauchtwarenkaufhäuser unterstützt, zumal es außerordentlich verbilligte Kleidung auch so zu kaufen gebe? Es gebe übrigens auch im privaten Bereich Entsorgungsunternehmen, auch im karitativen Bereich, die Gebrauchwarenmöglichkeiten jenseits Secondhandläden anbieten?

Staatssekretär Stefan Tidow (SenUVK) führt aus, es gehe nicht darum, Dinge günstig Leuten anbieten zu können, die sich anderes nicht leisten könnten. Vielmehr gebe es ein großes Problem mit Ressourcenverbrauch und -verschwendungen, nicht nur in Berlin, sondern weltweit. Es sei ein sehr ambitioniertes Abfallwirtschaftskonzept auf den Weg gebracht worden, wobei der beste Müll derjenige sei, der gar nicht erst anfalle. Deswegen werde besonderer Wert auf Wiederverwertung und Wiederverwendung gelegt und nicht auf Recycling. Aus diesem Grund sollten in der Stadt Angebote geschaffen werden, damit Menschen, bevor sie Neues kauften, schauen könnten, ob es das nicht auch gebraucht gebe. Um das in die Normalität zu bringen und aus der gesellschaftlichen Nische herauszukommen, gebe es mit der BSR einen großen Gebrauchtwarenkaufhof in Reinickendorf. Bei Karstadt am Hermannplatz gebe es einen Pop-Up-Store. Ergebnisse zeigten, dass die Leute dies nachfragten.

Stefan Ziller (GRÜNE) verdeutlicht, dass die Senatsverwaltung im Auftrag des Parlaments agiere auch im Rahmen der Zero Waste Strategie. Es gebe in der Stadt einen Bedarf. Er dankt der Senatsverwaltung für den Bericht und die Aktivitäten in dieser Richtung.

Christian Goiny (CDU) wendet ein, wenn für ein solches sozialistisches Projekt Geld aufgewandt werde, müsse die Frage gestellt werden, ob die Senatsverwaltungen die Ideen auch entsprechend umsetze. Im Grunde genommen wäre es richtig, eine dezentrale, nachhaltige von privaten Initiativen und Institutionen gestützte Infrastruktur an der Stelle aufzubauen, um nachhaltig ein ressourcenschonendes Prinzip zu etablieren. Wenn der Staat nun mittels BSR selbsttätig werde, gebe es eine staatlich subventionierte Konkurrenz gegen karitative Organi-

sation, gegen privatbetriebene Repair-Cafés oder den Rumpelbasar in seinem Wahlkreis, wo der Erlös an Flüchtlingseinrichtungen, Kitas, Schulen und Obdachlose gespendet werde. An welche karitativen Organisationen und Flüchtlingsorganisationen würden die Erlöse aus diesem Projekt am Jahresende gespendet? Wie bilde sich das in dem Konzept ab? Für die bestehende Infrastruktur werde es Konkurrenz geben, statt sie nachhaltig zu unterstützen und zu finanzieren. Er bitte darum, dieses Konzept im Detail noch einmal darzulegen.

Carsten Ubbelohde (AfD) interessiert, inwiefern der Senat auch die Behinderung von Kaufhäusern, die Neuware verkauften, plane, vielleicht auch das Verbot von einzelnen Kaufhäusern und Geschäften, die Neuware verkauften.

Senatorin Regine Günther (SenUVK) erklärt, dass das Feedback durchgängig positiv sei. Das Vorhaben werde begrüßt, weil dem Ganzen ein anderer Charakter gegeben werde, der Charakter des Normalen, der Ressourcenschonung, der Ressourcennutzung, Wiederverwendung. Es würden nicht nur Menschen angesprochen die ärmer seien. Deshalb sei es richtig, keine spezifischen Geschäfte vorzuhalten, sondern es bei Karstadt zu machen.

Der **Ausschuss** nimmt die Sammelvorlage [2926 AA](#) betr. Nr. 2 zur Kenntnis.

2. NHG 20/21: Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum
Einzelplan 07, 09, 10, 11 und 29 [2926 CJ](#)
hier: lfd. Nr. 1 – Kapitel 0710 / Titel 68569:
Haupt
Ansatz 2020 (2. NHG 20/21): - 800.000 €
Ansatz 2021 (2. NHG 20/21): - 960.000 €
(*weitere Ansatzminderungen*)
(Änderung der Titelerläuterung)

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag lfd. Nr. 1 der AfD-Fraktion [2926 CJ](#) abzulehnen.

2. NHG 20/21: Titel 89201 – Zuschüsse an private Unternehmen für Investitionen

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum
Einzelplan 07, 09, 10, 11 und 29
hier: lfd. Nr. 2 – Kapitel 0710 / Titel 89201:
Ansatz 2020 (2. NHG 20/21): - 50.000 €
Ansatz 2021 (2. NHG 20/21): - 950.000 €
(*weitere Ansatzminderungen*)

[2926 CJ](#)
Haupt

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag lfd. Nr. 2 der AfD-Fraktion [2926 CJ](#) abzulehnen.

**Kapitel 0720 – Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz –
Integrativer Umweltschutz –**

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0730 – Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz - Verkehr -

Mitberaten wird:

- a) Schreiben SenUVK – IV C 53 – vom 16.11.2020
Vorherige Zustimmung im Konsultationsverfahren
nach § 5 Abs. 1 Satz 2 Haushaltsgesetz 2020/2021
über die beabsichtigte Zulassung von
überplanmäßigen Ausgaben zur Erfüllung der
Verkehrsverträge mit der BVG AöR, der S-Bahn
Berlin GmbH und den Verkehrsunternehmen des
Eisenbahn-Regionalverkehrs

[3284](#)
Haupt

- b) Sammelvorlage SenUVK – Z F – vom 02.09.2020 [2926 AA](#)
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2020/2021
Bericht 3 – Hygienekonzepte ÖPNV
Bericht 4 – Auswirkungen Konjunkturpaket Bund
Bericht 5 – Werbeverträge
Bericht 6 – Mehrbedarfe innerstädtischer ÖPNV
Bericht 7 – Rückflüsse aufgrund pandemiebedingter Minderleistungen
Bericht 8 – Einnahmeausfälle ÖPNV
Bericht 9 – Neubauvorhaben i2030
Bericht 10 – Investitionen ÖPNV
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
Einzelplan 07
- c) Bericht SenUVK – IV C 2 – vom 08.04.2020 [2819](#)
BVG-Verkehrsvertrag
(Berichtsauftrag aus der 63. Sitzung vom 13.11.2019)
- d) Bericht SenUVK – IV C 2 – vom 03.07.2020 [2819 B](#)
BVG-Verkehrsvertrag
hier: aktueller Sachstand und Verhandlungsangebot
(Berichtsauftrag aus der 74. Sitzung vom 06.05.2020)
- e) Bericht SenUVK – IV C 23 – vom 07.10.2020 [2564 T](#)
Elektrobusse
(Berichtsauftrag aus der 78. Sitzung vom 09.09.2020)
- f) Bericht SenUVK – IV C 3-De – vom 09.10.2020 [3128 A](#)
Maßnahmen zum Ausbau des S-Bahn Netzes
(Berichtsauftrag aus der 79. Sitzung vom 23.09.2020)
(b) bis f) in der 80. Sitzung am 28.10.2020 zur Sitzung am 11.11.2020 zurückgestellt)

Sven Heinemann (SPD) kommt auf die Vorlagen rote Nrn. 2819 und 2819 B zu sprechen. Es werde dringend ein aktueller Bericht benötigt, spätestens im Januar 2021. Zur Vorlage rote Nummer 8128 A bitte er um Abfrage beim Eisenbahnbundesamt, die Außenstelle Berlin betreffend, zum Personalaufwuchs in 2019 und 2020 und wie er sich in den nächsten Jahren entwickeln solle. Die Informationen seien essenziell für i2030. Wenn der Bund nicht beim Eisenbahnbundesamt für die entsprechenden Stellen sorge, werde es einen Verzug geben, was höhere Kosten nach sich ziehe. Weitere Fragen werde er schriftlich nachreichen. Inwieweit gebe es Gespräche mit dem Bund, sich an den beiden S-Bahn Paketen zu beteiligen? Für die Voraussetzungen sei Berlin nicht allein selbstverantwortlich; auch der Bund habe hier eine Verantwortung. Ihn interessiere ein Bericht, wie mit dem Bund über diese Finanzierung der beiden S-Bahn Pakete gesprochen werde, wie aber auch generell der Stand der Gespräche zur Finanzierung von i2030 sei. Bezuglich der Weichenverbindung Hauptbahnhof gehe er vom Einbau eines Weichentrapezes aus. Der Zeithorizont von fünf Jahren für den Einbau von vier

Weichen im Hauptbahnhof auf der Stadtbahn könne nicht zufriedenstellen. Welches seien die Gründe dafür? Bitte um eine Erläuterung.

Senatorin Regine Günther (SenUVK) sagt zu, die Berichte zur Verfügung zu stellen. Sie stimme bezüglich der langen Planungshorizonte zu. Die Siemensbahn habe von der ersten Idee bis zur Fertigstellung vier Jahre gedauert. Die Instandsetzung werde voraussichtlich zehn Jahre dauern. Es müsse Verständigung über eine Verkürzung der Prozesse erzielt werden.

Christian Goiny (CDU) schließt sich der Berichtsbitte der SPD-Fraktion an und kündigt Nachreichen von Fragen an. Er bitte um eine Auflistung des Zeitplans zum Thema Weichen, was in diesem Prozess eigentlich wann in welchen Zeitabschnitten geplant sei. Wie lange dauere die Ausschreibung, wer sei beteiligt? Wer stelle her? Wer begleite die Einbauphase?

Senatorin Regine Günther (SenUVK) antwortet, dass es für alle Projekte bei i2030 Zeitpläne gebe, in denen alle Leistungsphasen abgebildet seien. Sie biete ein bilaterales Gespräch an, um zu erläutern, woran es manchmal hänge. i2030 sei ein besonders komplexes Projekt, weil sich neue Player seit Dekaden erstmalig wieder zusammengefunden hätten, um viele Großprojekte gemeinsam auf den Weg zu bringen.

Der **Ausschuss**, stimmt dem Schreiben [3284](#) wie beantragt zu. Der Bericht wird zur Kenntnis genommen. Sodann wird die Sammelvorlage [2926 AA](#) betr. Nr. 3 bis 10 zur Kenntnis genommen. Der Bericht [2819](#) wird zur Kenntnis genommen. Der Bericht [2819 B](#) wird zur Kenntnis genommen. SenUVK wird gebeten, dem Hauptausschuss zur Sitzung am 20.01.2021 zum aktuellen Stand des BVG-Verkehrsvertrags zu berichten. Der Bericht [2564 T](#) wird zur Kenntnis genommen. Der Bericht [3128 A](#) wird zur Kenntnis genommen. SenUVK wird gebeten, dem Hauptausschuss zur Sitzung am 20.01.2021 zu berichten, wie beim Eisenbahnbundesamt der Personalaufwuchs 20/21 in der Außenstelle Berlin betreffend die beiden S-Bahn-Pakete war und wie die weitere personelle Entwicklung sich darstellt. Die von den Fraktionen der SPD und der CDU angekündigten nachzureichenden Fragen zum Bericht [3128 A](#) sollen bis Freitag, den 04.12.2020 vorgelegt und von SenUVK schriftlich beantwortet werden.

2. NHG 20/21 und HH 20/21: Titel 68235 – Zuschuss an die Deutsche Bahn AG aus Finanzierungsvereinbarungen für Neubauvorhaben

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen zum **Einzelplan 07** [2926 CH](#)

Haupt hier: lfd. Nr. 1 – Kapitel 0730 / Titel 68235

Ansatz 2020: wie 2. NHG

VE 2020: wie 2. NHG

Ansatz 2021: wie 2. NHG

VE 2021 (HH 20/21): + 30 Mio. € (davon fällig in:

2022: + 13,1 Mio. €,

2023: + 8,6 Mio. €,

2024: + 4,5 Mio. €,

2025: + 3,8 Mio. €)

(verbindliche Erläuterung und Sperrvermerk)

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag lfd. Nr. 1 der Fraktionen SPD, LINKE und GRÜNE [2926 CH](#) zum Titel 68235 anzunehmen. Weiteres siehe Beschlussprotokoll.

2. NHG 20/21: Titel 54045 – Leistungen des innerstädtischen ÖPNV

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum [2926 CY](#)

Einzelplan 05, 07, 08, 09, 10, 13, 27 und 29

Haupt hier: lfd. Nr. 3: Kapitel 0730 / Titel 54045

Sperrvermerk

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag lfd. Nr. 3 der Fraktion der CDU [2926 CY](#) abzulehnen.

Neuer Titel – WLAN im ÖPNV

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum
Einzelplan 05, 07, 08, 09, 10, 13, 27 und 29
hier: lfd. Nr. 2: Kapitel 0730 / neuer Titel
Ansatz 2020 (neu): + 1,411 Mio. €
Ansatz 2021 (neu): + 10 Mio. €
(Titelerläuterung)

[2926 CY](#)
Haupt

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag lfd. Nr. 2 der Fraktion der CDU [2926 CY](#) abzulehnen.

Kapitel 0740 – Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz - Tiefbau -

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenUVK – Z F – vom 02.09.2020
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes
2020/2021
Bericht 11 – Baumittelliste Tiefbau
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
Einzelplan 07
(in der 80. Sitzung am 28.10.2020 zur Sitzung am
11.11.2020 zurückgestellt)

[2926 AA](#)
Haupt

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** nimmt die Sammelvorlage [2926 AA](#) betr. Nr. 11 zur Kenntnis.

Kapitel 0750 – Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz - Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0751 – Berliner Forsten

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0770 – Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz - Verkehrslenkung -

Keine Wortmeldungen.

Nachtrag für das Haushaltsjahr 2021

Kapitel 0730 – Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz - Verkehr -

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0740 – Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz - Tiefbau -

Neuer Titel – Vorplanungen Sanierung Uferwand Schillingbrücke

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum
Einzelplan 05, 07, 08, 09, 10, 13, 27 und 29

[2926 CY-1](#)

Haupt

hier: Ersetzung der lfd. Nr. 4

hier: lfd. Nr. 1: Kapitel 0740 / neuer Titel

VE 2020 (neu): + 10 Mio. €

Ansatz 2021 (neu): + 1 Mio. €

VE 2021 (neu): + 10 Mio. €

(der Antrag ersetzt die laufende Nr. 4 aus [2926 CY](#))

Christian Goiny (CDU) führt einleitend aus, dass zu der Uferwand Schillingbrücke im Januar berichtet werde. Warum liege dieser Bericht in Datenraum? Bei Durchsicht des Gutachtens habe er nichts gefunden, was Geheimnisse des Landes Berlin, des Bezirks oder privater Dritter betreffe. Zudem hätten eine Reihe von Anlagen gefehlt. Welche Schlussfolgerungen würden daraus gezogen? Was müsse wann gemacht werden? Welche Kosten seien damit verbunden? Wann solle was aus welchen Haushaltstiteln bezahlt werden? Was geschehe in der Zwischenzeit? Er bitte um Beantwortung seiner Fragen zum Januar.

Sven Heinemann (SPD) weist auf eine Darstellung vor einigen Wochen hin, dass möglicherweise das Gebäude mit der Uferwand verbunden sei. Es sei nicht ausgeschlossen, dass möglicherweise auch das Gebäude abgerissen werden müsse. Gebe es weitere Erkenntnisse? Wie sei der Stand, ob nur die Uferwand betroffen sei?

Dr. Kristin Brinker (AfD) stellt fest, dass der Schaden laut Gutachten enorm sei. Wie sei der Schaden zutage getreten? Wer habe festgestellt, dass offensichtlich Handlungsbedarf bestehe? Wie sei der Gesamtzustand der Uferwände? Gebe es entsprechende Untersuchungen, Erhebungen? Werde regelmäßig kontrolliert? Wer kontrolliere gegebenenfalls in welchem Turnus? Sie bitte um Darstellung des allgemeinen Ablaufs dazu.

Christian Goiny (CDU) konstatiert, nach Darstellung sei ein kompletter Neubau der Uferwand die einzige vernünftige Lösung, weil auch das Energieforum davon betroffen sei und es keine andere Lösung gebe.

Lutz Adam (SenUVK) führt aus, die Antworten auf die Fragen würden in dem schriftlichen Bericht ergänzt. Die Uferwand sei bisher nicht in der Unterhaltungslast der Abteilung Tiefbau gewesen. Es sei eng mit dem Bezirk zusammengearbeitet worden. Die Uferwände im Land Berlin hätten teilweise ein Lebensalter von über 100 Jahren und hätten einen entsprechenden Bauwerkszustand. Bei der Verwertung des Grundstückes sei darauf hingewiesen worden, dass die Uferwand über 100 Jahre alt sei und vermutlich einen entsprechenden Bauwerkszustand beinhalte. Das Gutachten habe die Vermutung bestätigt. Uferwände würden anders als Brücken nicht mit kontinuierlichen Bauwerksprüfungen ständig begutachtet, aber von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung abgefahren und begutachtet. Die Uferwände in Berlin seien die Jahre gekommen. In der Investitionsplanung seien entsprechende Ansätze vorgesehen, Uferwände großflächig instandzusetzen bzw. zu erneuern. Eine Sanierung komme bei einer über 100 Jahre alten Uferwand nicht mehr infrage, sondern würde durch einen Ersatzneubau ersetzt werden müssen. Zunächst würden mit dem Bezirk Sicherungsmaßnahmen geplant. Dem schließe sich die Planung für den Ersatzneubau der Uferwände an. In den Bericht würden auch Hinweise bezüglich der Standsicherheit des Gebäudes aufgenommen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag lfd. Nr. 1 der Fraktion der CDU [2926 CY-1](#) abzulehnen. SenUVK wird gebeten, dem Hauptausschuss zur Sitzung am 20.01.2021 zu berichten, welche Schlussfolgerungen aus dem Gutachten gezogen werden, welcher Zeitplan für die Sanierung vorgesehen ist und aus welchen Haushaltstiteln die Sanierung finanziert werden soll? Was passiert im Übergangszeitraum?

Nachschiebeliste - [2926 AT-3](#)

Kapitel 0730 – Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz - Verkehr

Titel 23110 – Zuweisungen des Bundes nach dem Regionalisierungsgesetz

Siehe Beschluss zur Nachschiebeliste [2926 AT-3](#) vor Kapitel 0300

Titel 54080 – Leistungen des Regionalbahnverkehrs

Mitberaten wird:

Bericht SenUVK – IV C 53 – vom 07.10.2020
**Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes
2020/2021**
**Beantwortung der Fragen der Fraktion der FDP zur
Nachschiebeliste**
**hier: Verkehrsplanerische Zielsetzung bei der
Vergabe des Netzes Ostbrandenburg**
Einzelplan 07
(in der 80. Sitzung am 28.10.2020 zur Sitzung am
11.11.2020 zurückgestellt)

[2926 BN](#)
Haupt

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht [2926 BN](#) zur Kenntnis.

Punkt 26 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2105
**Reduzierung von Zigarettenkippen auf Berliner
Straßen**

[1980](#)
Haupt
UmVork(f)
GesPflegGleich*

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Abgeordnetenhaus zu empfehlen, den Antrag Drucksache 18/2105 gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr, Klimaschutz abzulehnen.

Punkt 27 der Tagesordnung

Schreiben SenUVK – I A 3 – vom 01.11.2020
**Beauftragung eines Gutachtens – Evaluation der
Kompetenzvermittlung im Freiwilligen
Ökologischen Jahr in Berlin**
hier: Zustimmung
gemäß Auflage A. 21 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

[3256](#)
Haupt

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Schreiben [3256](#) wie beantragt zuzustimmen und den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 28 der Tagesordnung

Schreiben SenUVK – V B A – vom 18.11.2020
Erneuerung der B 96a (Süd) 2. BA von Grünbergallee bis Adlergestell im Bezirk Treptow-Köpenick von Berlin
Zustimmung zur Änderung des Bedarfsprogramms und Mehrkosten
gemäß § 24 Abs. 5 LHO

3257
Haupt

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Schreiben 3257 wie beantragt zuzustimmen und den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 29 der Tagesordnung

Bericht SenUVK – V AbtL – vom 03.11.2020
Gutachten zur Sanierung der Uferwand Schillingbrücke
(Berichtsauftrag aus der 80. Sitzung vom 28.10.2020)
(mit vertraulicher Anlage nur für den Datenraum)
(in der 82. Sitzung vom 11.11.2020 von der Konsensliste genommen und auf die Tagesordnung der Sitzung am 02.12.2020 gesetzt)

2786 C
Haupt
Vertrauliche Beratung hinsichtlich der Anlage

Vertagt, siehe Vor Eintritt in die Tagesordnung II.

[Unterbrechung der Sitzung von 17.03 Uhr bis 17.28 Uhr]

Fortsetzung Tagesordnungspunkt 19:

G. Einzelplan 08 – Kultur und Europa

Zweiter Nachtrag für das Haushaltsjahr 2020

Kapitel 0810 – Senatsverwaltung für Kultur und Europa - Kultur –

Mitberaten wird:

- a) Bericht SenKultEuropa – I Ctrl 1 / II B We – vom 03.09.2020
Kultureinrichtungen
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)

2926 L
Haupt

- b) Bericht SenKultEuropa – I Ctrl 1 – vom 01.09.2020 [3019 A](#)
Förderung von Kultureinrichtungen im Rahmen der Soforthilfe IV
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
- c) Bericht SenKultEuropa – I B Ctrl – vom 08.09.2020 [2926 W](#)
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2020/2021
Beantwortung der Fragen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen – hier: Einzelplan 08
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
- d) Bericht SenKultEuropa – I A FH – vom 09.10.2020 [0384 F](#)
Musicboard Berlin GmbH
(Berichtsauftrag aus der 78. Sitzung vom 09.09.2020)
- e) Bericht SenKultEuropa – BKRW Kr – vom 28.08.2020 [3088](#)
Finanzierung der Sanierung der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche
(Berichtsauftrag aus der 73. Sitzung vom 22.04.2020)
(a) bis e) in der 80. Sitzung am 28.10.2020 zur Sitzung am 11.11.2020 zurückgestellt)

Christian Goiny (CDU) führt aus, er begrüße die Bewilligung von Hilfen auf Landesebene. Er weise aber auf die Problematik hin, dass diese auf dem Konzept der Liquiditätshilfen beruhten. Manche der betroffenen Kultureinrichtungen hätten relativ früh in der Pandemie entweder ihre Dispokredite erhöht oder sich einen Kredit organisiert, was heute als Liquidität angerechnet werde und dazu führe, dass es in den Folgemonaten keine Hilfen gegeben habe. Wie werde auch mit Blick auf 2021 die weitere Finanzierung dieser Kultureinrichtungen, die nach wie vor von der Schließung betroffen seien, organisiert? Seien bereits entsprechende Mittel vorgesehen, entweder im Haushalt der Kulturverwaltung oder bei der Wirtschaftsverwaltung? Seien diese in dem bisherigen Umfang ausreichend?

Bislang sei die Förderung darauf ausgerichtet, das gegenwärtige Überleben halbwegs zu sichern. Mit welchen Wiederinbetriebnahmeöffnungskonzepten werde gearbeitet? Wie werde ein inhaltlicher Programmvorlauf finanziert? Wie würden begleitende Hygiene- oder Schutzkonzepte auch finanziert, beispielsweise Zuschüsse für Lüftungsanlagen, Schnelltests? Es gehe darum, nicht nur den Betreibern und Künstlern der Einrichtung das Überleben zu sichern, sondern auch darum, dass Berlin ein Interesse als Stadt daran habe, diese kulturelle Vielfalt zu erhalten. Welche Ideen und Konzepte seien für das nächste Jahr vorstellbar, um Kultur wieder in Betrieb nehmen zu können? Die CDU-Fraktion habe einen Änderungsantrag eingebracht. Es gebe eine Reihe regelmäßig staatlich geförderter Kultureinrichtungen, die teilweise auch als private GmbHs organisiert seien und einen jährlichen Fixkostenzuschuss erhielten. Vergleichbares werde befristet für das kommende Jahr vorgeschlagen.

Bei den staatlichen Häusern gebe es unterschiedliche Tarifstrukturen, einige enthielten Kurzarbeit, andere nicht. Diejenigen mit der Kurzarbeiterregelung hätten die Mitarbeiter in Kurzarbeit. Andere Einrichtungen hätten dies nicht, hätten ihr Personal auf der Bühne und die

Möglichkeit, anders zu arbeiten und zu produzieren. Dadurch hätten diese erhebliche Verluste. Würden diese vom Land Berlin für die staatlichen Einrichtungen ausgeglichen? Wie werde mit der Situation umgegangen, dass diese für das nächste Jahr mit Inszenierungen und Veranstaltungen planen könnten, während diejenigen mit Tarifvertrag, bei denen Mitarbeiter in Kurzarbeit seien, für das nächste Jahr weniger planen und proben könnten. Wie stelle sich die Situation aus Sicht der Senatskulturverwaltung dar? Welche Auswirkungen habe dies auf die Haushalte der staatlich finanzierten Einrichtung?

Sibylle Meister (FDP) interessiert, wie mit den Soforthilfe weiter verfahren werde. Möglicherweise sei es sinnvoll, die Soforthilfe II noch einmal aufzulegen und fortzuführen. Bei der Soforthilfe IV gebe es das Modell 3.0. Bei 2.0 sei die Anzahl der bezuschussen Unternehmen deutlich kleiner als bei der ersten. Zur Öffnung hätten viele Bühnen und Institutionen Hygienekonzepte vorgelegt, die sie jetzt nicht wirklich nutzen könnten. Bei einer Wiedereröffnung könne auf diese Konzepte zurückgegriffen werden. Zur Vorlage – rote Nummer 3088 – interessiere sie das Ergebnis zur Gedächtniskirche.

Dr. Kristin Brinker (AfD) spricht über die Soforthilfe IV – rote Nummer 3019 A –. Die Vorlage stamme vom 1. September dieses Jahres. Die Liste der aufgeführten hier geförderten Unternehmen sei umfangreich. Die geleisteten Beträge seien nur dann sinnvoll, wenn diese Institutionen auch wirtschaftlich überlebten. Gebe es Kontakt mit diesen Unternehmen? Seien alle noch am Markt? Welche Möglichkeiten würden mit den Unternehmen eruiert, dass unter Berücksichtigung der Schutzmaßnahmen Gäste zumindest teilweise wieder würden empfangen werden können?

Bürgermeister Dr. Klaus Lederer (SenKultEuropa) verweist auf die Neufassung des Infektionsschutzgesetzes mit der magischen Inzidenzzahl von 50, die gewissermaßen als Dogma erhoben worden sei, für die Frage von Öffnung und Schließung. Gleichzeitig finde sich dort ein bislang vermisster Passus, der die Bedeutung der Kultur, Kultureinrichtungen und Kunstfreiheit in besonderer Weise hervorhebe. Es gebe einen Auftrag der Ministerpräsidentenkonferenz an die Kultusministerkonferenz, sich an eine entsprechende Öffnungsstrategie heranzuarbeiten. Mit vielen Einrichtungen seien Schutzmaßnahmen besprochen worden; Berlin sei auf einem guten Weg. Eine Zeitachse lasse sich aber nur schwer festsetzen, weil es keine genaue Kenntnis über die Weiterentwicklung der Pandemielage gebe. Angebote für Kinder und Jugendliche müssten zuerst ans Netz, alles andere erfolge in weiteren Schritten. Dort werde nach der Frage zu unterscheiden sein, inwieweit Hygienekonzepte, Kontaktbeschränkungen oder Kontaktminimierungen auch vor und nach den Veranstaltungen sowie während der Veranstaltungen abgebildet werden könnten und wie groß die Möglichkeit sei, Aerosolverbreitung in den Räumen in den Griff zu bekommen.

Wenn der Impfprozess beginne, zunächst mit den vulnerablen Gruppen und dann weitere Teile der Bevölkerung und wenn davon abgegangen wäre, dass Tests ausschließlich durch medizinisches Fachpersonal vorgenommen würden, sei noch nicht der Punkt erreicht, dass ausreichend leicht einzusetzende Schnelltestkapazitäten vorhanden seien, um diese flächendeckend im Kultursektor einzusetzen zu können. Selbst wenn es solche gäbe, müssten rechtliche Rahmenbedingungen geklärt werden, die nicht allein vom Land Berlin geklärt werden könnten, beispielsweise dahin gehend, ob der Besuch einer Einrichtung von einem vorherigen Test abhängig gemacht werde könne. In einem nächsten Schritt sei abzuwarten, inwieweit sich die Testlandschaft so entwickle, dass skalierbare, niedrigschwellige und trotzdem gute, bezahl-

bare Tests in Größenordnungen vorlägen. Unter solchen Gesichtspunkten sollte überlegt werden, ob die Inzidenzzahlen 50 noch sinnvoll sein. Niedersachsen arbeite an einem Szenario, bei dem eine Rückrechnung von der Belastung der intensivmedizinischen Kapazitäten in den Krankenhäusern erfolge.

Bezüglich der Gedächtniskirche gebe es gute Gespräche. Die Perspektive für den Einsatz von GRW-Mitteln sei gut. Der Nachtragshaushalt fasse für den Kulturbereich konkret die Zahlen nur für das Jahr 2020. Es gebe Einnahmeausfälle in Höhe von 60 Millionen Euro. Dass die Soforthilfen II nicht noch einmal aufgelegt worden seien, habe damit zu tun, dass bis heute der Streit zwischen Bund und Land nicht geklärt sei über die Frage, wie viel erstattet würde und es sich um dreistellige Millionenbeträge handle. Der Finanzsenator und er selbst seien weiteren Gesprächen. Er halte eine weitere Hilfe für nicht ausgeschlossen, wenn auch in geringerem Umfang. Vorher müsste der Streit zwischen Bund und Land geklärt werden.

Die nicht verausgabten Mittel der Soforthilfe würden nicht in das nächste Jahr übertragen. Wenn das Abgeordnetenhaus diesen Nachtragshaushalt beschließe, werde erneut Geld zur Verfügung gestellt mit dem Ziel, solche Hilfen zu gewähren. Er habe mit dem Finanzsenator ein Commitment, die Soforthilfen so lange fortzusetzen, wie sie benötigt werde. Es seien deshalb augenblicklich Liquiditätshilfen, weil diese nur dann sinnvoll seien, wenn die Unternehmen überlebten. Sie überlebten dann, wenn sie liquide seien. Wenn die Gelder dann nicht mehr ausreichten, bräuchte es eine Form von Anschubfinanzierung. Es sei möglich, dass mancher Kulturbetrieb durch die Kredite in einer Art und Weise belastet sei, dass die Kredite mit der normalen Einnahme-/Ausgabesituation niemals abgezahlt werden könnten. In solchen Fällen solle noch einmal geholfen werden, aber retrospektiv.

Es gebe viele kleinere Angelegenheiten, die Stipendien betreffend, die Draussenstadt-Projekte und andere. Es seien keine großen Beträge, aber sie seien hilfreich. Beim TVöD sei die Kurzarbeit automatisch machbar. Bei der TV-L habe die Finanzverwaltung versucht, seinerzeit eine Lösung zu finden. Da aber zu wenig Stadtstaaten dabei seien, das Problem ein Teil der Länder nicht betroffen habe, habe dies keinen Eingang gefunden. Zum mindest für die Bühnen gebe es aber die Möglichkeit, ein Commitment zu finden. Die Finanzverwaltung arbeite gerade daran. Er habe die Kulturbetriebe aufgefordert, die Novemberhilfen – dies werde auch für den Dezember gelten – auch in Anspruch zu nehmen, damit keine Landeshaushaltssmittel eingesetzt werden müssten.

Bezüglich der Kompensation für die Kultureinrichtungen habe es für die Entwicklung der Zahl, die im diesjährigen Haushalt stehe, Modellrechnungen geben, denen bestimmte Annahmen zugrunde gelegt worden seien darüber, wie hoch die Auslastung in den Sälen sein werde in einer bestimmten Zeit. Der neue Teillockdown wirke sich natürlich aus. Andererseits gebe es Kompensationsmöglichkeiten mit Kurzarbeit und ähnlichem. Er gehe davon aus, dass die Mittel in diesem Jahr ausreichten. Im Durchschnitt über die Kulturbetriebe gehe dies nach derzeitigen Controllingberechnungen auch auf; einige bräuchten mehr als veranschlagt, andere weniger.

Christian Goiny (CDU) kündigt an, Detailfragen schriftlich nachzureichen. Ihn interessiere die allgemeine Fragestellung, wie Kulturhilfe in 2021 in Berlin organisiert werde. Er sehe die Gefahr bei hoffentlich positiver Entwicklung angesichts der Pandemie, dass die Betriebe zwar wieder öffnen könnten, aber letztlich keine Mittel mehr für den Betrieb zur Verfügung hätten.

Er bitte um Thematisierung im Senat, wie der Übergang zum Neustart organisiert werde. Es gehe nicht darum, Höchstbeträge in diesem Bereich zu investieren, es müsse aber berücksichtigt werden, dass dieser Bereich als einer der ersten und konsequentesten habe geschlossen werden müssen und als letzter wieder öffne. Es handele sich vielfach um Einrichtungen, die früher kein Geld benötigt hätten und stolz darauf gewesen seien, keine Unterstützung vom Staat zu erhalten. Denen müsse geholfen werden. Strategisch müsse Berlin ein Interesse daran haben, diese bunte und vielfältige Kulturlandschaft zu erhalten. Wirtschaftspolitisch könne dies nicht mit einem anderen Gewerk oder Industrie ersetzt werden.

Er bitte darum, sich in der Runde der Ministerpräsidenten und der Bundesregierung dafür einzusetzen, beim Thema der Selbstständigen im Kultur- und Veranstaltungsbereich anzuerkennen, dass das bisher Geleistete nicht ausreiche; es gebe gerade im Veranstaltungsbereich viele Spezialisten, Bühnentechniker, Beleuchter etc. Wenn es diese nach Wiedereröffnung nicht mehr gebe, gebe es auch keine Veranstaltung. Er könne nicht nachvollziehen, dass bei der November- und Dezemberhilfe nur die Inlandsumsätze zu berücksichtigen. Bei der Lufthansa seien auch nicht nur die Inlandsflüge erstattet worden. Er ermunterte den Senat auch noch einmal, darauf hinzuweisen, dass, sobald die Maßnahmen wieder gelockert würden, die Sperrstunde in Berlin wieder abgeschafft werde.

Steffen Zillich (LINKE) bemerkt, es gebe Einigkeit beim Thema Sperrstunde. – Es würden Soforthilfen zur Verfügung gestellt. Er erwarte vom Senat, dass diese explizit und thematisch unterstellt würden. Seien damit auch die Bedarfe von Kultur und Kulturwirtschaft gemeint? Es müsse flexibel reagiert und versucht werden, in die Lücken hineinzugehen, die der Bund offen lasse. Die Einnahmeausfälle für Kultureinrichtungen betreffend gebe es im Nachtragshaushalt einen Pauschaltitel nicht nur für Kultureinrichtungen, sondern für alle Landesbetriebe, aus dem dies bestritten werden könne. Die Koalition habe verabredet, dass in dem Moment, in dem sich herausstelle, dass die Mittel nicht ausreichten, vom Senat erwartet werde, dass dieser für eine gemeinsame Lösung auf das Parlament zukomme.

Bürgermeister Dr. Klaus Lederer (SenKultEuropa) stellt fest, dass den Aussagen zur Sperrstunde nichts hinzuzufügen sei. Bei der Soforthilfe sei mit Dreimonatsrhythmen begonnen worden. Im Herbst sei auf eine einmonatige Förderung heruntergegangen worden. Es werde zwar für drei Monate bewilligt, ausgezahlt werde aber erst, wenn bekannt sei, was der Bund kompensiere, weil der Bund nicht zahle, wenn das Land Berlin fördere. Aus diesem Grund sei der Auszahlungsmodus auf einen Monat heruntergefahren worden. Er warne vor Festlegungen, welches Instrument wann angewandt werde; dies sei aufgrund der aktuellen Situation nicht möglich. Es müsse so lange Liquiditätshilfen geben, wie sich die Situation darstelle, dass weite Teile des Kulturbetriebs nur eingeschränkt öffnen könnten. Sobald sich abzeichne, dass eine breitere Öffnung wieder möglich sei, müsse auf andere Kulturhilfen umgestellt werden. Es gebe ein Commitment zwischen dem Finanzsenator und ihm, das im März und April verabredet worden sei, auf das er sich verlasse. Für andere Optionen müsse zwischen beiden Verwaltungen untersucht werden, wie das Handling, die Umsetzung aussehe und dies auch wirke. Letztlich müsse am Ende noch einmal mehr Geld aufgewendet werden als jetzt, pro Monat, weil eine Liquiditätshilfe einen geringeren Aufwand habe als die Finanzierung eines Neustarts. Beim dem, Sammeltitel gebe es ein Problem, weil Kulturbetriebe nicht einfach nur Landesbetriebe seien; es gebe unterschiedliche Betriebe. Es gebe eine freie Szene, auch die Basis- und Konzeptförderung für Spielstätten. Dafür sei der Titel nicht geeignet. Sie seien aber bislang aus dem Haushalt unterstützt worden; es sei im derzeitigen Nachtragshaushalt für

dieses Jahr enthalten. Er gehe davon aus, dass die freie Szene nicht ab 1. Januar sich selbst überlassen werde. Auch hier gebe es eine verlässliche und belastbare Absprache, die aber noch exemplifiziert werden müsse. Dabei sei zu beachten, welche Beträge tatsächlich aufliefen und an welcher Stelle der Bund unterstütze. Die Aussagen zu Soforthilfen für Soloselbstständige und Freiberufler unterstütze er. Das Problem sei im Senat thematisiert worden.

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte zu a) [2926 L](#) und b) [3019 A](#) zur Kenntnis. Die Fraktion der CDU kündigt an, bis Freitag, 04.12.2020, Fragen zum Bericht [3019 A](#) nachzureichen, die von der SenKultEuropa schriftlich beantwortet werden sollen. Weiteres siehe Beschlussprotokoll. Die Berichte [2926 W](#) und [0384 F](#) sowie [3088](#) werden zur Kenntnis genommen.

Nachtrag für das Haushaltsjahr 2021

Kapitel 0800 – Senatsverwaltung für Kultur und Europa - Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Neuer Titel – Institutionelle Kulturförderung

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum
Einzelplan 05, 07, 08, 09, 10, 13, 27 und 29
hier: lfd. Nr. 5: Kapitel 0800 / neuer Titel
Ansatz 2021 (neu): + 60 Mio. €

[2926 CY](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag der Fraktion der CDU lfd. Nr. 5 aus der roten Nr. 2926 CY ab.

Neuer Titel – Beschaffung Corona-Schnelltests

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum
Einzelplan 05, 07, 08, 09, 10, 13, 27 und 29
hier: lfd. Nr. 6: Kapitel 0800 / neuer Titel
Ansatz 2021 (neu): + 10 Mio. €
(Titelerläuterung)

[2926 CY](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag der Fraktion der CDU lfd. Nr. 6 aus der roten Nr. 2926 CY ab.

Kapitel 0810 – Senatsverwaltung für Kultur und Europa - Kultur -

HH 20/21: Titel 42811 – Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigte

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion
Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
zum **Einzelplan 08**
lfd. Nr. 1: Kapitel 0810 / Titel 42811
Ansatz 2021 (HH 20/21): + 400.000 €
(und Titelerläuterung)

[2926 CR](#)
Haupt

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 1 aus der roten Nr. 2926 CR zu.

HH 20/21: Titel 68609 – Diversitätsfonds

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum **Einzelplan 08**
lfd. Nr. 2: Kapitel 0810 / Titel 68609
Ansatz 2021 (HH 20/21): + 200.000 €
(und Ergänzung der Titelerläuterung)

[2926 CR](#)
Haupt

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 2 aus der roten Nr. 2926 CR zu.

HH 20/21: Titel 68577 – Sonstige Zuschüsse an Einrichtungen der bildenden Kunst

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum **Einzelplan 08**
lfd. Nr. 3: Kapitel 0810 / Titel 68577
Ansatz 2021 (HH 20/21): + 250.000 €
(und Änderung der Titelerläuterung)

[2926 CR](#)
Haupt

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 3 aus der roten Nr. 2926 CR zu.

Nachschiebeliste - 2926 AT-3

Kapitel 0810 – Senatsverwaltung für Kultur und Europa - Kultur -

Mitberaten wird:

- a) Bericht SenKultEuropa – I A Gat – vom 16.10.2020
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2020/2021
Beantwortung der Fragen der Fraktion der FDP zur Nachschiebeliste
hier: Empfänger der Soforthilfe IV 2.0
Kapitel 1330 / Titel 68311
Einzelplan 08 und 13

[2926 BL](#)
Haupt

- b) Bericht SenKultEuropa – II A Pr – vom 08.10.2020 [2926 BB](#)
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes Haupt
2020/2021
Beantwortung der Fragen der Fraktion der FDP zur
Nachschiebeliste
hier: Programm „Draußenstadt“
Einzelplan 08
(in der 80. Sitzung am 28.10.2020 zur Sitzung am
11.11.2020 zurückgestellt)

Der **Ausschuss** nimmt ohne Aussprache die Berichte rote Nrn. 2926 BL und 2926 BB zur Kenntnis.

Titel 68119 – Förderung von Künstlern/Künstlerinnen

Mitberaten wird:

- Bericht SenKultEuropa – I A De – vom 08.10.2020 [2926 BA](#)
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes Haupt
2020/2021
Beantwortung der Fragen der Fraktion der FDP zur
Nachschiebeliste
hier: Sonderstipendienprogramm
(in der 80. Sitzung am 28.10.2020 zur Sitzung am
11.11.2020 zurückgestellt)

Der **Ausschuss** nimmt ohne Aussprache den Bericht rote Nr. 2926 BA zur Kenntnis.

Titel 68303 – Zuschüsse für Veranstaltungen

- Titel 68320 – Zuschuss an die Kulturprojekte Berlin GmbH**
Titel 68551 – Zuschuss an die Stiftung Berlinische Galerie
Titel 68628 – Zuschüsse für besondere kulturelle Projekte

Siehe jeweils Beschluss zur Nachschiebeliste rote Nr. 2926 AT-3 vor Kapitel 0300.

In dieser Stelle werden beraten:

Kultur und Europa – 08

Punkt 30 der Tagesordnung

Bericht SenKultEuropa – II A Bo – vom 18.11.2020

[3261](#)

**Presserechtliche Beratungsleistungen im
Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand
des 3. Untersuchungsausschusses „Gedenkstätte
Hohenschönhausen“ der 18. Wahlperiode des
Abgeordnetenhauses von Berlin**
gemäß Auflage A. 21 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

Haupt

Carsten Ubbelohde (AfD) erklärt, seine Fraktion stehe der Absicht, presserechtliche Beratungsleistungen in Anspruch zu nehmen, sehr skeptisch gegenüber. Weshalb seien weder die Pressestelle – womöglich mit Unterstützung der Senatskanzlei – noch das Justitiariat in der Lage, aus dem eigenen Personalbestand heraus die Beratung zu leisten? Sei man sich politisch und juristisch der Sache nicht sicher genug?

Christian Goiny (CDU) fragt, was in welchem Umfang und inhaltlich überhaupt geleistet werden solle.

Bürgermeister Dr. Klaus Lederer (SenKultEuropa) antwortet, in der Sache gehe es um Akteninsicht- und Aktenherausgabeersuchen. Da diese Akten personenbezogene Daten enthielten, seien diese Ersuchen nicht unproblematisch. Es müsse abgewogen werden, ob presserechtliche Ansprüche durch die Grundrechte Dritter ausgeschlossen seien oder nicht. Seiner Verwaltung stehe eine Stelle für die umfangreichen Aktenherausgabeverlangen des Abgeordnetenhauses zur Verfügung. Es sei ein normaler Vorgang, sich die benötigten presserechtlichen Spezialkenntnisse von Dritten erbringen zu lassen. Seines Wissens seien keine presserechtlich besonders beschlagenen Mitarbeitenden in seiner Verwaltung sowie der Senatskanzlei vorhanden. – Wer die in diesen Fällen aufgerufenen Tagessätze kenne, könne ermessen, dass es um Aufträge in bescheidenem Umfang gehe.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 3261 zur Kenntnis.

Punkt 31 der Tagesordnung

Bericht SenKultEuropa – II C Se – vom 03.11.2020

2493 H

Musikschulen

Haupt

**hier: Basishonorarsatz 2 mit berufsfachlicher
Ausbildung und Ausfallhonorare für
Musikschullehrende**

(Berichtsaufträge aus der 79. Sitzung vom 23.09.2020)

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) spricht sich dafür aus, der Bericht möge als Zwischenbericht zur Kenntnis genommen werden. Zudem erbitte sie einen Folgebericht, sobald die AV Honorare im Jahr 2021 vorliege. Weiterhin bitte sie darum, den Bericht an den Unterausschuss Bezirke zu überweisen, weil dort das Thema Musikschulen auf der nächsten Tagesordnung stehe.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, der Folgebericht werde zur Sitzung am 9. Juni 2021 erbeten. Der Bericht rote Nr. 2493 H werde dem Unterausschuss Bezirke zur Verfügung gestellt. Der Bericht rote Nr. 2493 H werde als Zwischenbericht zur Kenntnis genommen.

Fortsetzung Tagesordnungspunkt 19:

H. Einzelplan 09 – Gesundheit, Pflege und Gleichstellung

Zweiter Nachtrag für das Haushaltsjahr 2020

**Kapitel 0920 – Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung –
Gesundheit –**

Mitberaten wird:

a) Bericht SenGPG – Krisenstab – vom 09.09.2020

2926 Z

**Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes
2020/2021**

Haupt

**Beantwortung der Fragen der Fraktion Die Linke
betreffend der Senatsverwaltung für Gesundheit,
Pflege und Gleichstellung**

(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
Einzelplan 09

- b) Bericht SenGPG – Krisenstab – vom 11.09.2020 [2926 AE](#)
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2020/2021
Schutzausrüstung
Verhinderung der Verbreitung von Krankheitserregern in Krankenhäusern
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
Einzelplan 09
Haupt
- c) Bericht SenGPG – Krisenstab – vom 14.09.2020 [2926 AG](#)
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2020/2021
Beantwortung der Fragen der Fraktion der FDP
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
Einzelplan 09
Haupt
- d) Bericht SenGPG – Krisenstab – vom 25.09.2020 [2926 AZ](#)
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2020/2021
Beantwortung der Fragen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
Einzelplan 09
Haupt
- e) Bericht SenGPG – Krisenstab – vom 01.09.2020 [3090](#)
Beantwortung der Fragen der Fraktion der CDU zu den Themen Schutzausrüstung, Intensivbetten, Reiserückkehrende und Kontaktnachverfolgung
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
(mit vertraulicher Anlage 1 nur für den Datenraum)
Haupt
Vertrauliche Beratung hinsichtlich der Anlage
- f) Schreiben SenGPG – K St Bä – vom 15.07.2020 [2977](#)
Vertrag über die Nutzung von Messehallen für das Corona-Behandlungszentrum und Betreibervertrag mit der Vivantes – Netzwerk für Gesundheit GmbH
(Berichtsauftrag aus der 75. Sitzung vom 27.05.2020)
(mit vertraulichen Anlagen nur für den Datenraum)
Haupt
Vertrauliche Beratung hinsichtlich der Anlage

- g) Bericht SenGPG – Krisenstab – vom 21.10.2020 [2926 BW](#)
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2020/2021
Beantwortung der Fragen der Fraktion Die Linke und Beantwortung der Fragen der Fraktion der FDP zur Nachschiebeliste
hier: Förderprogramme für Unternehmen und Corona-Krankenhauses auf dem Messegelände
Einzelplan 09
- h) Bericht SenGPG – I D 22 – vom 12.10.2020 [1875 D](#)
Kindernotfallversorgung
(Berichtsauftrag aus der 78. Sitzung vom 09.09.2020)
- i) Bericht SenGPG – Krisenstab – vom 27.11.2020 [3227 B](#)
Verordnung zu Regelungen in zugelassenen Krankenhäusern während der Covid-19-Pandemie (Krankenhaus-Covid-19-Verordnung)
hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion der CDU
(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 11.11.2020)
- j) Vertrauliches Schreiben SenGPG – Krisenstab – vom **Vorherige Zustimmung im Konsultationsverfahren nach § 5 Abs.1 Satz 2 Haushaltsgesetz 2020/2021**
über die beabsichtigte Zulassung von Mehrausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für den Aufbau und den Betrieb von Impfzentren [3298](#)
Haupt
Vertrauliche Beratung

Sebastian Walter (GRÜNE) bezieht sich auf den Bericht rote Nr. 2977, zu dem er Fragen stellen wolle, die er bitte, schriftlich zu beantworten. Er gehe davon aus, dass keine Vertraulichkeit hergestellt werden müsse.

Habe Vivantes bereits die Kosten für den Betrieb des Corona-Behandlungszentrums geltend gemacht? Seines Wissens erfolge dies monatlich. Wenn dem so sei, könne eine Aufstellung über die einzelnen Monate vorgelegt werden? Hätten Verhandlungen mit den Krankenkassen über Behandlungskosten und Vorhaltekosten stattgefunden, und wenn ja, zu welchem Ergebnis sei man gekommen? Den Bericht erbitte er für die Sitzung am 20. Januar 2021.

Christian Goiny (CDU) wendet sich der Presseberichterstattung zu, wonach Senatorin Kalayci damit zitiert werde, dass aufgrund der Situation der Coronapandemie und den Maßnahmen, die zu deren Einschränkung ergriffen würden, das Nachtleben in Berlin ausgelöscht werden müsse. – Angesichts der Geschichte dieser Stadt halte er dies für eine extrem schwierige Formulierung. Auch wenn diese Äußerung womöglich unbedacht erfolgt sei, sollte sich aus seiner Sicht auch die Gesundheitssenatorin in ihrer Wortwahl mäßigen und zudem berücksichtigen, dass Kultur, Kreativität und Nachtleben dazu beitragen, dass sich die Stadt Berlin positiv entwickelt habe. Er bitte um Stellungnahme und Klarstellung, was mit dieser Formulierung gemeint sei.

Dr. Kristin Brinker (AfD) hat zur roten Nr. 2926 Z die Frage, ob die Abrechnungsverfahren für die Empfängergruppen B und C mittlerweile erarbeitet seien. Wie viel Mittel seien aktuell bereits abgerufen worden? Habe sich die Abrufung verzögert und wenn ja, aus welchen Gründen?

In der roten Nr. 2926 AG gehe es um das Corona-Behandlungszentrum und die Kapazitätsberechnung des Senats. Dazu wolle sie wissen, in welchem Gremium über die Kapazitäten entschieden werde. Welche Maßgaben würden dafür zugrunde gelegt und mit welchen Experten berate sich der Senat diesbezüglich?

Steffen Zillich (LINKE) stellt fest, dass für eine Reihe von Zwecken Geld bewilligt werde, ohne dass abschließend geklärt sei, wie viel Geld genau benötigt werde. Aus seiner Sicht sei es richtig, so zu handeln, weil der Gesundheitsschutz Priorität habe. Dies sei jedoch mit der Verpflichtung verbunden, nachträglich mitzuteilen, für welchen Zweck welche Summen aufgewandt worden seien. Er erbitte deshalb einen Bericht mit dem Stichtag 31. Dezember 2020 über coronabedingte Ausgaben über den gesamten Haushalt betrachtet. Für die Zukunft gehe der davon aus, dass darüber quartalsweise berichtet werde. Zu wann könne die Finanzverwaltung einen solchen Bericht zusagen?

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) wendet sich dem Thema Reiserückkehrer aus Risikogebieten zu, für die in Berlin mehrere Testzentren eingerichtet worden seien. Ihres Wissens bestehe das entsprechende Testzentrum am Hauptbahnhof nicht mehr. Habe es Überlegungen gegeben, dieses Testzentrum für andere Gruppen zum Testen zu nutzen? Solle die Tätigkeiten wieder aufgenommen werden? Ihrer Ansicht nach gebe es gerade im Bezirk Mitte nicht viele Testmöglichkeiten.

Senatorin Dilek Kalayci (SenGPG) erklärt, sie nehme die Ausführungen des Abgeordneten Goiny zur Kenntnis. Ihren Ausführungen habe sie nichts hinzuzufügen. Sie habe nicht die Club- und Kulturszene missbilligt, sondern herausgestellt, dass Nachtleben und Partys epidemiologisch Auswirkungen hätten.

Hinsichtlich der Kapazitäten gelte in Berlin das Safe-Konzept. Die Steuerung der Patienten und die Kapazitäten der Krankenhäuser würden täglich untereinander abgestimmt. Gerade gestern habe der Vorsitzende der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin – DIVI – das Land Berlin für die enge Abstimmung der Kliniken untereinander und die Steuerung der Patienten gelobt. Darüber hinaus sei ein neues Steuerungsgremium eingerichtet worden, nachdem sich die Lage in den Krankenhäusern verschärft habe. Wenn die Intensivbetten der Charité belegt seien und sie nicht mehr abverlegen könne, würden mehr Krankenhäuser benötigt, die diese Patienten aufnahmen. Sie persönlich habe jeden Freitag eine Runde mit den Krankenhäusern, in denen verstärkt Covid-19-Patienten behandelt würden. Man stimme sich über die Rechtsverordnungen, Vorgaben für die Bevorratung, Freihaltetpauschalen und das Verschieben von elektiven Operationen, aber auch die benötigten Kapazitäten ab. Das Corona-Behandlungszentrum sei ein Baustein für den Fall, dass alle Betten belegt seien.

Ihre Verwaltung werde dazu beitragen und über die bis zum Jahresende aufgelaufenen coronabedingten Ausgaben berichten.

Reiserückkehrende seien ein Handlungsschwerpunkt während des Sommers gewesen. Deshalb seien bundesweit sehr schnell Teststellen eingerichtet worden. Mittlerweile habe sich die nationale Teststrategie im Hinblick auf diese Personengruppe weiterentwickelt. Das Land Berlin habe seine Teststrategie entsprechend angepasst. Die Kosten würden nicht mehr übernommen, es sei auch nicht mehr vorgesehen, Tests direkt nach der Einreise vorzunehmen. Vielmehr könne man sich nun frühestens nach fünf Tagen frei testen lassen, wobei die Tests bei einem niedergelassenen Arzt erfolgten. Als Folge davon seien die im Sommer errichteten Teststellen am ZOB, Hauptbahnhof und Flughafen Tegel aufgehoben worden. Mittlerweile seien acht mobile Testteams eingerichtet worden, den Bezirken helfe die Bundeswehr mit mobilen Testteams. – Sie weise darauf hin, dass in der Rechtsverordnung ausdrücklich empfohlen werde, auf Reisen zu verzichten.

Staatssekretär Martin Matz (SenGPG) ergänzt, das Abrechnungsverfahren für die persönliche Schutzausrüstung sei mittlerweile erarbeitet. Es würden auch Rechnungen geschrieben, die sich mittlerweile auf einen Betrag von mehr als 10 Mio. Euro beliefen. Auf der Einnahmeseite seien lediglich 0,3 Mio. Euro abgebildet. Die relativ große Differenz sei dem Umstand geschuldet, dass zzt. weiterhin gezielt Lagerhaltung betrieben werde, um so Reserven aufzubauen, auf die zurückgegriffen werden könne, um nicht eine Situation wie im Februar und März erleben zu müssen. Dadurch würden Aktionen wie die derzeitige Auslieferung von Schutzmasken an Schulen möglich. Die dadurch entstehenden Lücken in den Beständen würden wieder aufgefüllt.

Christian Goiny (CDU) bezieht sich auf die Medienberichterstattung zur Coronasituation in Pflegeheimen, die besage, dass sich bis zu 1 000 Personen des Betreuungspersonals infiziert hätten. Offensichtlich funktionierten die Schutz- und Hygienekonzepte in diesem besonders betroffenen Bereich nicht. Er bitte um einen Bericht, welche Konzepte, Maßnahmen und Überwachungen es diesbezüglich gebe. Angesichts der Zahlen könne man nicht von einzelnen schwarzen Schafen sprechen. Darüber hinaus wünsche er einen Bericht, in dem dargestellt werde, welche Test- und Kontrollszenarien griffen, wenn die Menschen wieder verreisten. Welche Rolle sollten dabei Schnelltests spielen?

Derzeit laufe das Konsultationsverfahren hinsichtlich der Impfzentren. Wenn er das Schreiben richtig gelesen habe, werde Geld für fünf Monate beantragt. Er gehe jedoch davon aus, dass die Impfungen nicht nach fünf Monaten beendet seien. Welche Finanzierung solle in den Monaten ab Juni greifen? Wie solle das Impfverfahren organisiert werden? Er gehe davon aus, dass ein Anmelde- und Terminvergabeverfahren benötigt würden. Mit welchem Personal solle das an welchen Orten erledigt werden? Wie würden die entsprechenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgestattet? Wie hoch sei der Personalbedarf und für welchen Zeitraum werde dieses Personal benötigt?

Senatorin Dilek Kalayci (SenGPG) merkt an, bundesweit wiesen die Expertinnen und Experten darauf hin, dass es bei dem gegenwärtig hohen Infektionsgeschehen nicht ausbleibe, dass auch in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen Fälle aufträten. Die Pflegeeinrichtungen seien sehr früh mit Schutzkleidungen und Schnelltests ausgestattet worden. Mit den Verbänden fänden Gespräche darüber statt, wie verhindert werden könne, dass einzelne Infektionen, die immer vorkommen könnten, zur Ausbreitung führen. Die Bezirke hätten eigene Schwerpunkte im Bereich vulnerable Gruppen gesetzt. Pflegeeinrichtungen könnten die Ge-

sundheitsämter jetzt direkt über eine besondere Mailadresse und besondere Hotlines erreichen. Mit den Pflegeverbänden werde darüber gesprochen, was die Einrichtungen machen könnten. Viele Leitungen der Pflegeheime sowie das weitere Personal seien sehr bemüht, um die Infektionen im Griff zu behalten. – Das Grundproblem bestehe in dem Niveau der Neuinfektionen. Genau deshalb solle das Niveau unbedingt gesenkt werden.

Für die ambulante Pflege seien originär die Pflegekassen zuständig. Der Senat bemühe sich, dass auch dort die Kontrollen erhöht würden. – Es sei eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen worden, die sie nicht im Einzelnen aufzählen wolle, weil dies den Rahmen der Sitzung sprengen würde.

Der Senat orientiere sich komplett an der nationalen Test- und Impfstrategie. Das Handeln stehe im Einklang mit dem Bundesgesundheitsminister und den anderen Bundesländern. Berlin werde keinesfalls allein aktiv, vielmehr bette sich das Handeln in die vom Bund vorgegebenen Rahmenbedingungen. Zum Thema Reisende werde es sicher noch einen Austausch geben.

Die nationale Impfstrategie weise zwei Phasen auf. In der ersten Phase sei der Impfstoff begrenzt und stehe nicht für die gesamte Bevölkerung zur Verfügung. Angesichts der komplexen Lagerungsbedingungen könne über das Regelsystem nicht geimpft werden. Das Impfen werde in dieser Phase in Impfzentren erfolgen. Die Absprache zwischen Bund und Ländern sehe vor, dass der Bund den Impfstoff besorge und die Länder die Impfzentren einrichteten. In der Phase 2 werde dann das Regelsystem zum Zuge kommen. Dann würden keine Impfzentren mehr benötigt, sondern das Impfen erfolge im Regelsystem über die niedergelassenen Ärzte, vorausgesetzt, die Lagerungsbedingungen für den Impfstoff gäben dieses her. Es bestehe Einigkeit in der Auffassung, dass der Übergang in Phase 2 möglichst schnell erfolgen solle. Der Bund habe angekündigt, dass dieser Wechsel frühestens im Frühjahr oder Frühsommer 2021 stattfinden könne. Genaueres könne sie dazu derzeit nicht sagen.

Die Berliner Impfzentren würden deshalb für vier Monate konzipiert. Wenn der Eintritt in Phase 2 erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen könne, werde der Ausschuss darüber informiert werden. – Hinsichtlich der Technik und der Terminvergabe für die Impfzentren sei man „ganz gut aufgestellt“. Es gebe eine webbasierte Lösung bezüglich der Terminierung. Es werde ein Callcenter geben, das die Termine per Telefon vergabe. Aber auch eine Online-Terminvergabe werde möglich sein.

Christian Goiny (CDU) geht davon aus, dass heute der Zweite Nachtragshaushalt 2020/2021 beraten werde. Die beantragten Beträge für die Impfstrategie für fünf Monate lägen oberhalb der Schwelle eines Nachtragshaushalts. Die Gesundheitssenatorin habe gerade erklärt, wenn sie mehr Geld benötige, werde sie den Hauptausschuss konsultieren. Er wolle deshalb von der Finanzverwaltung wissen, wann mit der Vorlage des nächsten Nachtragshaushalts zu rechnen sei. Er halte es für völlig unrealistisch, dass ab Juni 2021 keine weiteres Geld benötigt werde. Technik, Callcenter und Weiteres sollten offenbar aus dem laufenden Haushalt finanziert werden. Werde es Ausschreibungen geben oder solle freihändig vergeben werden? – Er bitte darum, dass Anfang Januar 2021 ein Bericht vorgelegt werde, in dem die Fragen beantwortet würden.

Senatorin Dilek Kalayci (SenGPG) erwidert, aus ihrer Sicht sei die mit SenFin abgestimmte Vorlage sehr fundiert. Sie habe die gestellten Fragen beantwortet. Welche Fragen sollten zusätzlich beantwortet werden?

Vorsitzende Franziska Becker teilt mit, dass die Fragen schriftlich vorgelegt würden.

Daniel Wesener (GRÜNE) wendet ein, es sollte nicht die Devise gelten, je später der Abend, desto schlechter der Umgang. Vom Senat werde zu Recht erwartet, dass er den Ausschuss respektvoll in der Tonlage angemessen behandle. Gleiches könne auch umgekehrt erwartet werden. Inhaltlich und fachlich könne scharfe Kritik geübt werden. Er wünsche sich, dass sowohl den Parlamentarierinnen und Parlamentariern als auch den Vertretern der Exekutive und Verwaltung Wertschätzung entgegengebracht werde.

Christian Goiny (CDU) erklärt, er hätte es begrüßt, wenn sein Vorredner zumindest in einem Satz auf die unzureichende Beantwortung durch die Senatorin eingegangen wäre. – Das Thema Pandemie werde mit der Senatorin seit März 2020 diskutiert. Auf fast alle Fragen, die er bislang gestellt habe – sowohl im Gesundheits- als auch im Hauptausschuss –, sei ihm geantwortet worden, diese könnten nicht beantwortet werden. Er verbitte sich, dafür gemaßregelt zu werden, dass er solch ein Vorgehen nicht gutheiße.

Senatorin Dilek Kalayci (SenGPG) wiederholt, es gebe eine nationale Impfstrategie, die nicht sie entwickelt habe. Diese Strategie beinhalte zwei Phasen. In Phase 1 werde mit Impfzentren agiert, weil der Impfstoff nicht über das Regelsystem verimpft werden könne. Die Länder müssten die Impfzentren einrichten und betreiben. In der Vorlage werde dargelegt, wie genau dies umgesetzt werden solle. In Phase 2 würden die Impfzentren nicht mehr benötigt, sondern das Impfen werde über die Hausärzte und Apotheken abgewickelt. Bundesgesundheitsminister Spahn terminiere den Beginn dieser Phase auf Frühjahr/Frühsommer 2021. Die Länder hätten gefordert, so schnell wie möglich in das Regelsystem überzugehen.

Staatssekretär Frédéric Verrycken (SenFin) hat den Eindruck, dass es sich um eine umfangreiche Vorlage der Gesundheitsverwaltung handele. Im Jahr 2020 werde ein Ansatz gebildet, für das Jahr 2021 eine Verpflichtungsermächtigung – VE – beantragt. – Das Land Berlin handele an dieser Stelle nicht allein, sondern es gehe um einen bundesweiten Rahmen. Er begrüße es, dass die Gesundheitsverwaltung flexibel reagiere, schnell agiere und den Ausschuss frühzeitig beteilige. – Zudem gebe es auch in der Nachschiebeliste Ansätze für Impfzubehör, Teststellen und Schutzkleidung. Leider wisse niemand, wie sich die Situation in zwei oder drei Monaten darstelle. Es sei aber klar, dass der Ausschuss so früh wie möglich einbezogen werde. Die Vorlage basiere auf dem, was in der letzten Novemberwoche bundesweit vereinbart worden sei. Viel schneller hätte der Ausschuss kaum beteiligt werden können.

Dr. Kristin Brinker (AfD) bekundet, ihre Fraktion werde dem vertraulichen Schreiben rote Nr. 3298 nicht zustimmen, sondern sich enthalten. Grundsätzlich müssten Impfzentren zwar errichtet werden, sofern damit keine Impfpflicht verbunden sei. Mit den in der Vorlage genannten Standorten sei sie in einem Fall jedoch nicht einverstanden.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, die Berichte rote Nrn. 2926 Z, 2926 AE, 2926 AG, 2926 AZ, 3090, 2977, 2926 BW, 1875 D und 3227 B seien zur Kenntnis genommen. – Der

erbetene Bericht werde zur Sitzung am 20. Januar 2021 terminiert. Die CDU-Fraktion werde dazu noch schriftlich Fragen einreichen.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3298 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

2. NHG 20/21: Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum **Einzelplan 07, 09, 10, 11 und 29** [2926 CJ](#)
hier: lfd. Nr. 3 – Kapitel 0920 / Titel 67101: Haupt
Sperrvermerk

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag der AfD-Fraktion lfd. Nr. 3 aus der roten Nr. 2926 CJ ab.

2. NHG 20/21: Titel 67125 – Ersatz von Ausgaben der Messe Berlin

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2926 CX](#)
zum **Einzelplan 09** Haupt
hier: lfd. Nr. 5 – Kapitel 0920 / Titel 67125:
Ansatz 2021 (2. NHG): + 13,69 Mio. €
VE 2020 (2. NHG): + 13,69 Mio. €
(davon fällig in 2021: 13,69 Mio. €)
(Titelerläuterung)
- b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum **Einzelplan 07, 09, 10, 11 und 29** [2926 CJ](#)
hier: lfd. Nr. 4 – Kapitel 0920 / Titel 67125:
Ansatz 2020 (NHG 20/21): - 7 Mio. €
VE 2020 (NHG 20/21): - 3,5 Mio. €
(und Sperrvermerk)

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 5 aus der roten Nr. 2926 CX zu. Sodann lehnt er wiederum ohne Aussprache den Änderungsantrag der AfD-Fraktion lfd. Nr. 4 aus der roten Nr. 2926 CJ ab

2. NHG 20/21: Titel 89231 – Zuschüsse für Investitionen an Krankenhäuser nichtöffentlicher Träger zur Bewältigung der Corona-Krise

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum [2926 CJ](#)
Einzelplan 07, 09, 10, 11 und 29 Haupt
hier: lfd. Nr. 5 – Kapitel 0920 / Titel 89231:
Verbindliche Erläuterung

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag der AfD-Fraktion lfd. Nr. 5 aus der roten Nr. 2926 CJ ab.

Kapitel 0921 – Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin

Keine Wortmeldung.

Kapitel 0930 – Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung - Pflege

Neuer Titel – Schutzvorkehrungen in Pflegeeinrichtungen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum [2926 CY](#)
Einzelplan 05, 07, 08, 09, 10, 13, 27 und 29 Haupt
hier: lfd. Nr. 10: Kapitel 0930 / neuer Titel
Ansatz 2020 (neu): + 250.000 €
Ansatz 2021 (neu): + 750.000 €

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag der Fraktion der CDU lfd. Nr. 10 aus der roten 2926 CY ab.

Kapitel 0950 – Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung – Frauen und Gleichstellung –

Kapitel 2709 – Aufwendungen der Bezirke - Gesundheit, Pflege und Gleichstellung –

Jeweils ohne Wortmeldung.

Nachtrag für das Haushaltsjahr 2021

**Kapitel 0920 – Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung –
Gesundheit –**

HH 20/21: Titel 42811 – Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigte

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum **Einzelplan 05, 07, 08, 09, 10, 13, 27 und 29** [2926 CY](#)
hier: lfd. Nr. 8: Kapitel 0920 / Titel 42811
Ansatz 2021 (HH 20/21): + 7,63 Mio. €
(Titelerläuterung)

Haupt

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag der Fraktion der CDU lfd. Nr. 8 aus der roten 2926 CY ab.

**HH 20/21: Titel 89360 – Zuschüsse an Einrichtungen der Suchthilfe und -prävention
für Standardanpassungen (Investitionen)**

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum **Einzelplan 09** [2926 CX](#)
hier: lfd. Nr. 6 – Kapitel 0920 / Titel 89360:
Ansatz 2021 (2. NHG): + 980.000 €
VE 2020 (2. NHG): + 980.000 €
(davon fällig in 2021: 980.000 €)
(Titelerläuterung)

Haupt

Hinweis: Der Änderungsantrag lfd. Nr. 6 aus [2926 CX](#) ersetzt den Änderungsantrag lfd. Nr. 1 aus [2926 CE](#)

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 6 aus der roten 2926 CX zu.

Neuer Titel – Sicherheitsvorsorge Persönliche Schutzausrüstung

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum
Einzelplan 05, 07, 08, 09, 10, 13, 27 und 29
hier: lfd. Nr. 9: Kapitel 0920 / neuer Titel
Ansatz 2021 (neu): + 90 Mio. €
(Titelerläuterung und Deckungsvermerk)

[2926 CY](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag der Fraktion der CDU lfd. Nr. 9 aus der roten 2926 CY ab.

Nachschiebeliste - [2926 AT-3](#)

**Kapitel 0920 – Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung –
Gesundheit –**

Mitberaten wird:

Bericht SenGPG – Krisenstab – vom 21.10.2020
**Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes
2020/2021**

[2926 BV](#)
Haupt

**Beantwortung der Fragen der AfD-Fraktion zur
Nachschiebeliste**
hier: u.a. **Aufwendungen im Rahmen der
Notfallvorsorge, Zuschüsse an Unternehmen für
besondere Ausgaben und Zuschüsse für
Investitionen aus den Zukunftsprogramm
Krankenhäuser an Krankenhäuser nichtöffentlicher
Träger**
Einzelplan 09
(in der 80. Sitzung am 28.10.2020 zur Sitzung am
11.11.2020 zurückgestellt)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2926 BV ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 28101 – Ersatz von Ausgaben

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion
Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
zum **Einzelplan 09**

hier: lfd. Nr. 1 – Kapitel 0920 / Titel 28101:
Ansatz 2021 (NSL): + 100 Mio. €
(Titelerläuterung)

[2926 CX](#)
Haupt

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 1 aus der roten Nr. 2926 CX zu.

Titel 54004 – Aufwendungen im Rahmen der Notfallvorsorge

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion
Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
zum **Einzelplan 09**

hier: lfd. Nr. 2 – Kapitel 0920 / Titel 54004:
Ansatz 2020 (NSL): + 50 Mio. €
Ansatz 2021 (NSL): + 150 Mio. €
VE 2020 (NSL): + 150 Mio. €
(davon fällig in 2021: 150 Mio. €)
(Ergänzung der Titelerläuterung)

[2926 CX](#)
Haupt

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 2 aus der roten Nr. 2926 CX zu.

Titel 54010 – Dienstleistungen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion
Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
zum **Einzelplan 09**

hier: lfd. Nr. 3 – Kapitel 0920 / Titel 54010:
Ansatz 2020 (NSL): + 1.247 Mio. €
Ansatz 2021 (NSL): + 22.465.400 €
VE 2020 (NSL): + 22.465.400 €
(davon fällig in 2021: 22.465.400 €)
(Titelerläuterung)

[2926 CX](#)
Haupt

Torsten Hofer (SPD) beantragt, dass die Zahl 22 465 400 durch jeweils 22 466 000 Euro ersetzt werde.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend und stimmt sodann dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 3 aus der roten Nr. 2926 CX in der geänderten Fassung zu.

Titel 54012 – Ersatzvornahmen

Titel 63107 – Ersatz von Ausgaben an den Bund

Siehe jeweils Beschluss zur Nachschiebeliste rote Nr. 2926 AT-3 vor Kapitel 0300.

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2926 CX](#)
zum **Einzelplan 09**
hier: lfd. Nr. 4 – Kapitel 0920 / Titel 67101:
Ansatz 2021 (NSL): + 10 Mio. €
VE 2020 (NSL): + 10 Mio. €
(davon fällig in 2021: 10 Mio. €)
(Titelerläuterung)
- b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum [2926 CK](#)
Einzelplan 03, 05, 09, 11 und 29
hier: lfd. Nr. 5 – Kapitel 0920 / Titel 67101:
verbindliche Erläuterung/Sperrvermerk

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 4 aus der roten Nr. 2926 CX zu. Sodann lehnt er wiederum ohne Aussprache den Änderungsantrag der AfD-Fraktion lfd. Nr. 5 aus der roten Nr. 2926 CK ab.

Titel 67112 – Ersatz von Personalaufwendungen

Titel 68317 – Zuschüsse an Unternehmen für besondere Aufgaben

Titel 89131 – Zuschüsse für Investitionen an die Vivantes Netzwerk für Gesundheit

GmbH zur Bewältigung der Corona-Krise

Titel 89132 – Zuschüsse für Investitionen aus dem Zukunftsprogramm

Krankenhäuser an die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH

Titel 89231 – Zuschüsse für Investitionen an Krankenhäuser nichtöffentliche Träger
zur Bewältigung der Corona-Krise

Titel 89232 – Zuschüsse für Investitionen aus dem Zukunftsprogramm

Krankenhäuser an Krankenhäuser nichtöffentlicher Träger

Siehe jeweils Beschluss zur Nachschiebeliste rote Nr. 2926 AT-3 vor Kapitel 0300.

**Kapitel 0930 – Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung - Pflege
Titel 68317 – Zuschüsse an Unternehmen für besondere Aufgaben**

Mitberaten wird:

Bericht SenGPG – II C 2 – vom 12.10.2020 [2926 BE](#)
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes Haupt
2020/2021
Beantwortung der Fragen der AfD-Fraktion zur
Nachschiebeliste
hier: Auszahlung des Länderanteils
Einzelplan 09
(in der 80. Sitzung am 28.10.2020 zur Sitzung am
11.11.2020 zurückgestellt)

Der **Ausschuss** nimmt ohne Aussprache den Bericht rote Nr. 2926 BE zur Kenntnis.

**Kapitel 0950 – Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung –
Frauen und Gleichstellung –**

Titel 54010 – Dienstleistungen

Mitberaten wird:

Bericht SenGPG – III B 3 – vom 08.10.2020 [2926 BD](#)
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes Haupt
2020/2021
Beantwortung der Fragen der AfD-Fraktion zur
Nachschiebeliste
hier: Wissenschaftliche Studie zu den Auswirkungen
der Corona-Pandemie auf die soziale und
ökonomische Situation von Frauen in Berlin
Einzelplan 09
(in der 80. Sitzung am 28.10.2020 zur Sitzung am
11.11.2020 zurückgestellt)

Der **Ausschuss** nimmt ohne Aussprache den Bericht rote Nr. 2926 BD zur Kenntnis.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

Siehe Beschluss zur Nachschiebeliste rote Nr. 2926 AT-3 vor Kapitel 0300.

Kapitel 2709 – Aufwendungen der Bezirke - Gesundheit, Pflege und Gleichstellung -

Titel 42701 – Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter

Mitberaten wird:

Bericht SenGPG – Krisenstab – vom 11.11.2020 [2926 CA](#)
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes Haupt
2020/2021
Beantwortung der Fragen der AfD-Fraktion zur
Nachschiebeliste
hier: Amtshilfe durch die Bundeswehr
Einzelplan 27

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2926 CA ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 42811 – Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigte

Siehe Beschluss zur Nachschiebeliste rote Nr. 2926 AT-3 vor Kapitel 0300.

I. Einzelplan 10 – Bildung, Jugend und Familie

Zweiter Nachtrag für das Haushaltsjahr 2020

Kapitel 1000 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Politisch-Administrativer Bereich und Service –

Mitberaten wird:

Bericht SenBildJugFam – ZS B – vom 14.09.2020 [2926 AJ](#)
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes Haupt
2020/2021
Personal
Bundesbeteiligungen
Verwaltungsausgaben
Verfahren im Zusammenhang mit Anti-Corona-
Maßnahmen
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
Einzelplan 10
(in der 80. Sitzung am 28.10.2020 zur Sitzung am
11.11.2020 zurückgestellt)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2926 AJ ohne Aussprache zur Kenntnis.

HH 20/21: Titel 97203 – Pauschale Minderausgaben

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum **Einzelplan 10** [2926 CP](#)
Haupt
hier: lfd. Nr. 1 – Kapitel 1000 / Titel 97203:
Ansatz 2020 (HH 20/21): - 4,6 Mio. €

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 1 aus der roten Nr. 2926 CP zu.

**Kapitel 1010 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie –
Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende
Schulen; Lehrkräftebildung -**

Neuer Titel – Luftfilter

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum **Einzelplan 05, 07, 08, 09, 10, 13, 27 und 29** [2926 CY](#)
Haupt
hier: lfd. Nr. 11: Kapitel 1010 / neuer Titel
Ansatz 2020 (neu): + 54 Mio. €
(Titelerläuterung)

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag der Fraktion der CDU lfd. 11 aus der roten Nr. 2926 CY ab.

1. NHG 20: Titel 97101 – Pauschale Mehrausgaben

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum **Einzelplan 10 und 29** [2926 CB](#)
Haupt
hier: lfd. Nr. 2 – Kapitel 1010 / Titel 97101:
Ansatz 2020 (1. NHG): + 9,5 Mio. €
(und Titelerläuterung)

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag der Fraktion der FDP lfd. Nr. 2 aus der roten Nr. 2926 CB ab.

Kapitel 1011 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Schulische Berufliche Bildung –

Keine Wortmeldung.

Kapitel 1012 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden, beruflichen und zentral verwalteten Schulen -

Mitberaten wird:

- a) Bericht SenBildJugFam – ZS B – vom 28.08.2020 3086
Veranschlagungssystematik zur Beschaffung mobiler Endgeräte
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020) Haupt
- b) Bericht SenBildJugFam – I D 3 – vom 15.09.2020 2973 A
Anschlussbericht zu „DigitalPakt Schule 2019 bis 2024“
(Berichtsauftrag aus der 77. Sitzung vom 26.08.2020) Haupt
- c) Bericht SenBildJugFam – I D 3 – vom 08.09.2020 3120
Breitbandanbindung der allgemeinbildenden Schulen -Zeitplan der Ausschreibung-
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020) Haupt
- d) Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Bericht SenBildJugFam – I D 3 – vom 17.09.2020 2735 E-1
Beantwortung der Nachfragen zu eGovernment@School und DigitalPakt
(im Nachgang zur 79. Sitzung) Haupt
- e) Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Schreiben SenBildJugFam – I D 3 – vom 17.09.2020 2735 F-1
Umsetzung des Programms „Schule in der digitalen Welt“ im Rahmen der Vorhaben eGovernment@School und eEducation Berlin
1. Kenntnisnahme des Berichts
2. Antrag zur Aufhebung einer qualifizierten Sperre bei Kapitel 1010, Titel 97101
(im Nachgang zur 79. Sitzung) Haupt

- f) Bericht Senat von Berlin – SenBildJugFam I D 3 – vom 22.09.2020 [3147](#)
Umsetzungsstand des Digitalpaktes
gemäß Auflage B. 59 b) – Drucksache 18/2400 zum Haushalt 2020/21
Haupt
- g) Bericht Senat von Berlin – SenBildJugFam I eGov – vom 29.09.2020 [3147 A](#)
Entwicklung eines einheitlichen IT-Systems für die Berliner Schulen
gemäß Auflage B. 59 a) – Drucksache 18/2400 zum Haushalt 2020/21
Haupt
- h) Bericht SenBildJugFam – I D 3 – vom 15.09.2020 [2926 AS](#)
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2020/2021
Beantwortung der Fragen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
Einzelplan 10
Haupt
- i) Bericht SenBildJugFam – I D 3 – vom 21.10.2020 [2926 BX](#)
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2020/2021
Beantwortung der Fragen der AfD-Fraktion und der Fraktion der FDP zur Nachschiebeliste sowie Beantwortung der Fragen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
hier: eGovernment@School und DigitalPakt
(Berichtsaufträge aus der 79. Sitzung vom 23.09.2020)
Einzelplan 10
Haupt
- j) Bericht SenBildJugFam – I A 3.1 – vom 15.09.2020 [2810 BA](#)
Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2020 (NHG 20) und Corona Pandemie
Beantwortung der Fragen der Fraktion der CDU und der AfD-Fraktion
(Berichtsauftrag aus der 73. Sitzung vom 22.04.2020)
Einzelplan 10
Haupt
- k) Bericht SenBildJugFam – II BfdH – vom 15.09.2020 [2926 AR](#)
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2020/2021
Sommerschulen und Lernbrücken
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
Einzelplan 10
Haupt

- 1) Bericht Berliner Beauftragte für Datenschutz und
Informationsfreiheit vom 23.09.2020 [2735 G](#)
Haupt
- Einschätzung zur Notwendigkeit von Datenschutz
und IT-Sicherheit im Bereich Digitalisierung und
Schule**
- (Berichtsauftrag aus der 77. Sitzung vom 26.08.2020)

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) widmet sich dem Thema Breitbandanbindung der allgemeinbildenden Schulen – rote Nr. 3120 –, wozu sie um ein Update bitte, was hinsichtlich der für September 2021 avisierten Vergabe im Zusammenhang mit der Ausschreibung mittlerweile geschehen sei. – Im Zusammenhang mit dem Umsetzungsstand Digitalpakt – rote Nr. 3147 – bitte sie um Auskunft, in welchem Umfang Anträge von Schulen in freier Trägerschaft gestellt und bewilligt worden seien.

Dr. Kristin Brinker (AfD) wirft die Frage auf, weshalb mit der Vorbereitung für die Ausschreibung der Breitbandanbindung der Schulen erst so spät begonnen worden sei. Das Thema sei bereits seit Längerem evident. Darüber hinaus wolle sie wissen, ob eine Mietlösung von Glasfaseranbindung bei Telekommunikationsgesellschaften geplant werde oder ob eine eigene Glasfaserstruktur verlegt werden solle. Solle die Vergabe an einen Bieter erfolgen oder solle die Versorgung in mehrere Lose aufgeteilt werden? Sei es möglich, den Ausschreibungstext im Datenraum zu hinterlegen?

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) trägt vor, zur Thematik Breitbandanbindung der Schulen habe die Kick-off-Veranstaltung am 30. Juli dieses Jahres stattgefunden. Im Vorfeld habe es ein einjähriges Workshopverfahren mit dem ITDZ gegeben. Ursprünglich sei man davon ausgegangen, dass man sich auf einen bereits vorhandenen Rahmenvertrag stützen könne. Dies funktioniere jedoch nicht. Nunmehr müsse der Ausschreibungsservice des ITDZ genutzt werden. Der Vertrag mit dem ITDZ sei unterschrieben und man gehe davon aus, dass die Ausschreibung spätestens im April 2021 erfolge, die Zuschlagserteilung im September 2021.

Beim Digitalpakt liege der Mittelabruf durch die freien Schulen bei 1 Mio. Euro, die allgemeinbildenden Schulen hätten mittlerweile 22 Mio. Euro abgerufen. Es würden weitere Workshopverfahren sowie ein weiterer Digitalpaktgipfel durchgeführt werden, damit ein schnellerer Mittelabruf gewährleistet werden könne.

Ob eine Mietleitung genutzt werde, werde vom Carrier abhängen, den das ITDZ nach der Ausschreibung vorschlage. Man habe sich noch nicht auf die Anzahl verständigt, aber die Ausschreibung werde in verschiedenen Losen erfolgen.

Stefanie Remlinger (GRÜNE) kündigt an, dass ihre Fraktion bis Freitag, dem 4. Dezember, noch Fragen beim Ausschussbüro einreichen werde. – Werde es klare Anforderungen in der Ausschreibung in Hinblick darauf geben, mit den Ressourcen des ITDZ bzw. dem Landesnetz zu arbeiten? Aus ihrer Sicht sollte der Aspekt, wem die Netze gehörten, nicht unter dem Gesichtspunkt des billigsten Angebots betrachtet werden, sondern unter den Anforderungen die es hinsichtlich des Zielsystems gebe. Wäre es möglich, den Ausschreibungstext vor Veröffentlichung zu beraten, um überprüfen zu können, ob er eine langfristig wirtschaftliche Perspektive beinhaltet?

Steffen Zillich (LINKE) merkt an, auch seine Fraktion werde noch Fragen beim Ausschussbüro einreichen, die sich inhaltlich vor allem dem Aspekt Digitalisierung und Schulsanierung widmeten.

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) erklärt, es werde vom Carrier abhängen, ob es zu einem Mietkauf komme oder nicht. Derzeit könne sie das nicht beantworten. Sie wissen auch nicht, was das ITDZ diesbezüglich festgelegt habe. Sie werde sich beim ITDZ sachkündig machen und die Antwort nachreichen.

Anja Tempelhoff (SenBildJugFam) ergänzt, dem ITDZ seien die pädagogischen Anforderungen zur Verfügung gestellt worden. Es hätten zwei Workshoptermine stattgefunden. Das ITDZ formuliere in Zusammenarbeit mit SenBildJugFam die pädagogischen Anforderungen in technische um, sodass diese in die Ausschreibungsunterlagen eingehen könnten.

Stefanie Remlinger (GRÜNE) bekundet, aus Sicht ihrer Fraktion sollte es nicht dem Carrier überlassen werden, sich seine Bedingungen selbst auszusuchen. Vielmehr sollte es in der Ausschreibung klare Vorgaben geben, wie die, dass Leitungen und Daten dem Land Berlin gehörten. Es sollten mithin nicht nur pädagogische Anforderungen formuliert werden. Könne man sich darauf vor Veröffentlichung der Ausschreibung anhand der Unterlagen verständigen?

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) betont, die Daten seien personengebunden und würden nicht abgegeben. Es solle die Breitbandanbindung ausgeschrieben werden; mithin gehe es um die Frage, wer die Kabel verlege. Es gehe nicht um Lernmanagement-Software, bei der man sich fragen müsse, ob der Server in Deutschland oder Amerika stehe. – Sie bitte um Nachsicht, dass sie sich mit dem ITDZ abstimmen müsse, wann die Ausschreibungsunterlagen dem Ausschuss vorgelegt werden könnten. – [Zuruf] – Es finde eine rechtliche Beratung durch das ITDZ statt, weil dieses über die entsprechende Expertise verfüge.

Torsten Schneider (SPD) erklärt, der Hauptausschuss habe den politischen Wunsch, vor einer Ausschreibung, die Verbindlichkeiten auslöse, über die Ausschreibungskriterien zu reden und sie vorher zu sehen. Wenn das nicht gehen sollte, werde es gangbar gemacht. Alle Beteiligten gehörten dem Land Berlin. Er bitte um eine entsprechende Zusage des Senats.

Vorsitzende Franziska Becker fragt, ob der Haushaltsgesetzgeber von der Zusage ausgehen könne.

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) wiederholt, es werde eine Kabelverlegung ausgeschrieben. Es könne gern die Ausschreibung vorgelegt werden, sobald das ITDZ mit dem Ausschreibungsservice fertig sei, wobei sie an alle appelliere, dass es möglichst nicht zu Zeitverzögerungen kommen sollte.

Torsten Schneider (SPD) unterstreicht, es gehe nicht darum, die Ausschreibung zur Verfügung gestellt zu bekommen, die man sich im Zweifel aus dem Europäischen Amtsblatt auch selbst besorgen könne. Der Ausschuss wolle sie sehen und darüber politisch befinden, bevor sie veröffentlicht werde. Dies gelte nicht allein für diese Ausschreibung, sondern generell.

Stefanie Remlinger (GRÜNE) bringt ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass nicht nur Kabel verlegt würden. Sie verstehe unter Carrier Versatel oder ähnliche Anbieter, aber nicht eine Baufirma. Eine Baufirma komme ins Spiel, wenn das ITDZ seine Rahmenverträge nutzte. Wenn aber ein anderer Weg gegangen werde, würde ein anderes Telekommunikationssystem genutzt, wo es dann auch um Datenschutz und die Frage gehe, wem die Daten gehörten. All diese Aspekte müssten dann auch vertraglich gelöst werden.

Vorsitzende Franziska Becker stellt fest, dass die Berichte rote Nrn. 3086, 2973 A, 3120, 2735 E-1, 2735 F-1, 3147, 3147 A, 2926 AS, 2926 BX, 2810 BA, 2926 AR und 2735 G zur Kenntnis genommen seien.

HH 20/21: Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum
Einzelplan 05, 07, 08, 09, 10, 13, 27 und 29
hier: lfd. Nr. 13: Kapitel 1012 / Titel 51185
Ansatz 2020 (HH 20/21): + 6 Mio. €
Ansatz 2021 (HH 20/21): + 12 Mio. €
(Auflage s. III.)

[2926 CY](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag der Fraktion der CDU lfd. 13 aus der roten Nr. 2926 CY ab.

Kapitel 1019 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Integrierte Sekundarschulen und Gemeinschaftsschulen –

Keine Wortmeldung.

Kapitel 1021 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Berufsbildende Schulen –

Mitberaten wird:

Bericht SenBildJugFam – IV C 1 – vom 15.09.2020
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2020/2021
Ausbildung
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
Einzelplan 10
(in der 80. Sitzung am 28.10.2020 zur Sitzung am 11.11.2020 zurückgestellt)

[2926 AL](#)
Haupt

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bezieht sich auf den Umstand, dass für das Ausbildungsjahr 2020/2021 zusätzlich 1 200 vollschulische Ausbildungsplätze an Berufsfachschulen zur Verfügung gestellt worden seien, weil das Platzangebot in der dualen Ausbildung zurückgegangen sei. Sei es gelungen, diese Stellen zu besetzen?

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) bestätigt, dass 1 200 vollschulische Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt worden seien, weil sich abgezeichnet habe, dass 15 Prozent weniger Ausbildungsstellen im dualen System zur Verfügung stehen würden. Es gebe in allen Bildungsgängen Plätze, die für Altbewerber zur Verfügung stehen könnten. Die Wirtschaftspartner sähen momentan jedoch keinen sprunghaften Anstieg der Inanspruchnahme bis zum Februar 2021 voraus. Die Senatsverwaltung wolle aber jederzeit einen flexiblen Einstieg sicherstellen. Man wisse nicht, wann die Jugendlichen auf dieses Angebot zurückgriffen, man wisse nur, dass es unversorgte Jugendliche gebe.

Auf die Frage von **Dr. Manuela Schmidt** (LINKE), ob die Plätze besetzt seien und wenn nicht, ob sie dann fachlich angepasst würden, antwortet **Staatssekretärin Beate Stoffers** (SenBildJugFam), dass die Plätze derzeit nicht besetzt seien. Es werde allerdings erwartet, dass sie besetzt würden, wobei sie nicht sagen könne, wann dies der Fall sein werde.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) geht davon aus, dass es ein Missverständnis gebe. Sie habe nicht nach den dualen Ausbildungsplätzen, sondern den vollschulischen gefragt. Ihre Fraktion werde dazu schriftliche Fragen einreichen.

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) unterstreicht, dass auch sie von den vollschulischen Ausbildungsplätzen gesprochen habe. Von den 1 200 Plätzen seien nur 100 besetzt worden.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2926 AL zur Kenntnis.

Kapitel 1023 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Staatliche Ballettschule und Schule für Artistik –

Kapitel 1024 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Zentral verwaltete Schulen –

Jeweils ohne Wortmeldung.

Kapitel 1040 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Familie und frühkindliche Bildung –

Mitberaten wird:

Bericht SenBildJugFam – V A – vom 14.09.2020 [2926 AK](#)
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes Haupt
2020/2021
Schutzmittelbedarf / Konjunkturpaket des Bundes /
"Solidarbeitrag" der Kitaträger
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
Einzelplan 10

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2926 AK ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 1042 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Jugend und Kinderschutz –

Mitberaten wird:

Bericht SenBildJugFam – III C 3 – vom 14.09.2020 [2926 AI](#)
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes Haupt
2020/2021
Beantwortung der Fragen der Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
Einzelplan 10

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2926 AI ohne Aussprache zur Kenntnis.

HH 20/21: Neuer Titel – Entschädigungszahlungen für die Opfer des Berliner Päderastie-Skandals

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum [2926 CJ](#)
Einzelplan 07, 09, 10, 11 und 29
hier: lfd. Nr. 7 – Kapitel 1042 / neuer Titel als Haupt
Platzhalter für Entschädigungszahlungen

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag der AfD-Fraktion lfd. Nr. 7 aus der roten Nr. 2926 CJ ab.

Kapitel 1051 – Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg

Keine Wortmeldung.

Nachtrag für das Haushaltsjahr 2021

Kapitel 1000 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Politisch-Administrativer Bereich und Service –

HH 20/21: Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion [2926 CP](#)
Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Haupt
zum **Einzelplan 10**
hier: lfd. Nr. 1a – Kapitel 1000 / Titel 51185:
VE 2021 (HH 20/21): + 388.000 € (davon fällig in
2021: 388.000 €)
(verbindliche Erläuterung und qualifizierter Sperrver-
merk)

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 1a aus der roten Nr. 2926 CP zu.

**Kapitel 1010 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Grundsatz-
angelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen;
Lehrkräftebildung -**

HH 20/21: Titel 42701 – Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion [2926 CP](#)
Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Haupt
zum **Einzelplan 10**
hier: lfd. Nr. 2 – Kapitel 1010 / Titel 42701:
Ansatz 2021 (HH 20/21): - 66.000 € (Teilansatz 16)

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 2 aus der roten Nr. 2926 CP zu.

HH 20/21: Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigte

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum **Einzelplan 10** [2926 CP](#)
hier: lfd. Nr. 3 – Kapitel 1010 / Titel 42801:
Ansatz 2021 (HH 20/21): + 66.000 €
Stellenplan: + 1,000 Beschäftigte/r E12
Haupt

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 3 aus der roten Nr. 2926 CP zu.

Neuer Titel 51479 – Allgemeine Verbrauchsmittel

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum **Einzelplan 05, 07, 08, 09, 10, 13, 27 und 29** [2926 CY](#)
hier: lfd. Nr. 12: Kapitel 1010 / Titel 51479
Ansatz 2021 (neu): + 10 Mio. €
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag der Fraktion der CDU lfd. Nr. 12 aus der roten Nr. 2926 CY ab.

HH 20/21: Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum **Einzelplan 07, 09, 10, 11 und 29** [2926 CJ](#)
hier: lfd. Nr. 6 – Kapitel 1010 / Titel 68569:
Ansatz 2021 (HH 20/21): - 2.195.890 €
(und Änderung der Titelerläuterung)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag der AfD-Fraktion lfd. Nr. 6 aus der roten Nr. 2926 CJ ab.

Kapitel 1012 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden, beruflichen und zentral verwalteten Schulen -

HH 20/21: Titel 53481 – Sachausgaben zur Unterstützung von Schulen im Rahmen der Berlin-Challenge

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum **Einzelplan 10** hier: lfd. Nr. 4 – Kapitel 1012 / Titel 53481:
Ansatz 2021 (HH 20/21): + 5 Mio. €
(qualifizierter Sperrvermerk für 2020 und 2021)

[2926 CP](#)

Haupt

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 4 aus der roten Nr. 2926 CP zu.

Kapitel 1015 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Grundschulen -

HH 20/21: Titel 68507 – Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum **Einzelplan 10** hier: lfd. Nr. 5 – Kapitel 1015 / Titel 68507:
Ansatz 2021 (HH 20/21): + 500.000 €
(verbindliche Erläuterung)

[2926 CP](#)

Haupt

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 5 aus der roten Nr. 2926 CP zu.

Kapitel 1021 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Berufsbildende Schulen -

Keine Wortmeldung.

Kapitel 1040 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Familie und frühkindliche Bildung –

HH 20/21: Titel 89370 – Zuschüsse für Investitionen an Träger im Rahmen des Kita-Ausbauprogramms

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum **Einzelplan 10** hier: lfd. Nr. 6 – Kapitel 1040 / Titel 89370:
VE 2021 (HH 20/21): + 15 Mio. € (fällig in 2022: 15 Mio. €)
(qualifizierter Sperrvermerk)

[2926 CP](#)

Haupt

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 6 aus der roten Nr. 2926 CP zu.

Zweiter Nachtrag 2020 und Nachtrag 2021 – Stellenplan 2020/2021

Kapitel 1021 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Berufsbildende Schulen -

Keine Wortmeldung.

Nachschiebeliste - [2926 AT-3](#)

Kapitel 1012 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden, beruflichen und zentral verwalteten Schulen –

**Titel 33401 – Zuweisungen für Investitionen von Sondervermögen des Bundes
Titel 52536 – Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**

Siehe jeweils Beschluss zur Nachschiebeliste rote Nr. 2926 AT-3 vor Kapitel 0300.

Titel 81228 – Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum
Einzelplan 10 und 29
hier: lfd. Nr. 1 – Kapitel 1012 / Titel 81228:
Ansatz 2021 (NSL): + 12 Mio. €
(und Titelerläuterung)

2926 CB
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag der Fraktion der FDP lfd. Nr. 1 aus der roten Nr. 2926 CB ab.

Kapitel 1040 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Familie und frühkindliche Bildung –

Titel 33493 – Zuweisungen für Investitionen von Sondervermögen des Bundes zum Ausbau der Kinderbetreuung
Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben
Titel 89393 – Zuschüsse für Investitionen an Träger zum Ausbau der Kinderbetreuung

Siehe jeweils Beschluss zur Nachschiebeliste rote Nr. 2926 AT-3 vor Kapitel 0300.

An dieser Stelle werden beraten:

Bildung, Jugend und Familie – 10

Punkt 32 der Tagesordnung

Schreiben SenBildJugFam – II A Sp – vom 18.11.2020 3266
Neubau eines Nachwuchsleistungszentrums (NLZ) Haupt
für den 1. FC Union Berlin e.V.
Antrag zur Aufhebung einer Sperre
gemäß § 7 Haushaltsgesetz 2020/2021 in Verbindung
mit § 24 Abs. 3 LHO und Auflage A. 8 und A. 17 –
Drucksache 18/2400 zum Haushalt 2020/2021

Philipp Bertram (LINKE) bezieht sich auf die Aussage in dem Bericht, dass eine Schadstoffbeseitigung vorgenommen werden müsse, deren Kosten vom Land Berlin getragen würden. Sehe er es richtig, dass der vom Land Berlin zugesagte und gedeckelte Betrag in Höhe von 8,8 Mio. Euro gleichwohl Bestand habe? – Noch zu regelnde Fragen mit anderen Nutzern des Grundstücks sollten im Rahmen eines Erbbaurechtsvertrages geklärt werden. Wie sehe diesbezüglich der aktuelle Stand aus und wann werde der Vertrag vorgelegt werden? – Darüber hinaus bitte er um einen Folgebericht zur Frage 2. Bauabschnitt. Den Bericht erbitte er zum Ende des 1. Quartals 2021.

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) bestätigt, dass es bei dem gedeckelten Betrag von 8,8 Mio. Euro bleibe. Die Beurkundung des Erbbaurechtsvertrages werde noch in diesem Monat stattfinden, anschließend werde der Vertrag dem Parlament vorgelegt. – Den erbetenen Bericht über den 2. Bauabschnitt sage sie zu.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass der Bericht zur Sitzung am 17. März 2021 vorgelegt werde.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3266 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 33 der Tagesordnung

Schreiben SenBildJugFam – V A 11 – vom 11.11.2020 [3248](#)
Neubau einer Kita Rathausstr. 84 in 12105 Berlin Haupt
1. Antrag zur Aufhebung einer Sperre
2. Zustimmung zu Planänderungen und Erhöhung der Gesamtkosten
gemäß § 7 Haushaltsgesetz 2020/2021 in Verbindung mit § 24 Abs. 3 LHO, § 24 Abs. 5 Satz 2 LHO und Auflage A. 17 – Drucksache 18/2400 zum Haushalt 2020/2021

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Schreiben rote Nr. 3248 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Fortsetzung Tagesordnungspunkt 19:

J. Einzelplan 11 – Integration, Arbeit und Soziales

Zweiter Nachtrag für das Haushaltsjahr 2020

Mitberaten wird:

Bericht SenIAS – IntMig PersRef – vom 23.11.2020
**Informations- und Betreuungsangebote für
Menschen mit Migrationshintergrund, um Corona-
Schutzmaßnahmen zu informieren**
(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 11.11.2020)

[3227 A](#)

Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 3227 A ohne Aussprache zur Kenntnis.

**Kapitel 1140 – Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales - Arbeit und
Berufliche Bildung –**

Mitberaten wird:

Bericht SenIAS – II C 33 – vom 11.09.2020
**Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes
2020/2021**
Wirtschaftsförderung (Grenzpendlerförderung)
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
(in der 80. Sitzung am 28.10.2020 zur Sitzung am
11.11.2020 zurückgestellt)

[2926 AN](#)

Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2926 AN ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 1150 – Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales - Soziales –

Mitberaten wird:

- a) Bericht SenIAS – III C 3.3 – vom 14.09.2020
**Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes
2020/2021**
**Modellprojekte zur Überwindung von
Obdachlosigkeit und ihrer Folgen**
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
Einzelplan 11
(in der 80. Sitzung am 28.10.2020 zur Sitzung am
11.11.2020 zurückgestellt)

[2926 AF](#)

Haupt

- b) Bericht SenIAS – III C 3.3 – vom 10.11.2020
Schnellstmögliche Einrichtung einer „Obdachlosen Taskforce“ zur Eindämmung der SARS-CoV-2 Pandemie für obdachlose Menschen in der Stadt
(Berichtsauftrag aus der 78. Sitzung vom 09.09.2020)

[2799 C](#)
Haupt

Stefan Ziller (GRÜNE) bezieht sich auf die Aussage in den Berichten, dass auch im kommenden Jahr die Modellprojekte nicht stattfänden, weil die dafür vorgesehenen Summen für andere Zwecke benötigt würden. Die Koalitionsfraktionen wollten aber für Obdachlose weiteres Geld bereitstellen und hätten einen entsprechenden Änderungsantrag eingebracht. Ändere dies etwas? Könnte dadurch zumindest ein Teil der Modellprojekte doch realisiert werden?

Die Tagessätze für die Kältehilfe und die Unterbringungsangebote während des Sommers seien sehr hoch. Was könne die Senatsverwaltung unternehmen, um die Bezirksämter dazu zu bewegen, die Menschen nach ASOG und damit günstiger unterzubringen? – Zudem bitte er um einen Bericht zum Ende der Kältehilfesaison, in dem insgesamt die Kosten für die Kältehilfe dargestellt werden sollten, gern auch mit einem Vergleich, was Unterbringungen nach ASOG gekostet hätten. ASOG-Unterbringungen böten den Vorteil, dass sich Menschen dort auch tagsüber aufhalten könnten.

Senatorin Elke Breitenbach (SenIAS) gibt zu bedenken, dass ihr Einfluss auf die Bezirke ausgesprochen begrenzt sei. Sie könne lediglich Vorschläge und Bitten unterbreiten. Sie habe auch an der vorletzten Telefonkonferenz der zuständigen Stadträte und Stadträtinnen teilgenommen, in der es auch um die Kosten der Kältehilfe gegangen sei. Sie habe darauf hingewiesen, dass es fiskalisch wesentlich günstiger wäre, eine Unterbringung nach ASOG vorzunehmen. Im Rahmen der Kältehilfe gebe es lediglich eine Übernachtung und ein Frühstück, anschließend müssten die Menschen wieder auf die Straße; die Unterbringung nach ASOG erstrecke sich über den ganzen Tag. Zudem könnten sie beraten und unterstützt werden. Die Stadträte hätten geäußert, sie wollten über den Vorschlag nachdenken.

Momentan scheitere die Unterbringung nach ASOG nicht an den Plätzen, sondern daran, dass sie in den Vorstellungen der Bezirke nicht vorkämen, ganz abgesehen davon, dass eine solche Unterbringung auch auf Widerstand bei den obdachlosen Personen stoße, wenn sie bereits seit Jahren auf der Straße lebten. Dennoch bleibe sie bei ihrer Auffassung, dass eine Unterbringung nach ASOG eine Win-win-Situation wäre.

Die erbetene Auflistung über die Kosten der Kältehilfe liefere sie gern, allerdings müssten dafür die Bezirke zuliefern. Sie gehe davon aus, dass auch die Kosten für die jetzt entstehenden 24/7-Unterkünfte berichtet werden sollten. Sollten auch die Kosten für die Quarantäneunterkunft berichtet werden? Sie weise vorsorglich darauf hin, dass eine solche Auflistung die entsprechenden Angebote und Summen aus dem Einzelplan 09 nicht beinhalte.

Zu den Modellprojekten: Wenn sie wüsste, wann die Pandemie vorbei sei, könnte sie sagen, wann sie Aussagen machen könne. Sie könne berichten, dass die eine Quarantänestation nicht ausreiche, die Platzzahl werde jetzt ausgeweitet. Momentan könne sie nicht sagen, ob eine weitere Quarantänestation benötigt werde. Unter Pandemiebedingungen halte sie die Umsetzung des Projektes Safe Places für keine gute Idee. Die Debatte darüber sollte jedoch im Fachausschuss geführt werden.

Stefan Ziller (GRÜNE) bittet darum, dass zur Januarsitzung berichtet werde, welche Ergebnisse die Denkprozesse in den Bezirksämtern zum Thema Unterbringung nach ASOG gehabt hätten. – Die Einschätzung zum Modellprojekt Safe Places teile er. Das Projekt Häuser der Hilfe habe aus seiner Sicht jedoch einen langfristigen Charakter. Er hoffe, dass durch die zusätzlichen 5 Mio. Euro für die Obdachlosenhilfe bei den Modellprojekten Spielräume entstünden. Er erbitte eine Prüfung.

Senatorin Elke Breitenbach (SenIAS) sagt zu, dass sie eine Prüfung vornehmen werde. Sie habe ein ernsthaftes Interesse daran, in der Sache weiterzukommen.

Philipp Bertram (LINKE) fragt, zu welchem Zeitpunkt der erbetene Bericht über die Kosten der Kältehilfe vorgelegt werden könne. Welcher Abrechnungszeitraum solle erfasst werden?

Senatorin Elke Breitenbach (SenIAS) erklärt, es wäre sinnvoll, das Ende der Kältehilfe abzuwarten, weil dann klar sei, welche Kosten entstanden und wie viele Plätze besetzt gewesen seien. Gleichermaßen gelte für die 24/7-Unterkünfte. Sie könne sich vorstellen, die Zahlen Ende Mai zu berichten.

Vorsitzende Franziska Becker regt an, die beiden Berichtstermine sollten synchronisiert werden.

Stefan Ziller (GRÜNE) unterstreicht, der Bericht über Unterbringungen nach ASOG solle im Januar oder Februar 2021 vorgelegt werden, weil es dabei um diesen Winter gehe und nicht um eine Grundsatzfrage. Über die Grundsatzfrage könne im Sommer debattiert werden.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass die erbetenen Bericht zugesagt und die Berichte rote Nrn. 2926 AF und 2799 C zur Kenntnis genommen seien.

Kapitel 1160 – Landesamt für Gesundheit und Soziales - Leitung der Behörde und Service –

Kapitel 1170 – Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten - Leitung der Behörde und Service –

Jeweils ohne Wortmeldung.

Kapitel 1171 – Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten - Zentrale Aufnahmeeinrichtung und Leistungsstelle für Asylberwerberinnen / Asylbewerber

2. NHG 20/21: Titel 67159 – Unterbringung als Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII und AsylbLG

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum **Einzelplan 07, 09, 10, 11 und 29** [2926 CJ](#)
hier: lfd. Nr. 8 – Kapitel 1171 / Titel 67159
Ansatz 2020 (2. NHG 20/21): Streichung der
Ansatzerhöhung
(verbindliche Erläuterung und Sperrvermerk)

Haupt

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag der AfD-Fraktion lfd. Nr. 8 aus der roten Nr. 2926 CJ ab.

Mitberaten wird:

Bericht SenIAS/LAF – ZS D 11 – vom 09.09.2020 [2926 T](#)
Unterbringung als Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII und AsylbLG – Kostenveränderungen infolge der Coronakrise
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
(in der 80. Sitzung am 28.10.2020 zur Sitzung am 11.11.2020 zurückgestellt)

Haupt

Der **Ausschuss** nimmt ohne Aussprache den Bericht rote Nr. 2926 T zur Kenntnis.

Kapitel 1172 – Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten - Berliner Unterbringungsleitstelle –

Mitberaten wird:

- a) Bericht SenIAS/LAF – ZS D 11 – vom 09.09.2020 [2926 X](#)
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2020/2021
Ausstattung von Gemeinschaftsunterkünften (GU und AE) mit WLAN bzw. die Verbesserung der WLAN-Ausstattung
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
Einzelplan 11

- b) Bericht SenIAS/LAF – ZS D 11 – vom 09.09.2020 [2926 Y](#)
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes
2020/2021
Tempohome-Standorte
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
Einzelplan 11
- c) Bericht SenIAS/LAF – ZS D 11 – vom 15.09.2020 [2926 AM](#)
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes
2020/2021
Rückbau von Tempohomes
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
Einzelplan 11
(a) bis c) in der 80. Sitzung am 28.10.2020 zur Sitzung
am 11.11.2020 zurückgestellt)

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte rote Nrn. 2926 X, 2926 Y und 2926 AM ohne Aussprache
zur Kenntnis.

Kapitel 2711 – Aufwendungen der Bezirke - Integration, Arbeit und Soziales –

2. NHG 20/21: Titel 54010 – Dienstleistungen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum
Einzelplan 05, 07, 08, 09, 10, 13, 27 und 29 [2926 CY](#)
hier: lfd. Nr. 18: Kapitel 2711 / Titel 54010
Ansatz 2020 (2. NHG 20/21): + 1,24 Mio. €
Ansatz 2021 (2. NHG 20/21): + 7,5 Mio. €
(Titelerläuterung; Auflage s. III.)

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag der Fraktion der CDU lfd.
Nr. 18 aus der roten Nr. 2926 CY ab.

Nachtrag für das Haushaltsjahr 2021

**Kapitel 1120 – Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales –
Beauftragte/Beauftragter für Integration und Migration –**

HH 20/21: Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion [2926 CF](#)
Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Haupt
zum **Einzelplan 11**
hier: lfd. Nr. 1 – Kapitel 1120 / Titel 68406:
Ansatz 2021 (HH 20/21): + 896.000 € [*neuer Ansatz 2021: 16,487 Mio. €*]
(und Ergänzung der Titelerläuterung Tz 2)

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 1 aus der roten Nr. 2926 CF zu.

Stefan Ziller (GRÜNE) bittet darum, dass im Frühjahr berichtet werde, ob die Projekte langfristig gesichert werden könnten, weil die Mittel aus dem Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen in Deutschland – EHAP – dann entfielen. Zudem solle berichtet werden, wie die zusätzlichen Mittel verwandt würden. Welche Träger würden mit Hilfe der Mittel gerettet?

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass der erbetene Bericht zur Sitzung am 26. Mai 2021 vorgelegt werde.

Kapitel 1172 – Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten - Berliner Unterbringungsleitstelle -

HH 20/21: Titel 81279 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion [2926 CV](#)
Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Haupt
zum **Einzelplan 11**
hier: lfd. Nr. 1 – Kapitel 1172 / Titel 81279:
Ansatz 2021 (HH 20/21): + 530.000 €

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 1 aus der roten Nr. 2926 CV zu.

Nachschiebeliste - [2926 AT-3](#)

Kapitel 1140 – Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales - Arbeit und Berufliche Bildung –

Titel 68307 – Wirtschaftsförderung

Siehe Beschluss zur Nachschiebeliste rote Nr. 2926 AT-3 vor Kapitel 0300.

Titel 68333 – Zuschüsse zur Förderung der Berufsausbildung

Mitberaten wird:

Bericht SenIAS – II D 3 – vom 13.10.2020 [2926 BF](#)
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes Haupt
2020/2021
Beantwortung der Fragen der AfD-Fraktion zur
Nachschiebeliste
hier: Zuschüsse zur Förderung der
Berufsausbildung
Einzelplan 11
(in der 80. Sitzung am 28.10.2020 zur Sitzung am
11.11.2020 zurückgestellt)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2926 BF ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 1150 – Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales - Soziales –

Titel 23190 – Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke
Titel 63115 – Ersatz von Ausgaben an den Bund für Aufwendungen aus den Sonder- und Zusatzversorgungssystemen der früheren DDR

Siehe jeweils Beschluss zur Nachschiebeliste rote Nr. 2926 AT-3 vor Kapitel 0300.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion [2926 CV](#)
Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Haupt
zum **Einzelplan 11**
hier: lfd. Nr. 2 – Kapitel 1150 / Titel 68406:
Ansatz 2021 (HH 20/21): + 284.000 €
(Ergänzung der Titelerläuterung)

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 2 aus der roten Nr. 2926 CV zu.

Titel 68490 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus zweckgebundenen Einnahmen

Siehe Beschluss zur Nachschiebeliste rote Nr. 2926 AT-3 vor Kapitel 0300.

Kapitel 1171 – Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten - Zentrale Aufnahmeeinrichtung und Leistungsstelle für Asylberwerberinnen / Asylbewerber

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben

Siehe Beschluss zur Nachschiebeliste rote Nr. 2926 AT-3 vor Kapitel 0300.

Titel 67159 – Unterbringung als Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII und AsylbLG

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum [2926 CK](#)
Einzelplan 03, 05, 09, 11 und 29 Haupt
hier: lfd. Nr. 6 – Kapitel 1171 / Titel 67159:
Ansatz 2020 und 2021 (NSL): Streichung der Ansatz erhöhung aus der Nachschiebeliste

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag der AfD-Fraktion lfd. Nr. 6 aus der roten Nr. 2926 CK ab.

Mitberaten wird:

Vertraulicher Bericht SenIAS/LAF – ZS D 11 – vom [2926 BR](#)
16.10.2020 Haupt
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes Vertrauliche
2020/2021 Beratung
Beantwortung der Fragen der AfD-Fraktion zur
Nachschiebeliste
hier: **Zentrale Aufnahmeeinrichtung und**
Leistungsstelle für Asylberwerberinnen/Asylbewerber
und Unterbringung als Hilfe zum Lebensunterhalt
nach SGB XII und AsylbLG
Einzelplan 11
(in der 80. Sitzung am 28.10.2020 zur Sitzung am
11.11.2020 zurückgestellt)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2926 BR ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 68107 – Laufende Leistungen zum Lebensunterhalt nach SGB XII und AsylbLG

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum
Einzelplan 03, 05, 09, 11 und 29 [2926 CK](#)
hier: lfd. Nr. 7 – Kapitel 1171 / Titel 68107:
Ansatz 2020 und 2021 (NSL): Streichung der Ansatzerhöhung aus der Nachschiebeliste

Haupt

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag der AfD-Fraktion lfd. Nr. 7 aus der roten Nr. 2926 CK ab.

Mitberaten wird:

Bericht SenIAS/LAF – ZS D 11 – vom 16.10.2020 [2926 BO](#)
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2020/2021
Beantwortung der Fragen der AfD-Fraktion zur Nachschiebeliste
hier: Laufende Leistungen zum Lebensunterhalt nach SGB XII und AsylbLG
Einzelplan 11
(in der 80. Sitzung am 28.10.2020 zur Sitzung am 11.11.2020 zurückgestellt)

Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2926 BO ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 2711 – Aufwendungen der Bezirke - Integration, Arbeit und Soziales –

Titel 54010 – Dienstleistungen

Siehe Beschluss zur Nachschiebeliste rote Nr. 2926 AT-3 vor Kapitel 0300.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum **Einzelplan 11** [2926 CF](#)
hier: lfd. Nr. 2 – Kapitel 2711 / Titel 68406
Ansatz 2021 (HH 20/21): + 5,526 Mio. €
(Neufassung der Erläuterung)

Haupt

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 2 aus der roten Nr. 2926 CF zu.

An dieser Stelle werden beraten:

Integration, Arbeit und Soziales – 11

Punkt 34 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben SenIAS/LAF – II C 2 – vom
04.11.2020
Objekt zur Unterbringung von Geflüchteten
Zustimmung zur Verlängerung des Mietvertrages
gemäß Auflage A. 2 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

[3243](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Schreiben rote Nr. 3243 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 35 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben SenIAS/LAF – II B 31 – vom
20.11.2020
Verlängerung des Mietvertrages für ein Objekt zur
Unterbringung von Geflüchteten
Zustimmung zur Mietvertragsverlängerung
gemäß Auflage A. 2 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

[3267](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Schreiben rote Nr. 3267 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 36 der Tagesordnung

Schreiben SenIAS – II D 1 – vom 23.11.2020
Externe Evaluation der Jugendberufsagentur Berlin
hier: Zustimmung
gemäß Auflage A. 21 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

[3273](#)
Haupt

Carsten Ubbelohde (AfD) äußert, es habe den Anschein, man komme nicht richtig voran, weil eine Evaluation nach der anderen folge. Was habe die bisherige Evaluation ergeben? Welche Maßnahmen seien daraufhin eingeleitet und umgesetzt worden? Was erwarte man von einer weiteren Evaluation?

Stefan Ziller (GRÜNE) begrüßt es, dass die Jugendberufsagenturen kontinuierlich evaluiert würden. – Er rege an, in der Evaluation auch zu betrachten, ob die Zuständigkeit, die bei SenBildJugFam liege, wohingegen SenIAS für die Evaluation verantwortlich sei, nicht besser an einer Stelle gebündelt werden sollte.

Senatorin Elke Breitenbach (SenIAS) führt aus, die Jugendberufsagenturen seien nach kontroverser Diskussion in der 17. Legislaturperiode ins Leben gerufen worden. Wenn man einen neuen Weg gehe, sei man gut beraten, auch eine Evaluation vorzunehmen, um zu betrachten, wo ggf. nachgesteuert werden müsse. Dem Abgeordnetenhaus seien zu den Jugendberufsagenturen eine Vielzahl von Berichten vorgelegt worden.

Die Jugendberufsagenturen hätten ihre Arbeit zu unterschiedlichen Zeitpunkten aufgenommen. Trotz dieses Umstandes sei festgestellt worden, dass vor allem diejenigen die Jugendberufsagenturen in Anspruch nähmen, die ihren Weg auch ohne sie gehen würden. Deshalb habe sich die Frage gestellt, wie alle Jugendlichen erreicht werden könnten und man habe sich darauf verständigt, die Jugendlichen dort abzuholen, wo sie sich trafen, also an ihren Treffpunkten. Anschließend seien ausgesprochen positive Zahlen präsentiert worden. Sie selbst sei erstaunt gewesen, wie gut es gelinge, Jugendliche auf Sportplätzen, in Parks oder der Straße anzusprechen.

Seit Einführung der Jugendberufsagenturen gebe es einen Dissens zwischen den Partnern in der Frage, wer eigentlich mit „alle Jugendliche“ gemeint sei. Gehörten dazu auch Jugendliche mit Behinderungen? – Aus ihrer Sicht gehörten sie dazu, andere sähen das jedoch anders. – Es müssten noch viele Fragen beantwortet werden, die mit der Zusammenarbeit unterschiedlicher Behörden unter einem Dach zu tun hätten. Deshalb wäre man gut beraten, sich weiter evaluieren zu lassen. – Über die Zuständigkeit müsse an anderer Stelle entschieden werden. Zunächst sei entschieden worden, dass die Zuordnung so sei, wie sie derzeit sei.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3273 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 36 A der Tagesordnung

- a) Bericht SenIAS – III E 1.1 – vom 29.10.2020 [2915 B](#)
Haupt
Abschluss des 3. Rahmenfördervertrages mit den Förderprogrammen Integriertes Gesundheits- und Pflege-Programm (IGPP), Integriertes Sozialprogramm (ISP) und dem Infrastrukturförderprogramm Stadtteilzentren (IFP STZ) mit der LIGA der Spaltenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Berlin für den Zeitraum 2021 bis 2025
(unaufgefordert vorgelegt)
(in der 82. Sitzung vom 11.11.2020 von der Konsensliste genommen und auf die Tagesordnung der Sitzung am 02.12.2020 gesetzt)
(Hinweis: vormals auf der Konsensliste IV.)
- b) Bericht SenIAS – III E 1.4 – vom 26.11.2020 [2915 C](#)
Haupt
Stand der Verhandlungen mit der LIGA der Spaltenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Berlin in Bezug auf neue Angebotsbereiche im „Integrierten Sozialprogramm“ (ISP) hier: Ergänzende Berichtsabfrage Infrastrukturförderprogramm Stadtteilzentren (IFP STZ)
(Berichtsauftrag aus der 78. Sitzung vom 09.09.2020)

Stefan Ziller (GRÜNE) kündigt an, dass seine Fraktion noch schriftlich Fragen zu den Sitzungen der Kooperationsgremien einreichen werde.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass die Fragen bis Freitagmittag eingereicht werden müssten und die Berichte rote Nrn. 2915 B und 2915 C zur Kenntnis genommen seien.

Fortsetzung Tagesordnungspunkt 19:

K. Einzelplan 12 – Stadtentwicklung und Wohnen

Zweiter Nachtrag für das Haushaltsjahr 2020

Kapitel 1200 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen - Politisch-Administrativer Bereich und Service –

HH 20/21: Titel 35903 – Entnahme aus der Rücklage nach § 62 LHO

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum **Einzelplan 12** [2926 CG](#)
hier: lfd. Nr. 2 – Kapitel 1200 / Titel 97203
Ansatz 2020 (HH 20/21): - 100 Mio. € Haupt

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 2 aus der roten Nr. 2926 CG zu.

HH 20/21: neuer Titel 88401 – Zuführung an das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA)

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum **Einzelplan 12** [2926 CG](#)
hier: lfd. Nr. 3 – Kapitel 1200 / neuer Titel 88401
Ansatz 2020 (HH 20/21): + 70 Mio. € Haupt
(verbindliche Erläuterung)

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 3 aus der roten Nr. 2926 CG zu.

HH 20/21: neuer Titel 91903 – Zuführung an die Rücklage nach § 62 LHO

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum **Einzelplan 12** hier: lfd. Nr. 4 – Kapitel 1200 / neuer Titel 91903 Ansatz 2020 (HH 20/21): + 30 Mio. €

2926 CG
Haupt

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 4 aus der roten Nr. 2926 CG zu.

Kapitel 1250 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen - Hochbau –

Mitberaten wird:

- a) Bericht SenStadtWohn – Z F 11 – vom 21.09.2020 **2926 AY**
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2020/2021
Baumittelliste Hochbau
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
Einzelplan 12
- b) Bericht SenStadtWohn – II B 12 – vom 11.05.2020 **1391 M**
Flughafenareal Tempelhof
hier: Kosten Umbau AlliiertenMuseum
(Berichtsauftrag aus der 70. Sitzung vom 12.02.2020)
- c) Bericht SenStadtWohn – II B – vom 30.06.2020 **1391 O**
Fortschrittsbericht Flughafenareal Tempelhof (Planung und Entwicklungen) und Hangarnutzung
gemäß Auflage B. 86 – Drucksache 18/2400 zum Haushalt 2020/21 und Berichtsauftrag aus der 66. Sitzung vom 29.11.2019
- d) Bericht SenStadtWohn – II B – vom 29.07.2020 **1391 P**
Zuwendungen an die Tempelhof Projekt GmbH für Bau- und Unterhaltungsmaßnahmen auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Tempelhof aus dem SIWA IV
(unaufgefordert vorgelegt)

- e) Bericht SenStadtWohn – V Z – vom 07.09.2020 [2926 AD](#)
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2020/2021
Verzögerungen von Baumaßnahmen/Projekte durch Corona
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
Einzelplan 12
- f) Bericht SenInnDS – IV B 3 (k) – vom 24.09.2020 [3158](#)
Gesamtkonzept Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark
(Berichtsauftrag aus der 62. Sitzung vom 08.11.2019)
- g) Bericht SenStadtWohn – V D 17 – vom 14.09.2020 [2926 AV](#)
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2020/2021
Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
Einzelplan 12
- h) Nachfragen der Fraktion der CDU zum Bericht rote Nummer 2966 [2966-1](#)
Stadionabriss des Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportparks
hier: Aufstellungsbeschluss
- i) Bericht SenStadtWohn – V D 17 – vom 08.10.2020 [2966 A](#)
Stadionabriss des Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportparks
hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion der CDU
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)

Sibylle Meister (FDP) hat den Eindruck gewonnen, im Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark könnten nicht, wie ursprünglich geplant, Special Olympics abgehalten werden. Wie sei dies bezüglich der Sachstand?

Philipp Bertram (LINKE) erinnert daran, dass mit dem Haushalt 2020/2021 auch Auflagenbeschlüsse verabschiedet worden seien, die sich auf den Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark bezögen. Zum einen handele es sich dabei um die Aufstellung eines Bebauungsplans – B-Plan – zum anderen um eine überarbeitete Machbarkeitsstudie. Sei mittlerweile der Aufstellungsbeschluss für das B-Planverfahren erfolgt? In den Medien sei darauf hingewiesen worden, dass sich das Verfahren in die Länge gezogen habe. Seien die Prozessschritte bereits vorbereitet worden? Welche Prozessschritte sollten im kommenden Jahr gegangen werden? Mit welcher Mittelverausgabung werde für 2021 gerechnet und wofür sollten die Mittel verwendet werden?

Christian Goiny (CDU) bezieht sich auf den Bericht rote Nr. 1391 M, in dem aus seiner Sicht die Antwort auf die Frage nach den Sanierungskosten für das Alliiertenmuseum äußerst knapp ausgefallen sei. Wie solle es in der Sache weitergehen? Könne bei der Bundesregierung nachgefragt werden, ob diese über Kostenschätzungen verfüge? Wie sehe der Zeitplan aus? Er bitte um einen Folgebericht zum Februar 2021.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass der Bericht zur Sitzung am 17. Februar 2021 erbeten werde.

Senator Sebastian Scheel (SenStadtWohn) berichtet, der B-Planaufstellungbeschluss sei mittlerweile gefasst. Hinsichtlich des Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportparks und dessen Umfeld solle im Rahmen eines städtebaulichen Werkstadtverfahrens ein zackiges Verfahren durchgeführt werden. Die notwendigen Ausschreibungen seien vorausschauend bereits vorgenommen worden. Er erwarte, dass man im 1. Quartal 2021 in das Verfahren einsteigen könne. In einem Parallelverfahren solle das B-Planverfahren fortgesetzt werden, um im Jahr 2021 mit dem Realisierungswettbewerb für den Stadionneubau beginnen zu können und diesen auch abzuschließen.

Das Thema Alliiertenmuseum treibe auch den Senat um. Er wünsche sich Klarheit, wie sich der Bund entscheide. Es müsse eine Mittelfreigabe erfolgen, die jedoch bedinge, dass der Bund ein Raumkonzept erarbeite, das finanziell unterstellt und anschließend vom Haushaltsgesetzgeber freigegeben werden müsse. Der Senat sei dafür verantwortlich, die Hülle so herzurichten, dass das Museum dort einziehen könne. Dafür seien aus Sicht des Senats 10 Mio. Euro notwendig, um eine Grundsanierung vorzunehmen.

Staatssekretär Aleksander Dzembritzki (SenInnDS) ergänzt, die nationalen Special Olympics würden im Jahr 2022 in Berlin stattfinden, die internationalen dann im Jahr 2023. Es seien Ausweichstätten vorgesehen. Im Olympiapark würden im kleinen Stadion eine siebte und achte Laufbahn errichtet werden, damit den internationalen Anforderungen Genüge getan werde. Die Leichtathleten kämen somit auch in den Main-Hub Olympiapark.

Philipp Bertram (LINKE) fragt, ob er es richtig verstanden habe, dass die für das Jahr 2021 veranschlagten 9 Mio. Euro für die Herrichtung von Ersatzflächen und für die Umsetzung der Planungsverfahren benötigt, im Jahr 2021 aber noch keine Baumaßnahmen begonnen würden.

Senator Sebastian Scheel (SenStadtWohn) erwidert, dies hänge davon ab, wie schnell die Prozesse vonstattengingen. Wenn im nächsten Jahr bereits Grundsatzentscheidungen getroffen würden, könne er sich sehr wohl vorstellen, dass bereits im nächsten Jahr Einzelmaßnahmen in die Umsetzung gebracht würden.

Philipp Bertram (LINKE) möchte wissen, ob sich der Senator mit seiner Aussage auf das städtebauliche Verfahren bezogen habe. Sehe er es richtig, dass man in die Realisierung einsteigen könne, sobald die Grundlagenentscheidung für den Sportpark getroffen worden sei?

Dr. Kristin Brinker (AfD) wendet sich dem Thema Zuwendung an die Tempelhof Projekt GmbH zu – rote Nr. 1391 P – und dem Umstand, dass die Vorlage bereits aus dem Sommer stamme. Sie bitte darum, dass im Januar 2021 ein Folgebericht mit dem aktuellen Status vorgelegt werde.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass der Bericht zur Fortschreibung der roten Nr. 1391 P zur Sitzung am 20. Januar 2021 vorgelegt werde.

Senator Sebastian Scheel (SenStadtWohn) wiederholt, es solle ein sehr zügiges Verfahren durchgeführt werden. Im Zentrum stehe dabei zwar das Stadion, in Summe gehe es aber um mehr als nur das Stadion. Im Beteiligungsverfahren werde das Thema Stadion eine Rolle spielen, sodass danach die Voraussetzungen vorlägen, um in den Realisierungswettbewerb des Stadionneubaus oder -umbaus einzutreten. Dieser Prozessschritt solle möglichst im 1. Quartal 2021 abgeschlossen werden. Der sich anschließende Realisierungswettbewerb werde ca. neun Monate benötigen. Dies mache deutlich, dass in etwa Ende 2021 die Voraussetzungen vorhanden seien, um die Stadionfrage zu bearbeiten. – Ob vorbereitende Fragestellungen dabei bereits angegangen werden könnten, könne er derzeit noch nicht sagen.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass die Berichte rote Nrn. 2926 AY, 1391 M, 1391 O, 1391 P, 2926 AD, 3158, 2926 AV, 2966-1 und 2966 A zur Kenntnis genommen seien.

Kapitel 1295 – Förderung des Wohnungsbaus

Mitberaten wird:

Bericht SenStadtWohn – IV A 24 – vom 02.09.2020 **2926 AC**
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes Haupt
2020/2021
Wohnbauprogramm
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
Einzelplan 12

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2926 AC ohne Aussprache zur Kenntnis.

Nachtrag für das Haushaltsjahr 2021

Kapitel 1200 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen - Politisch-Administrativer Bereich und Service –

HH 20/21: Titel 35903 – Entnahme aus der Rücklage nach § 62 LHO

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum **Einzelplan 12** [2926 CG](#)
Haupt

hier: lfd. Nr. 1 – Kapitel 1200 / Titel 35903
neuer Ansatz 2021 (HH 2021): + 30 Mio. €

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 1 aus der roten Nr. 2926 CG zu.

Kapitel 1295 – Förderung des Wohnungsbaus

Keine Wortmeldung.

Nachschiebeliste - [2926 AT-3](#)

**Kapitel 1240 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen –
Wohnungswesen, Wohnungsneubau, Stadterneuerung, Soziale Stadt –**

**Titel 33130 – Zuweisungen des Bundes für den Investitionsvertrag Soziale Integration
im Quartier**

Titel 89383 – Zuschüsse für den Investitionsvertrag Soziale Integration im Quartier

Siehe jeweils Beschluss zur Nachschiebeliste – rote Nr. 2926 AT-3 vor Kapitel 0300.

Kapitel 2712 – Aufwendungen der Bezirke - Stadtentwicklung und Wohnen –

Titel 70105 – Neue Holzmodulschulen Programm

Mitberaten wird:

Bericht SenStadtWohn – V C – vom 29.10.2020 [2926 BY](#)
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes Haupt
2020/2021 Beantwortung der Fragen der AfD-
Fraktion zur Nachschiebeliste
hier: Holzschulen im Vergleich zu herkömmlichen
Schulbauten
Einzelplan 12

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2926 BY ohne Aussprache zur Kenntnis.

An dieser Stelle werden beraten:

Stadtentwicklung und Wohnen – 12

Punkt 37 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 18/3045
Entwurf des Bebauungsplans I-218-1 mit Deckblatt
vom 10.01.2020 für eine östliche Teilfläche des
Petriplatzes sowie eine Teilfläche der
Gertraudenstraße im Bezirk Mitte, Ortsteil Mitte

[3193](#)
Haupt
StadtWohn

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses StadtWohn vom 18.11.2020 vor, die Vorlage – zur Beschlussfassung – anzunehmen. (einstimmig mit SPD, CDU, LINKE, GRÜNE und FDP bei Enthaltung AfD)

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus ohne Aussprache, die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/3045 – möge gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Wohnen angenommen werden. – Dringlichkeit werde empfohlen.

Punkt 38 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/2540
Mehr Schul- und Kitaplätze auch durch private
Bauherren schaffen – Nachverdichtungspotenziale
intelligent nutzen

[2843](#)
Haupt
BildJugFam
StadtWohn(f)

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses StadtWohn vom 04.11.2020 vor, den Antrag auch mit geändertem Berichtsdatum „31. Dezember 2020“ abzulehnen (mehrheitlich mit SPD, LINKE und GRÜNE gegen CDU und FDP bei Enthaltung AfD).

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus ohne Aussprache, der Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 18/3045 – möge gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Wohnen abgelehnt werden.

Punkt 39 der Tagesordnung

Schreiben SenStadtWohn – Z F 14 – vom 23.11.2020

SIWA

**Titel 84051 – Zuwendungen an die Tempelhof
Projekt GmbH für ein integriertes Ver- und
Entsorgungskonzept für das Flughafengebäude
Tempelhof (Planungsmittel)**

**Titel 82016 – Globaltitel Eigenkapitalzuführungen
an städtische Wohnungsbaugesellschaften und
Förderung von Wohnungsgenossenschaften zwecks
bezirklicher Vorkaufsrechtsausübung sowie
Grundstückserwerbe**

**Antrag auf Streichung des Titels 84051 und
Umwidmung zur Verstärkung des Titels 82016
gemäß § 4a Abs. 1 Satz 1 SIWA ErrichtungsG**

3282

Haupt

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Schreiben rote Nr. 3282 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 39 A der Tagesordnung

Schreiben SenStadtWohn – V D 12 – vom 25.11.2020

SIWA

**Titel 72008 – Baumaßnahmen im Olympiapark
Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf; Teilprojekt:
Ersatzneubau eines zentralen Betriebshofes im
Olympiapark, 2. BA, Friedrich-Karl-Weg, 14053
Berlin**

**Antrag auf Deckung von Mehrkosten zu Lasten der
SIWANA-Verstärkungsreserve
gemäß § 4a Abs. 1 SIWA ErrichtungsG**

3293

Haupt

Vertagt – siehe auch „Vor Eintritt in die Tagesordnung“.

Punkt 39 B der Tagesordnung

Schreiben SenStadtWohn – V D – vom 25.11.2020

3294

SIWA

Haupt

Deckungskreis 2 – Kitabau Hauptverwaltung

**Titel 72038 – Typentwurf für Kitas in
standardisierten modularen Bauformen**

**Titel 72039 – Neubau von Kitas in standardisierten
modularen Bauformen**

Titel 72005 – Kita-Ausbau MOKIB IV

**Titel 83054 – Zuwendungen an Träger von SIWA-
finanzierten Kitaneubauten für Erstausstattungen**

**Deckungskreis 43 – Unterkünfte für unbegleitete
minderjährige Flüchtlinge (UMF)**

**Titel 81013 – Schaffung von Unterkünften für UMF,
Dorfstraße (Lichtenberg)**

**Antrag zur Deckung von Mehrkosten durch
Mittelumwidmung innerhalb der Deckungskreise 2
und 43 sowie aus der Verstärkungsreserve**
gemäß § 4a Abs. 1 SIWA ErrichtungsG

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Schreiben rote Nr. 3294 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 40 der Tagesordnung

Schreiben SenStadtWohn – V M 2-6 – vom 06.11.2020

3249

Haupt

**Beauftragung von Rechtsberatungsleistungen zur
Umsetzung von Vorschriften der EU und des Bundes
in Vergabe- und Vertragsangelegenheiten der
Architekten- und Ingenieurleistungen sowie der
Bauleistungen in Berliner Landesrecht**

hier: Zustimmung

gemäß Auflage A. 21 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Schreiben rote Nr. 3249 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Fortsetzung Tagesordnungspunkt 19:

L. Einzelplan 13 – Wirtschaft, Energie und Betriebe

Zweiter Nachtrag für das Haushaltsjahr 2020

**Kapitel 1300 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe –
Politisch-Administrativer Bereich und Service –**

Mitberaten wird:

- | | |
|---|---|
| a) Bericht SenWiEnBe – II A 2 – vom 07.09.2020
Wirtschaftliche Folgen der Corona-Pandemie für
Berlin – Fortschreibung
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020) | <u>2810 AZ</u>
Haupt |
| b) Bericht SenWiEnBe – II B 32 – vom 28.08.2020
Unterstützungsfonds auf Darlehensbasis für die
Berliner Hotellerie
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020) | <u>2926 K</u>
Haupt |
| c) Bericht SenWiEnBe – StS D Ref – vom 28.08.2020
Personalstelle im Bereich Öffentlichkeitsarbeit der
Leitung
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020) | <u>2926 N</u>
Haupt |

Steffen Zillich (LINKE) kündigt an, dass sich seine Fraktion in einer späteren Sitzung dem Thema Auswirkungen der Pandemie widmen und dazu Expertise heranziehen wolle. Zudem bitte er um einen Bericht, in dem die Auswirkungen der Corona-Pandemie aufgegliedert nach Wirtschaftssektoren per Stichtag 31. Dezember 2020 dargestellt werden sollte. Könne der Bericht bis Februar vorgelegt werden?

Sibylle Meister (FDP) schließt sich der Berichtsbitte an.

Christian Goiny (CDU) merkt an, seine Fraktion unterstütze den Berichtswunsch und kündige an, dafür bis übermorgen noch Fragen beim Ausschussbüro einzureichen. – In der Sache gehe es darum, wie im kommenden Jahr mit den Folgen der Pandemie umgegangen werden solle und welche Konzepte entwickelt würden, um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Aus seiner Sicht müsse es dabei um die Fragen gehen, wie der Tourismus, das Hotel-, Messe- und Gastronomiegeschäft sowie die Kreativwirtschaft wieder angekurbelt werden könnten. Es müsse auch geprüft werden, unter welchen Rahmenbedingungen die IBB-Förderung weiter modifiziert werden könne. Derzeit profitierten insbesondere die Steuerberater von den Hilfsprogrammen, weil die Antragstellung über sie erfolgen müsse.

Frank-Christian Hansel (AfD) fragt nach, ob er es richtig verstanden habe, dass im Hauptausschuss eine Anhörung durchgeführt werden solle. Der Wirtschaftsausschuss befasse sich seit Ausbruch der Pandemie permanent mit diesen Themen. – Darüber hinaus bitte er darum,

dass in dem Bericht auch auf die EU-beihilferechtlichen Bestimmungen eingegangen werde und auf die Frage, wie die dadurch entstehenden Probleme gelöst werden sollten.

Staatssekretärin Barbro Dreher (SenWiEnBe) sagt zu, dass der erbetene Bericht erstellt werde. Womöglich könnten Haupt- und Wirtschaftsausschuss die avisierte Anhörung gemeinsam durchführen. – Die Steuerberater seien nicht vom Berliner Senat mit Arbeit überhäuft worden, ihres Wissens sei dies vom Bundesministerium ausgegangen.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass der erbetene Bericht zur Sitzung am 17. Februar 2021 zugesagt sei. Die Berichte rote Nrn. 2810 AZ, 2926 K und 2926 N seien zur Kenntnis genommen.

Kapitel 1320 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe – Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung –

Mitberaten wird:

- a) Bericht SenWiEnBe – II B 38 – vom 28.08.2020 [2926 H](#)
Berlin Partner
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020) Haupt
- b) Bericht SenWiEnBe – II B 38 – vom 31.08.2020 [2926 P](#)
Förderung des Berliner Tourismus
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020) Haupt

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte rote Nrn. 2926 H und 2926 P ohne Aussprache zur Kenntnis.

Neuer Titel – Unterstützung des Berliner Hotel- und Tourismusgewerbe

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum [2926 CY](#)
Einzelplan 05, 07, 08, 09, 10, 13, 27 und 29
hier: lfd. Nr. 14: Kapitel 1320 / neuer Titel
Ansatz 2020 (neu): + 50 Mio. €
Ansatz 2021 (neu): + 325 Mio. €
VE 2021 (neu): + 325 Mio. €
(Titelerläuterung)

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag der Fraktion der CDU lfd. Nr. 14 aus der roten Nr. 2926 CY ab.

Kapitel 1330 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe – Betriebe und Strukturpolitik –

Mitberaten wird:

- a) Schreiben SenWiBeEn – IV D 1 – vom 17.11.2020 **Vorherige Zustimmung im Konsultationsverfahren nach § 5 Abs. 1 Satz 2 Haushaltsgesetz 2020/2021 über die Zulassung von weiteren außerplanmäßigen Ausgaben – Zuschussprogramm für Soloselbständige, Kleinstunternehmen und Freiberuflerinnen und Freiberufler (Soforthilfe II)** [3265](#) Haupt
- b) Bericht SenWiEnBe – IV B 2 – vom 27.08.2020 **Messe Berlin GmbH** (Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020) [2926 M](#) Haupt
- c) Bericht SenWiEnBe – IV D 2 – vom 27.08.2020 **Soforthilfe V – Unternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten** (Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020) [2926 G](#) Haupt
- d) Zwischenbericht SenWiEnBe – IV D 38 – vom 28.08.2020 **Soforthilfe Gewerbemieten** (Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020) [3012 A](#) Haupt
- e) Bericht SenWiEnBe – IV D 2 – vom 16.10.2020 **Konzeptionelle Grundsätze für eine Soforthilfe für Betriebe der Schankwirtschaft** betr. Kapitel 2910 Titel 97101 [3185](#) Haupt

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Schreiben rote Nr. 3265 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis. Sodann nimmt er die Berichte rote Nrn. 2926 M, 2926 G, 3012 A und 3185 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 1350 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe - Energie, Digitalisierung und Innovation –

Mitberaten wird:

Bericht SenWiEnBe – III B 13 – vom 27.08.2020 [2926 U](#)
Konzeptionelle Grundsätze für die Digitalprämie Haupt
Berlin

(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2926 U ohne Aussprache zur Kenntnis.

Nachtrag für das Haushaltsjahr 2021

Kapitel 1300 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe – Politisch-Administrativer Bereich und Service –

Keine Wortmeldung.

Kapitel 1320 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe – Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

HH 20/21: Titel 52610 – Gutachten

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2926 CU](#)
zum **Einzelplan 13** Haupt
hier: lfd. Nr. 3 – Kapitel 1320 / Titel 52610:
Ansatz 2021 (HH 20/21): + 50.000 €
(Titelerläuterung)

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 3 aus der roten Nr. 2926 CU zu.

Kapitel 1330 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe – Betriebe und Strukturpolitik –

HH 20/21: Titel 68307 – Wirtschaftsförderung

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum **Einzelplan 13** [2926 CU](#)
Haupt

hier: lfd. Nr. 4 – Kapitel 1330 / Titel 68307:
Ansatz 2021 (HH 20/21): + 50.000 €
(Titelerläuterung)

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 4 aus der roten Nr. 2926 CU zu.

Kapitel 1350 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe - Energie, Digitalisierung und Innovation –

HH 20/21: Titel 68317 – Zuschüsse an Unternehmen für besondere Aufgaben

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum **Einzelplan 13** [2926 CU](#)
Haupt

hier: lfd. Nr. 5 – Kapitel 1350 / Titel 68317:
Ansatz 2021 (HH 20/21): + 200.000 €
(Titelerläuterung)

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 5 aus der roten Nr. 2926 CU zu.

Neuer Titel 89430 – Vorbereitende Maßnahmen für die Installation von Solaranlagen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum **Einzelplan 13** [2926 CU](#)
Haupt

hier: lfd. Nr. 2 – Kapitel 1350 / neuer Titel 89430:
Ansatz 2021: + 100.000 €

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 2 aus der roten Nr. 2926 CU zu.

Zweiter Nachtrag 2020 – Stellenplan 2020 und 2021

**Kapitel 1300 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe –
Politisch-Administrativer Bereich und Service –**

Keine Wortmeldung.

Nachschiebeliste - 2926 AT-3

**Kapitel 1320 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe –
Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung –**

Titel 54010 – Dienstleistungen

Titel 68316 – Förderung des Berlin-Marketing

Siehe jeweils Beschluss zur Nachschiebeliste rote Nr. 2926 AT-3 vor Kapitel 0300.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

Mitberaten wird:

Bericht SenWiEnBe – II A 6 – vom 08.10.2020 [2926 BG](#)
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes Haupt
2020/2021

Beantwortung der Fragen der AfD-Fraktion zur
Nachschiebeliste
hier: Krisen- und Schuldnerberatung für
Kleinunternehmen
Einzelplan 13
(in der 80. Sitzung am 28.10.2020 zur Sitzung am
11.11.2020 zurückgestellt)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2926 BG ohne Aussprache zur Kenntnis.

**Kapitel 1330 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe – Betriebe
und Strukturpolitik –**

**Titel 33191 – Zuweisungen des Bundes zur Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der
regionalen Wirtschaftsstruktur**
Titel 54010 – Dienstleistungen

Siehe jeweils Beschluss zur Nachschiebeliste rote Nr. 2926 AT-3 vor Kapitel 0300.

Titel 67140 – Ausgleich von Ausfällen der IBB aus dem Liquiditätsfonds Berlin

Mitberaten wird:

Bericht SenWiEnBe – IV D 38 – vom 05.10.2020 [2926 BC](#)
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes Haupt
2020/2021

**Beantwortung der Fragen der AfD-Fraktion zur
Nachschiebeliste**
**hier: Ausgleich von Ausfällen der IBB aus dem
Liquiditätsfonds Berlin**
Einzelplan 13

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2926 BC ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 68311 – Zuschüsse an Unternehmen zur Soforthilfe

**Titel 88307 – Infrastrukturmaßnahmen der Hauptverwaltung im Rahmen
der GRW**

**Titel 89233 – Zuschüsse im Rahmen des Förderprogramms: Unterstützung der
Aufbauphase**

Siehe jeweils Beschluss zur Nachschiebeliste rote Nr. 2926 AT-3 vor Kapitel 0300.

**Kapitel 1350 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe - Energie,
Digitalisierung und Innovation –**

Titel 54010 – Dienstleistungen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion
Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2926 CU](#)
zum **Einzelplan 13** Haupt
hier: lfd. Nr. 1 – Kapitel 1350 / Titel 54010:
Ansatz 2021 (HH 20/21): + 350.000 €
(Titelerläuterung)

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 1 aus der roten Nr. 2926 CU zu.

Mitberaten wird:

Bericht SenWiEnBe – III B – vom 09.10.2020 [2926 BI](#)
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes Haupt
2020/2021
Beantwortung der Fragen der AfD-Fraktion zur
Nachschiebeliste
hier: Kreativ- und Digitalfestival, Innovative
Veranstaltungsformate im Bereich Mobilität und
Begleitende Dienstleistung/Geschäftsbesorgung
Bundesförderungsprogramme
Einzelplan 13

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2926 BI ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 68307 – Wirtschaftsförderung

Mitberaten wird:

Bericht SenWiEnBe – III B – vom 09.10.2020 [2926 BH](#)
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes Haupt
2020/2021
Beantwortung der Fragen der AfD-Fraktion zur
Nachschiebeliste
hier: Kofinanzierung Bundesförderprogramme
Einzelplan 13
(in der 80. Sitzung am 28.10.2020 zur Sitzung am
11.11.2020 zurückgestellt)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2926 BH ohne Aussprache zur Kenntnis.

M. Einzelplan 15 – Finanzen

Nachschiebeliste - [2926 AT-3](#)

Kapitel 1500 – Senatsverwaltung für Finanzen - Politisch-Administrativer Bereich
und Service -
Titel 54034 – Leistungen der Selbstversicherung

Siehe Beschluss zur Nachschiebeliste rote Nr. 2926 AT-3 vor Kapitel 0300.

Der Einzelplan 25 wurde bereits nach D. Einzelplan 05 – Inneres und Sport aufgerufen

O. Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke

Zweiter Nachtrag für das Haushaltsjahr 2020

zu Kapitel 2705, 2709 und 2711 siehe unter Einzelplan 05, 09 und 11

Kapitel 2729 – Zuweisungen an die Bezirke

Es liegen keine Anträge vor.

Nachtrag für das Haushaltsjahr 2021

Kapitel 2729 – Zuweisungen an die Bezirke

HH 20/21: Titel 71902 – Pauschale Mehrausgaben für Bauinvestitionen

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen zum **Einzelplan 27**

[2926 CO](#)

Haupt

hier: lfd. Nr. 1 – Kapitel 2729 / Titel 71902:

Ansatz 2021 (HH 20/21): + 1,5 Mio. €

(Ergänzung der Titelerläuterung und verbindliche Erläuterung)

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 1 aus der roten Nr. 2926 CO zu.

Nachschiebeliste - [2926 AT-3](#)

zu Kapitel 2709, 2711 und 2712 s. unter Einzelplan 09, 11 und 12

Kapitel 2729 – Zuweisungen an die Bezirke

Titel 37101 – Pauschale Mehreinnahmen

Titel 97101 – Pauschale Mehrausgaben

Siehe jeweils Beschluss zur Nachschiebeliste rote Nr. 2926 AT-3 vor Kapitel 0300.

P. Einzelplan 29 – Allgemeine Finanz- und Personalangelegenheiten

Vorsitzende Franziska Becker weist darauf hin, dass soeben zwei weitere Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen – rote Nrn. 2926 DB und 2926 DA – als Tischvorlagen verteilt worden seien.

mitlaufend:

Bericht SenFin – FV – vom 05.11.2020 [3241](#)
Vorlage zur Kenntnisnahme gemäß den Haupt
Ausführungsvorschriften zum Gesetz zur
landesrechtlichen Umsetzung der Schuldenbremse
(BerlSchuldenbremseG)

Der Bericht [2926 BM](#) wird an dieser Stelle mit aufgerufen.

Steffen Zillich (LINKE) bittet darum, dass eine Übersicht über die VE-Belegungen im Finanzplanungszeitraum in einzelnen Jahresscheiben, getrennt nach Einzelplänen und Großprojekten vorgelegt werde. Seine Fraktion werde dazu noch konkrete Fragen beim Ausschussbüro einreichen. Den Bericht erbitte er für die Februarsitzung.

Darüber hinaus bitte er darum, dass die Investitionsplanung – die heute nicht auf der Tagesordnung stehe – den Fachausschüssen mit der Bitte um Stellungnahme zur Verfügung gestellt werde. Könne dies heute beschlossen werden oder müssten dafür bestimmte Formalien eingehalten werden?

Vorsitzende Franziska Becker stellt Einvernehmen fest, dass die Investitionsplanung den Fachausschüssen mit der Bitte um Stellungnahme bis Ende Mai 2021 zur Verfügung gestellt werde. Der Bericht rote Nr. 3241 sei zur Kenntnis genommen.

Zweiter Nachtrag für das Haushaltsjahr 2020

Kapitel 2900 – Steuern und Finanzausgleich

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion [2926 CW](#)
Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Haupt
zum **Einzelplan 29**
hier: lfd. Nr. 12 – Kapitel 2900 / alle aufgeführten Titel

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 12 aus der roten Nr. 2926 CW zu.

Kapitel 2902 – Darlehen und Schuldendienst

2. NHG 20/21: Titel 32500 – Kreditmarktmittel

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion
Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
zum **Einzelplan 29**

hier: lfd. Nr. 1 – Kapitel 2902 / Titel 32500:
Ansatz 2020 (2. NHG): - 1.631.770.000 €
Ansatz 2021 (2. NHG): - 489.020.000 €

[2926 CW](#)
Haupt

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 1 aus der roten Nr. 2926 CW zu.

2. NHG 20/21: Titel 32502 – Schuldenaufnahme nach § 2 BerlSchuldenbremseG am Kreditmarkt

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion
Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
zum **Einzelplan 29**

hier: lfd. Nr. 2 – Kapitel 2902 / Titel 32502:
Ansatz 2020 (2. NHG): + 1,3 Mrd. €
Hinweis: Zusätzlich zum beschlossenen Ansatz von
6 Mrd. € im 1. NHG 20.

[2926 CW](#)
Haupt

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 2 aus der roten Nr. 2926 CW zu.

Kapitel 2910 – Übrige allgemeine Finanzangelegenheiten

Hinweis: Das Kapitel 2910 wird zurückgestellt ans Ende der Beratungen.

Kapitel 2940 – Versorgungsausgaben und weitere zentrale Personalangelegenheiten

2. NHG 20/21: Titel 42400 – Zuführung an die Versorgungsrücklage – Besoldungsbereich-

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum **Einzelplan 10 und 29** [2926 CB](#)
hier: lfd. Nr. 6 – Kapitel 2940 / Titel 42400: Haupt

Ansatz 2020 (2. NHG): + 14 Mio. €

Ansatz 2021 (2. NHG): + 8 Mio. €

[Hinweis: Die Änderungen zum Titel 42400 im Entwurf des 2. NHG werden gestrichen.]

- b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum **Einzelplan 07, 09, 10, 11 und 29** [2926 CJ](#)
hier: lfd. Nr. 9 – Kapitel 2940 / Titel 42400: Haupt

Ansatz 2020 (2. NHG): + 14 Mio. €

[Hinweis: Die Änderungen zum Titel 42400 im Entwurf des 2. NHG im Jahr 2020 wird gestrichen.]

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag der Fraktion der FDP lfd. Nr. 6 aus der roten Nr. 2926 CB ab. Sodann lehnt er ebenfalls ohne Aussprache den Änderungsantrag der AfD-Fraktion lfd. Nr. 9 aus der roten Nr. 2926 CJ ab.

2. NHG 20/21: Titel 43400 – Zuführung an die Versorgungsrücklage – Versorgungsbereich-

hierzu:

- a) Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum **Einzelplan 07, 09, 10, 11 und 29** [2926 CJ](#)
hier: lfd. Nr. 10 – Kapitel 2940 / Titel 43400: Haupt

Ansatz 2020 (2. NHG): + 26,5 Mio. €

[Hinweis: Die Änderung zum Titel 42400 im Entwurf des 2. NHG im Jahr 2020 wird gestrichen.]

- b) Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum **Einzelplan 10 und 29** [2926 CB](#)
hier: lfd. Nr. 7 – Kapitel 2940 / Titel 43400: Haupt

Ansatz 2020 (2. NHG): + 26 Mio. €

Ansatz 2021 (2. NHG): + 14,5 Mio. €

[Hinweis: Die Änderungen zum Titel 43400 im Entwurf des 2. NHG werden (teilweise) gestrichen.]

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag der AfD-Fraktion lfd. Nr. 10 aus der roten Nr. 2926 CJ ab. Sodann lehnt er wiederum ohne Aussprache den Änderungsantrag der Fraktion der FDP lfd. Nr. 7 aus der roten Nr. 2926 CB ab.

Kapitel 2990 – Vermögen

1. NHG 20: Titel 83108 – Kapitalzuführung an die BIM GmbH für die Berliner Bodenfonds GmbH

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum **2926 CB**
Einzelplan 10 und 29 Haupt
hier: lfd. Nr. 8 – Kapitel 2990 / Titel 83108:
VE 2020 (1. NHG): - 190 Mio. €

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag der Fraktion der FDP lfd. Nr. 8 aus der roten Nr. 2926 CB ab.

HH 20/21: Titel 86142 – Eigenkapital ersetzendes Gesellschafterdarlehen an die Flughafen Berlin Brandenburg GmbH

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion **2926 CW**
Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Haupt
zum **Einzelplan 29**
hier: lfd. Nr. 11 – Kapitel 2990 / Titel 86142:
Ansatz 2020 (HH 20/21G): + 74,450 Mio. €
(Titelerläuterung)

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 11 aus der roten Nr. 2926 CW zu.

Nachtrag für das Haushaltsjahr 2021

Kapitel 2900 – Steuern und Finanzausgleich

Siehe Ersetzungsantrag oben.

Kapitel 2902 – Darlehen und Schuldendienst

Siehe bereits oben.

Kapitel 2910 – Übrige allgemeine Finanzangelegenheiten

Hinweis: Das Kapitel 2910 wird zurückgestellt ans Ende der Beratungen.

Kapitel 2940 – Versorgungsausgaben und weitere zentrale Personalangelegenheiten

Kapitel 2990 – Vermögen

Jeweils ohne Wortmeldung.

Nachschiebeliste - [2926 AT-3](#)

mitlaufend:

Bericht SenFin – II B – vom 14.10.2020 [2926 BM](#)
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes Haupt
2020/2021
Beantwortung der Fragen der AfD-Fraktion und der
Fraktion der FDP zur Nachschiebeliste
hier: **Veranschlagungssystematik,**
Steuereinnahmetitel, Corona-Elternhilfe,
Grunderwerbsteuereinnahmen, coronabedingten
Steuermindereinnahmen und Neuverschuldung
Einzelplan 15 und 29
(in der 80. Sitzung am 28.10.2020 zur Sitzung am
11.11.2020 zurückgestellt)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2926 BM zur Kenntnis. Debatte siehe unter P.

Kapitel 2900 – Steuern und Finanzausgleich – siehe Ersetzungsantrag oben –

Vorsitzende Franziska Becker weist darauf hin, dass die Nachschiebeliste an dieser Stelle nicht übernommen worden sei. Stattdessen hätten die Koalitionsfraktionen unter der lfd. Nr. 12 aus der roten Nr. 2926 CW einen Ersetzungsantrag eingebracht, der angenommen worden sei – siehe weiter oben.

Kapitel 2902 – Darlehen und Schuldendienst

Vorsitzende Franziska Becker weist darauf hin, dass die Nachschiebeliste an dieser Stelle nicht übernommen worden sei. Stattdessen hätten die Koalitionsfraktionen unter den lfd. Nrn. 1 und 2 aus der roten Nr. 2926 CW einen Ersetzungsantrag eingebracht, der angenommen worden sei – siehe weiter oben.

Titel 32502 – Schuldenaufnahme nach § 2 BerlSchuldenbremseG am Kreditmarkt

hierzu:

- a) Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum **Einzelplan 03, 05, 09, 11 und 29** [2926 CK](#)
hier: lfd. Nr. 8 – Kapitel 2902 / Titel 32502:
Ansatz 2020 (NSL): - 1,1 Mrd. €
- Haupt
- b) Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum **Einzelplan 10 und 29** [2926 CB](#)
hier: lfd. Nr. 3 – Kapitel 2902 / Titel 32502:
Ansatz 2020 (NSL): - 1 Mrd. €
- Haupt

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag der AfD-Fraktion lfd. Nr. 8 aus der roten Nr. 2926 CK ab. Sodann lehnt er wiederum ohne Aussprache den Änderungsantrag der Fraktion der FDP lfd. Nr. 3 aus der roten Nr. 2926 CB ab.

Kapitel 2910 – Übrige allgemeine Finanzangelegenheiten

Hinweis: Das Kapitel 2910 wird zurückgestellt ans Ende der Beratungen.

Kapitel 2940 – Versorgungsausgaben und weitere zentrale Personalangelegenheiten

Titel 46101 – Pauschale Mehrausgaben für Personalausgaben

Siehe Beschluss zur Nachschiebeliste rote Nr. 2926 AT-3 vor Kapitel 0300.

Kapitel 2990 – Vermögen

Siehe Beschluss zur Nachschiebeliste rote Nr. 2926 AT-3 vor Kapitel 0300.

Titel 68211 – Zuschuss an die Flughafen Berlin Brandenburg GmbH

hierzu:

- Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2926 CW](#)
zum **Einzelplan 29**
hier: lfd. Nr. 7 – Kapitel 2990 / Titel 68211:
Ansatz 2020 (NSL): - 450.000 €
(Titelerläuterung)
- Haupt

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 7 aus der roten Nr. 2926 CW zu.

Mitberaten wird:

Bericht SenFin – I C 12 – vom 04.11.2020
Flughafen Berlin Brandenburg GmbH (FBB)
hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion der CDU und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
(Berichtsaufträge aus der 79. Sitzung vom 23.09.2020)

[3142 A](#)

Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 3142 A ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 68256 – Zuschüsse an öffentliche Unternehmen zur Deckung von Betriebsverlusten

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum **Einzelplan 29**
hier: lfd. Nr. 8 – Kapitel 2990 / Titel 68256:
Deckungsvermerk

[2926 CW](#)

Haupt

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 8 aus der roten Nr. 2926 CW zu.

Neuer Titel 86101 – Darlehen an öffentliche Unternehmen und Einrichtungen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum **Einzelplan 29**
hier: lfd. Nr. 9 – Kapitel 2990 / neuer Titel 86101
Ansatz 2021: + 1.000 €

[2926 CW](#)

Haupt

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 9 aus der roten Nr. 2926 CW zu.

Titel 83132 – Kapitalzuführung an die Vivantes GmbH

Siehe Beschluss zur Nachschiebeliste rote Nr. 2926 AT-3 vor Kapitel 0300.

Titel 83149 – Kapitalzuführung an die Flughafen Berlin-Brandenburg GmbH

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion
Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2926 CW](#)
Haupt
zum **Einzelplan 29**
hier: lfd. Nr. 10 – Kapitel 2990 / Titel 83149:
Ansatz 2020 (NSL): - 74 Mio. €

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 10 aus der roten Nr. 2926 CW zu.

An dieser Stelle wird aufgerufen:

Kapitel 2910 – Übrige allgemeine Finanzangelegenheiten

Zweiter Nachtrag für das Haushaltsjahr 2020

Kapitel 2910 – Übrige allgemeine Finanzangelegenheiten

Keine Wortmeldung.

Nachtrag für das Haushaltsjahr 2021

Kapitel 2910 – Übrige allgemeine Finanzangelegenheiten

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der FDP zum [2926 F](#)
Haupt
Nachtragshaushaltsgesetz 2020/2021 – NHG 20/21
hier: **Einzelplan 29**
(in der 80. Sitzung am 28.10.2020 zur Sitzung am
11.11.2020 zurückgestellt)

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag der Fraktion der FDP – rote Nr. 2926 F – ab.

Titel 35501 – Entnahmen aus der Konjunkturausgleichsrücklage

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum
Einzelplan 10 und 29

[2926 CB](#)

Haupt

hier: lfd. Nr. 4 – Kapitel 2910 / Titel 35501:
Ansatz 2021 (2. NHG): + 34,5 Mio. €

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag der Fraktion der FDP lfd. Nr. 4 aus der roten Nr. 2926 CB ab.

Nachschiebeliste - [2926 AT-3](#)

Kapitel 2910 – Übrige allgemeine Finanzangelegenheiten

Siehe Beschluss zur Nachschiebeliste rote Nr. 2926 AT-3 vor Kapitel 0300.

Titel 35601 – Entnahme aus dem Innovationsförderfonds

Siehe Beschluss zur Nachschiebeliste rote Nr. 2926 AT-3 vor Kapitel 0300.

Titel 35903 – Entnahme aus der Rücklage nach § 62 LHO

hierzu:

a) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion
Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
zum **Einzelplan 29**

[2926 CW](#)

Haupt

hier: lfd. Nr. 5 – Kapitel 2910 / Titel 35903:
Ansatz 2020 (NSL): + 50 Mio. €
Ansatz 2021 (NSL): + 650 Mio. €
(Titelerläuterung)

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum
Einzelplan 05, 07, 08, 09, 10, 13, 27 und 29

[2926 CY](#)

Haupt

hier: lfd. Nr. 19: Kapitel 2910 / Titel 35903
Ansatz 2021 (NSL): + 543,88 Mio. €
(Titelerläuterung)

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 5 aus der roten Nr. 2926 CW zu. Sodann lehnt er wiederum ohne Aussprache den Änderungsantrag der Fraktion der CDU lfd. Nr. 19 aus der roten Nr. 2926 CY ab.

Titel 91603 – Zuführung an den Innovationsförderfonds

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion
Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
zum **Einzelplan 29**
hier: lfd. Nr. 3 – Kapitel 2910 / Titel 91603:
Qualifizierter Sperrvermerk

[2926 CW](#)
Haupt

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 3 aus der roten Nr. 2926 CW zu.

Titel 91903 – Zuführung an die Rücklage nach § 62 LHO

hierzu:

a) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion
Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
zum **Einzelplan 29**
hier: lfd. Nr. 4 – Kapitel 2910 / Titel 91903:
Ansatz 2020 (NSL): + 519.582.000 €
(verbindliche Erläuterungen)

[2926 CW](#)
Haupt

b) Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum
Einzelplan 10 und 29
hier: lfd. Nr. 5 – Kapitel 2910 / Titel 91903:
Ansatz 2020 (NSL): - 1.049.500.000 €

[2926 CB](#)
Haupt

c) Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum
Einzelplan 03, 05, 09, 11 und 29
hier: lfd. Nr. 9 – Kapitel 2910 / Titel 91903:
Ansatz 2020 (NSL): - 1.029.459.000 €

[2926 CK](#)
Haupt

d) Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum
Einzelplan 05, 07, 08, 09, 10, 13, 27 und 29
hier: lfd. Nr. 20: Kapitel 2910 / Titel 91903
Ansatz 2020 (NSL): - 115,401 Mio. €
(Titelerläuterung)

[2926 CY](#)
Haupt

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 4 aus der roten Nr. 2926 CW zu. Sodann lehnt er ohne Aussprache jeweils in Einzelabstimmung den Änderungsantrag der Fraktion der FDP lfd. Nr. 5 aus der roten Nr. 2926 CB, den Änderungsantrag der AfD-Fraktion lfd. Nr. 9 aus der roten Nr. 2926 CK sowie den Änderungsantrag der Fraktion der CDU lfd. Nr. 20 aus der roten Nr. 2926 CY ab.

Titel 97101 – Pauschale Mehrausgaben

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion
Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
zum **Einzelplan 29**

hier: lfd. Nr. 6 – Kapitel 2910 / Titel 97101:

Ansatz 2021 (NSL): + 500 Mio. €

(verbindliche Erläuterung und qualifizierter Sperrver-
merk)

[2926 CW](#)

Haupt

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 6 aus der roten Nr. 2926 CW zu.

An dieser Stelle wird aufgerufen Änderungsantrag zum Haushaltsausgleich im Jahr 2020 und 2021:

Titel 35903 – Entnahme aus der Rücklage nach § 62 LHO

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion
Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
zum **Einzelplan 29**

hier: lfd. Nr. 1 – Kapitel 2910 / Titel 35903:

Ansatz 2021 (NSL): + 522,55 Mio. €

[2926 DB](#)

Haupt

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 1 aus der roten Nr. 2926 DB zu.

Titel 91903 – Zuführung an die Rücklage nach § 62 LHO

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion
Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
zum **Einzelplan 29**

hier: lfd. Nr. 2 – Kapitel 2910 / Titel 91903:

Ansatz 2020 (NSL): + 990,083 Mio. €

[2926 DB](#)

Haupt

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lfd. Nr. 2 aus der roten Nr. 2926 DB zu.

- i) Bericht SenFin vom 15.09.2020 [2926 AU](#)
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2020/2021
Beantwortung der Fragen der Fraktionen betreffend Senatsverwaltung für Finanzen
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020)
Einzelplan 15, 29 und übergreifend
- j) Bericht SenFin – II B – vom 14.10.2020 [2926 BM](#)
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2020/2021
Beantwortung der Fragen der AfD-Fraktion und der Fraktion der FDP zur Nachschiebeliste
hier: Veranschlagungssystematik, Steuereinnahmetitel, Corona-Elternhilfe, Grunderwerbsteuereinnahmen, coronabedingten Steuermindereinnahmen und Neuverschuldung
Einzelplan 15 und 29
Hinweis: läuft mit unter P. Einzelplan 29 Nachschiebeliste.
- k) Bericht SenFin – VD EZI – vom 04.11.2020 [2926 BZ](#)
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2020/2021
Beantwortung der Fragen der AfD-Fraktion zur Nachschiebeliste
hier: Pandemiebedingte Entschädigungsansprüche
Einzelplan 15
- l) Bericht SenFin – FV – vom 05.11.2020 [3241](#)
Vorlage zur Kenntnisnahme gemäß den Ausführungsvorschriften zum Gesetz zur landesrechtlichen Umsetzung der Schuldenbremse (BerlSchuldenbremseG)
Hinweis: läuft mit unter P. Einzelplan 29
- m) Bericht SenFin – II B – vom 06.11.2020 [2807 G](#)
Kamerale Monitoring Covid-19
Stand: 31.10.2020
- n) Bericht SenFin – II A – vom 16.11.2020 [0057 N](#)
Ergebnis der Steuerschätzung vom 10. bis 12. November 2020
(unaufgefordert vorgelegt)

- o) Schreiben SenFin – II B – vom 25.11.2020 [0081 Q](#)
Statusbericht über die Haushaltslage per 31.10.2020 Haupt
gemäß Auflage B. 97 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21
m.d.B. um Fristverlängerung bis zum 2.12.2020

Der **Ausschuss** nimmt die mitlaufenden Berichte rote Nrn. 2926 AU, 2926 BM, 2926 BZ, 3241, 2807 G, 0057 N und 0081 Q zur Kenntnis.

Schlussabstimmung:

Der **Ausschuss** stimmt dem Zweiten Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 sowie dem Nachtragshaushaltsplan 2021 einschließlich ihrer Anlagen und mit den in dieser Sitzung beschlossenen Änderungen und Übernahmen zu.

[Unterbrechung der Sitzung von 20.57 bis 21.08 Uhr]

II. Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2020/2021 (Nachtragshaushaltsgesetz 2020/2021 – NHG 20/21)

hierzu:

- a) Austauschfassung zur roten Nummer [2926 AT](#) [2926 AT-3](#)
Schreiben Senat von Berlin – Fin II B – vom 15.09.2020 Haupt
**Ergänzungen zu den Entwürfen des Zweiten
Nachtragshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2020
und des Nachtragshaushaltsplans für das
Haushaltsjahr 2021 (Drucksache 18/2738)
(Nachschiebeliste)**
A. Änderung von Artikel 1 NHG 20/21 (s. S. 5,6)
B. Änderungen im Haushaltsgesetz 2020/2021
(s. S. 7, 8)
(in der 80. Sitzung am 28.10.2020 zur Sitzung am
11.11.2020 zurückgestellt)
- b) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion
Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2926 DA](#)
zum
**Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des
Haushaltsgesetzes 2020/2021**
(Nachtragshaushaltsgesetz 2020/2021 – NHG 20/21)
hier: Neufassung der Artikel 1 und Artikel 2

Der **Ausschuss** nimmt die Nachschiebeliste rote Nr. 2926 AT-3 betreffend der vorgeschlagenen Änderungen im Haushaltsgesetz 2020/2021 und NHG 20/21 zur Kenntnis. Sodann stimmt er ohne Aussprache dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – rote Nr. 2926 DA – zur Neufassung des Nachtrags- haushaltsgesetzes 20/21 zu.

Ergebnis der Schlussabstimmung:

Der **Ausschuss** stimmt dem Zweiten Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2020/2021 – Nachtragshaushaltsgesetz 2020/2021 – NHG 20/21 – in der folgenden soeben beschlossenen Neufassung zu:

Das Zweite Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2020/2021 (Nachtragshaushaltsgesetz 2020/2021 – NHG 20/21) wird wie folgt gefasst:

Artikel 1
Änderung des Haushaltsgesetzes 2020/2021

Das Haushaltsgesetz 2020/2021 vom 17. Dezember 2019 (GVBl. S. 830), das zuletzt durch Gesetz vom 11.06.2020 (GVBl. S. 539) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:

a) In dem Satzteil vor Nummer 1 wird die Angabe „39.990.621.600“ durch die Angabe „40.191.658.900“, die Angabe „23.560.351.200“ durch die Angabe „24.076.463.200“, die Angabe „32.277.325.400“ durch die Angabe „33.826.869.400“ und die Angabe „13.901.536.900“ durch die Angabe „14.181.404.900“ ersetzt.

b) In Nummer 1 Buchstabe a wird die Angabe „30.224.870.500“ durch die Angabe „30.425.907.800“ und die Angabe „23.306.167.200“ durch die Angabe „23.822.279.200“ ersetzt.

c) In Nummer 2 Buchstabe a wird die Angabe „22.355.576.800 Euro“ durch die Angabe „23.905.120.800“ und die Angabe „13.750.533.900“ durch die Angabe „14.030.401.900“ ersetzt.

2. § 2 wird wie folgt geändert:

In Absatz 1 wird die Angabe „6.000.000.000 Euro“ durch die Angabe „7.300.000.000“ ersetzt.

3. § 3 wird wie folgt geändert:

In Absatz 1 Nr. 1 wird die Angabe „750.000.000 Euro“ durch die Angabe „1.200.000.000“ ersetzt.

4. § 5 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Der Betrag nach § 37 Absatz 1 Satz 4 der Landeshaushaltssordnung wird für 2020 und 2021 auf jeweils 5.000.000 Euro festgesetzt. Sofern über- und außerplanmäßige Ausgaben im Einzelfall den in Satz 1 festgelegten Betrag, im Falle der Erfüllung von Rechtsverpflichtungen einen Betrag von 50.000.000 Euro, überschreiten sollen, sind sie vor Einwilligung der Senatsverwaltung für Finanzen dem Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses im Konsultationsverfahren zur vorherigen Zustimmung vorzulegen. Das Notbewilligungsrecht des Senats bleibt unberührt.“

5. § 12 wird wie folgt gefasst:

,§ 12 a Isolierte Jahresabschlüsse der Bezirke, SIWA, Haushaltsreste

(1) Die isolierten Jahresabschlüsse der Bezirke für die Haushaltjahre 2020 und 2021 werden neutral gestellt; die Ergebnisvorträge der Bezirke aus den Jahren 2018 und 2019 gelten insoweit fort.

(2) Für die Planjahre 2020 und 2021 sind haushaltswirtschaftliche Sperren nach § 41 LHO innerhalb des SIWA nur mit Zustimmung des Hauptausschusses zulässig. Eine Corona-bedingte Revision ist ausgeschlossen.

(3) Aus dem Haushalt nicht verbrauchte Mittel, insbesondere aus den Konjunkturpaketen des Bundes sowie aus den kreditfinanzierten Soforthilfen und Rücklagen, werden der Rücklage nach § 62 LHO (EP 29, 919 03) zugeführt. Eine Entnahme aus dieser Rücklage bedarf der vorherigen Zustimmung des Hauptausschusses; § 37 LHO findet insoweit keine Anwendung.‘

6. Folgender § 12b wird eingefügt:

,§ 12 b Parlamentsvorbehalt

(1) Vertragliche Verpflichtungen, auch Zuschlagserteilungen nach Ausschreibungsverfahren, darf das Land Berlin ab einem Gesamtvolumen von 500.000.000 € nur nach vorheriger Zustimmung des Hauptausschusses eingehen (Parlamentsvorbehalt).‘

7. Die Anlagen werden durch die aus der Anlage zu diesem Gesetz ersichtlichen Änderungen neu gefasst.

Artikel 2 Inkrafttreten

,(1) Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2020 in Kraft.

(2) § 12 b Haushaltsgesetz tritt am 1. Februar 2021 in Kraft.‘

Ergebnis der Gesamtabstimmung zur Beschlussempfehlung:

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus, die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/2738 – einschließlich der Anlage des Zweiten Nachtragshaushaltsplans von Berlin für das Haushaltsjahr 2020 und dem Nachtrag zum Haushaltsgesetz von Berlin für das Haushaltsjahr 2021 mit den in dieser Sitzung dazu beschlossenen Änderungen möge angenommen werden. – Dringlichkeit werde empfohlen.

III. Auflagen zum Nachtragshaushaltsgesetz 2020/2021

hierzu:

- a) **Auflagen zum 2. Nachtragshaushaltsgesetz 2020**
Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

hier: lfd. Nr. 1:

„Soweit es der Haushalt des Landes hinsichtlich der Einnahmen oder der Notwendigkeit Corona-bedingter Ausgaben sowie die wirtschaftliche Entwicklung der Landesbeteiligungen unter saldierter Betrachtung von Einnahmen und Ausgaben erforderlich macht, hat der Senat über einen Nachtragshaushalt eine zusätzliche Kreditermächtigung zu beantragen, wobei die 282 Mio. Bundesersatz für Gewerbesteuerausfall zur Seite zu legen sind, um sie durchzuschieben.“

[2926 CD](#)
Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – lfd. Nr. 1 aus der roten Nr. 2926 CD – zur Aufnahme einer Auflage zum Nachtragshaushaltsgesetz 2020/2021 an.

- b) **Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum Einzelplan 05, 07, 08, 09, 10, 13, 27 und 29**

hier: lfd. Nr. 1:

„Der Senat wird aufgefordert, im Jahr 2021 quartalsweise über den Stand der Stellenbesetzung der zusätzlichen Beschäftigungspositionen zu berichten.

[2926 CY](#)
Haupt

Der Senat wird aufgefordert, pandemiebedingte Einschränkungen der Bürgerdienste zu verhindern. Sofern aufgrund der aktuellen Infektionslage Beschränkungen der Präsenzdienste im Ausnahmefall zwingend notwendig sind, sind alternative Online- oder Telefonangebote bereitzuhalten.“

Der **Ausschuss** lehnt den Antrag der Fraktion der CDU – lfd. Nr. 1 aus der roten Nr. 2926 CY – zur Aufnahme einer Auflage zum Nachtragshaushaltsgesetz 2020/2021 ab.

- c) Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum
Einzelplan 05, 07, 08, 09, 10, 13, 27 und 29
hier: lfd. Nr. 7:

„Der Senat wird aufgefordert, eine Task-Force Beschaffung bestehend aus Vertretern auf Entscheider-Ebene der Senatsverwaltungen Finanzen, Wirtschaft und Gesundheit einzurichten. Diese Task-Force hat einen engen Austausch mit Verbänden wie IHK und Außenhandelskammern zu pflegen und dafür Sorge zu tragen, dass während der gesamten Dauer der Pandemie für alle Berliner Gesundheits-, Pflege- und Sicherheitseinrichtungen zu jedem Zeitpunkt alle notwendigen Schutzausrüstungen und Hygieneartikel in ausreichendem Maße vorhanden sind.“

[2926 CY](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Antrag der Fraktion der CDU – lfd. Nr. 7 aus der roten Nr. 2926 CY – zur Aufnahme einer Auflage zum Nachtragshaushaltsgesetz 2020/2021 ab.

- d) Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum
Einzelplan 05, 07, 08, 09, 10, 13, 27 und 29
hier: lfd. Nr. 13:

„Der Senat wird aufgefordert, den Zeitplan für den Anschluss jeder Berliner Schule an das 1Gbit-Netz zu beschleunigen, um digitales Arbeiten an allen Berliner Schulen während der Pandemie zu ermöglichen. Dem Abgeordnetenhaus ist zum 31. März 2020 über die ergriffenen Maßnahmen und den aktualisierten Zeitplan zu berichten.“

[2926 CY](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Antrag der Fraktion der CDU – lfd. Nr. 13 aus der roten Nr. 2926 CY – zur Aufnahme einer Auflage zum Nachtragshaushaltsgesetz 2020/2021 ab.

- e) Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum **Einzelplan 05, 07, 08, 09, 10, 13, 27 und 29** [2926 CY](#)
hier: lfd. Nr. 15:

„Der Senat wird aufgefordert ein Konzept zur Förderung und Wiederbelebung des Messe- und Kongressstandorts Berlin vorzulegen. Dabei ist darzulegen, wie der Messe- und Kongressbetrieb in Berlin ab 2021 unter Berücksichtigung der Pandemielage wieder hochgefährdet und der Messe- und Kongressstandort mittelfristig gestärkt wird. Ein nachhaltiger Schaden des Messstandorts Berlin durch die Pandemie ist unbedingt zu vermeiden.“

Der Senat wird aufgefordert, den Ausbau der Kapazitäten von Krankenhausbetten am Standort der Messe Berlin in der Halle 25 zu stoppen. Sofern eine Steigerung der Bettenkapazitäten, zusätzlich zu den bereits geschaffenen Kapazitäten am Standort Jafféstraße, notwendig sein wird, sind diese an den bereits vorhandenen Standorten der Berliner Krankenhäuser zu schaffen.“

Der **Ausschuss** lehnt den Antrag der Fraktion der CDU – lfd. Nr. 13 aus der roten Nr. 2926 CY – zur Aufnahme einer Auflage zum Nachtragshaushaltsgesetz 2020/2021 ab.

- f) Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum **Einzelplan 05, 07, 08, 09, 10, 13, 27 und 29** [2926 CY](#)
hier: lfd. Nr. 17:

„Der Senat wird aufgefordert Sorge zu tragen, dass anfallende Wochenend- und Feiertagsarbeit der mit der Kontaktnachverfolgung betrauten Mitarbeiter angemessen vergütet wird.“

Außerdem wird der Senat aufgefordert, angemessene und in der Berliner Verwaltung übliche Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter in der Kontaktverfolgung zu schaffen.“

Der **Ausschuss** lehnt den Antrag der Fraktion der CDU – lfd. Nr. 17 aus der roten Nr. 2926 CY – zur Aufnahme einer Auflage zum Nachtragshaushaltsgesetz 2020/2021 ab.

- g) Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum
Einzelplan 05, 07, 08, 09, 10, 13, 27 und 29
hier: lfd. Nr. 18:

„Der Senat wird aufgefordert ein Konzept vorzulegen, wie sichere Rückzugsorte und Unterbringungsmöglichkeiten für Obdachlose unter Berücksichtigung der Anforderungen der Corona-Pandemie geschaffen werden, die den Obdachlosen nicht nur nachts sondern 24h zur Verfügung stehen.“

2926 CY

Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Antrag der Fraktion der CDU – lfd. Nr. 18 aus der roten Nr. 2926 CY – zur Aufnahme einer Auflage zum Nachtragshaushaltsgesetz 2020/2021 ab.

Ergebnis der Schlussabstimmung zu den Auflagen zum Nachtragshaushaltsgesetz 2020/2021:

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus, die soeben beschlossene Auflage zum Nachtragshaushalt 2020/2021 aus Anlass der Beratung des Zweiten Nachtragshaushaltspolans für das Haushaltsjahr 2020 und des Nachtragshaushaltspolans für das Haushaltsjahr 2021 möge angenommen werden.

Tagesordnungspunkt 20 wurde bereits bei Tagesordnungspunkt 19 am Ende des Bereiches C. Einzelplan 03 – Regierende Bürgermeisterin/ Regierender Bürgermeister – beraten.

Die Tagesordnungspunkte 21 und 22 wurden bereits bei Tagesordnungspunkt 19 am Ende des Bereiches N. Einzelplan 25 – Landesweite Maßnahmen des E-Governments – beraten.

Die Tagesordnungspunkte 23 bis 25 wurden bereits bei Tagesordnungspunkt 19 am Ende des Bereiches E. Einzelplan 06 – Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung – beraten.

Die Tagesordnungspunkte 26 bis 29 wurden bereits bei Tagesordnungspunkt 19 am Ende des Bereiches F. Einzelplan 07 – Umwelt, Verkehr und Klimaschutz – beraten.

Die Tagesordnungspunkte 30 und 31 wurden bereits bei Tagesordnungspunkt 19 am Ende des Bereiches G. Einzelplan 08 – Kultur und Europa – beraten.

Die Tagesordnungspunkte 32 und 33 wurden bereits bei Tagesordnungspunkt 19 am Ende des Bereiches I. Einzelplan 10 – Bildung, Jugend und Familie – beraten.

Die Tagesordnungspunkte 34 bis 36 A wurden bereits bei Tagesordnungspunkt 19 am Ende des Bereiches J. Einzelplan 11 – Integration, Arbeit und Soziales – beraten.

Die Tagesordnungspunkte 37 bis 40 wurden bereits bei Tagesordnungspunkt 19 am Ende des Bereiches K. Einzelplan 12 – Stadtentwicklung und Wohnen – beraten.

Punkt 41 der Tagesordnung

Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.